

böll2025

Jahresbericht

Wer wir sind
Wofür wir einstehen
Wie wir arbeiten



Vorwort	1
Europapolitik und Außen- und Sicherheitspolitik	2
Internationale Zivilgesellschaft	8
Menschenrechte und Gesellschaft	14
Demokratie und Staatlichkeit	20
Erinnerungskultur	26
Klima und Wirtschaft	30
Biologische Vielfalt und Rohstoffe	36
Kunst und Kultur	40
Preisverleihungen	43
Das Gunda-Werner-Institut	44
Die Heinrich-Böll-Landesstiftungen	46
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich	50
Studienwerk – Rückenwind für Talente	51
GreenCampus	55
Archiv Grünes Gedächtnis	56
Stiftungsmanagement	57
Fördern und Spenden	65
TuWas-Stiftung	67
Gremien	68
Vertrauensdozent*innen	70
Adressen	72

Impressum

Herausgegeben von der
Heinrich-Böll-Stiftung e. V.

Redaktion: Susanne Dittrich,
Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Cover und Gestaltung:
Heimann + Schwantes, Berlin

Papier umweltfreundlich,
chlorfrei gebleicht

Druckerei: Pierreg Druckcenter Berlin GmbH
Stand: August 2026

Die einzelnen Beiträge stehen unter der
Creative-Commons-Lizenz CC BY-NC-ND 4.0

Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei
der Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8, 10117 Berlin

T 030-285 34-0, F 030-285 34-109
info@boell.de, www.boell.de

    @boellstiftung

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung
dürfen nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden.

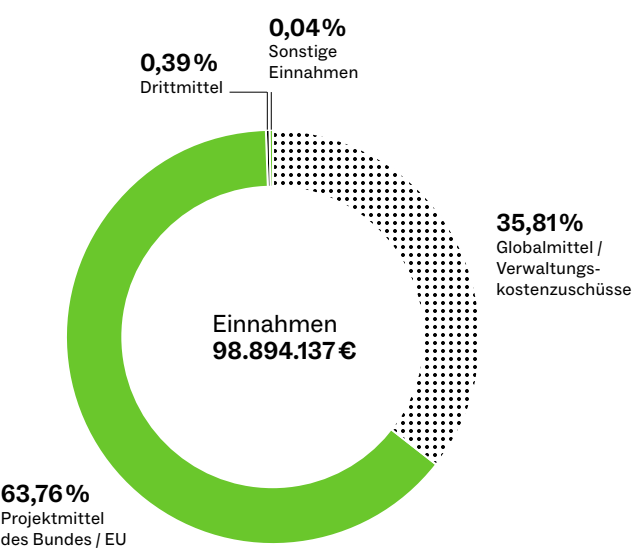
Was wir wollen Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerinnen und Partnern in rund 60 Ländern. Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 37 Auslandsbüros an 35 Standorten sind wir weltweit gut vernetzt. Wir kooperieren mit den Heinrich-Böll-Landesstiftungen in den deutschen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.

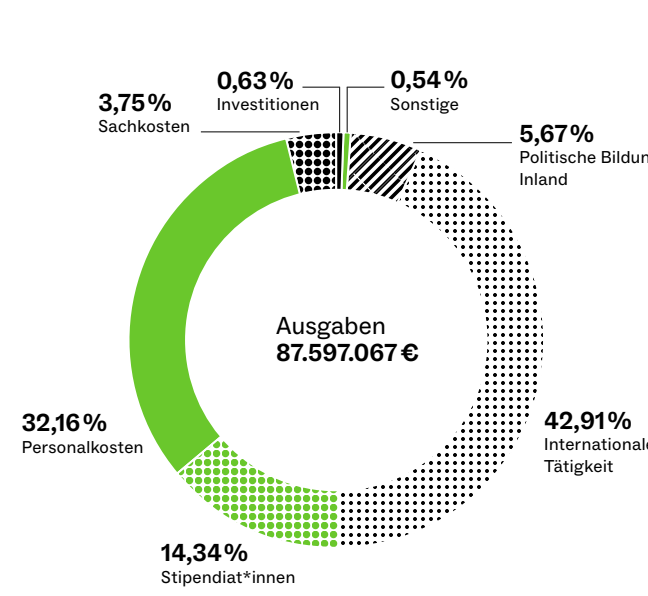
Wir folgen Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

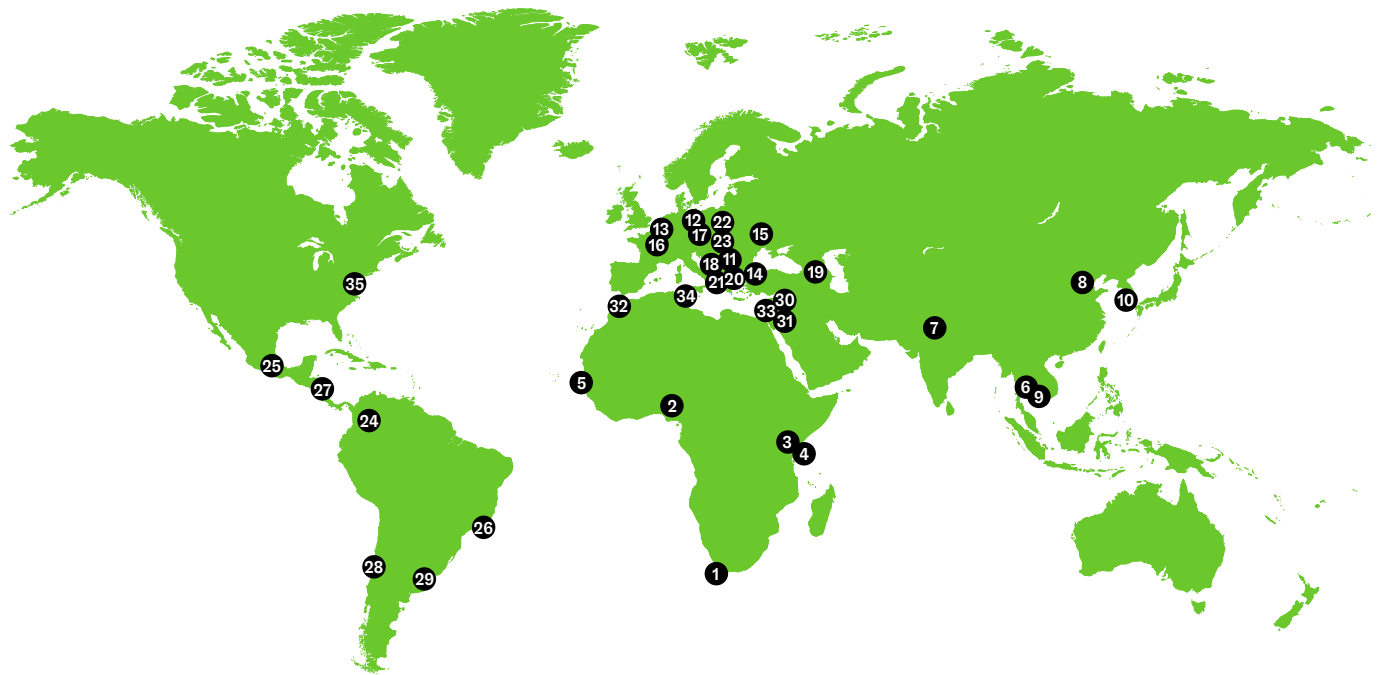
Einnahmen 2025



Ausgaben 2025



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit



Afrika

- 1 Kapstadt (Südafrika)
- 2 Abuja (Nigeria)
- 3 Nairobi (Kenia)
- 4 Nairobi (Horn von Afrika)
- 5 Dakar (Senegal)

Asien

- 6 Bangkok (Thailand)
- 7 Neu-Delhi (Indien)
- 8 Peking (China)
- 9 Phnom Penh (Kambodscha)
- 10 Seoul (Südkorea)

Europa

- 11 Belgrad (Serbien)
- 12 Berlin (Deutschland)
- 13 Brüssel (Belgien)¹
- 14 Istanbul (Türkei)
- 15 Kyjiw (Ukraine)
- 16 Paris (Frankreich)
- 17 Prag (Tschechische Republik)
- 18 Sarajevo (Bosnien-Herzogowina)²
- 19 Tbilissi (Georgien)
- 20 Thessaloniki (Griechenland)
- 21 Tirana (Albanien)
- 22 Warschau (Polen)
- 23 Wien (Österreich)³

Lateinamerika

- 24 Bogotá (Kolumbien)
- 25 Mexiko-Stadt (Mexiko)
- 26 Rio de Janeiro (Brasilien)
- 27 Zentralamerika (Guatemala)
- 28 Santiago de Chile (Chile)
- 29 Buenos Aires (Argentinien)

Nordafrika und Nahost

- 30 Beirut (Libanon)
- 31 Ramallah (Palästina)
- 32 Rabat (Marokko)
- 33 Tel Aviv (Israel)
- 34 Tunis (Tunesien)

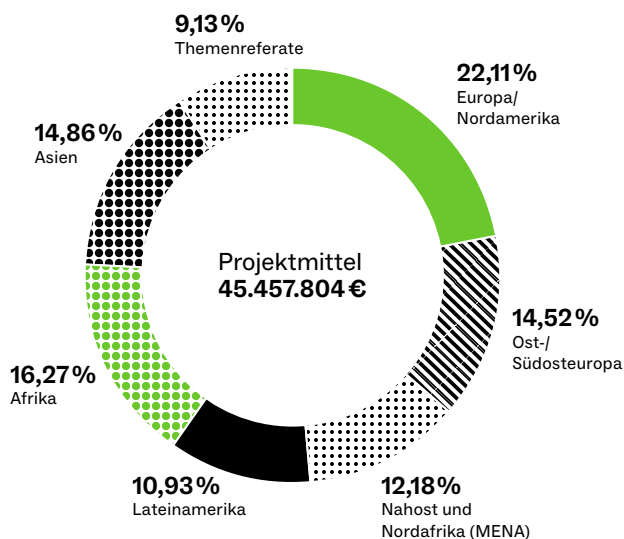
Nordamerika

- 35 Washington (USA)

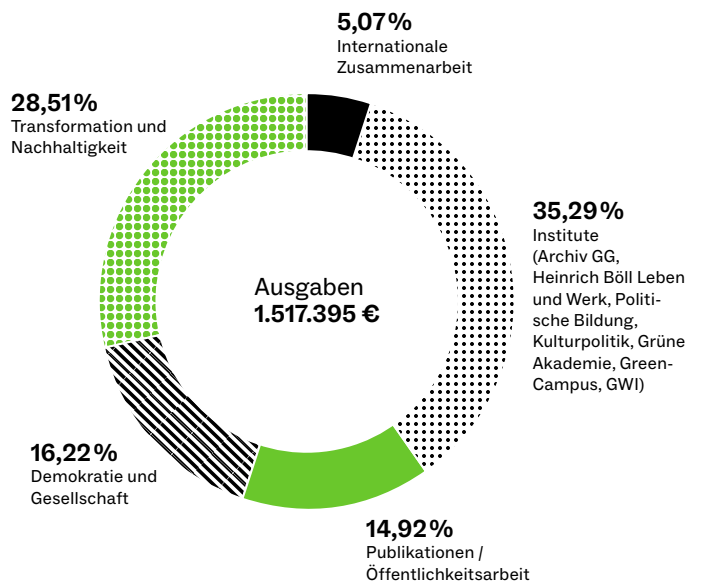
An diesen Standorten sind wir mit einem weiteren Büro vertreten:

- 1 Globale Einheit Support for Democracy
- 2 Globale Einheit Feminismus und Geschlechterdemokratie
- 3 Globale Einheit für Menschliche Sicherheit

Internationale Zusammenarbeit 2025



Politische Bildung Inland 2025



Liebe Leser*innen, 2025 war ein Jahr, in dem sich politische Gewissheiten in rasanter Geschwindigkeit weiter verschoben haben. Mit dem erneuten Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident haben sich Dynamiken entfaltet, die viele Befürchtungen noch übertroffen haben. Der Anspruch von Trumps MAGA-Bewegung, Staat und Gesellschaft tiefgreifend umzubauen, tritt offen zutage – und Autokrat*innen auf der ganzen Welt folgen diesem Beispiel.

Für Europa bedeutet dies eine Zeitenwende eigener Art. Die Notwendigkeit, insbesondere von den USA und China unabhängiger zu werden und die Kraft der Europäischen Union zu nutzen, ist offensichtlicher denn je. Gleichzeitig erleben wir, wie sehr sich Europa selbst im Wege steht: durch Uneinigkeit, zögerliches Handeln, nationale Egoismen. Für uns ist klar: Die Antwort liegt nicht in Abschottung, sondern in neuen, belastbaren Partnerschaften – etwa mit Kanada, Südkorea oder Japan, aber auch mit Ländern des Globalen Südens. Und zwar als gleichberechtigte Partner*innen beim Ausbau von Handel, Direktinvestitionen und sicheren Lieferketten, beim Schutz von Klima und Biodiversität und beim Ausstieg aus den fossilen Energien.

Wir sehen im Völkerrecht und der UN-Charta die unverzichtbare Grundlage der globalen Weltordnung. Die weiter wachsende Zahl globaler Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen macht uns allerdings deutlich, wie sehr multilaterale Organisationen an Wirksamkeit verlieren. Und auch innenpolitisch erleben wir herbe Rückschritte unter anderem in den Bereichen Asyl- und Migrationspolitik, Energiewende, Zivilgesellschaft und Arbeitnehmer*innenschutz.

Diese Entwicklungen treffen auf Herausforderungen, die unsere Gesellschaft langfristig prägen werden: die rasante Entwicklung Künstlicher Intelligenz, weitgehend unregulierte digitale Plattformen, die Konzentration technologischer, finanzieller und politischer Macht in den Händen weniger, erstarkender Antifeminismus, Angriffe auf demokratische Institutionen sowie drastische Kürzungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Neben all dem bleibt die Klimakrise die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Ohne eine starke EU werden diese Herausforderungen nicht zu bewältigen sein. Das bedeutet für uns, die Stiftung in der Breite stärker mit Blick auf die EU-Politik zu befähigen.

Deswegen haben wir 2025 daran gearbeitet, unser Profil als grüne politische Stiftung auch angesichts knapper werdender Ressourcen weiter zu schärfen. Wir haben unsere Arbeit noch stärker strategisch ausgerichtet und uns auf die Felder konzentriert, in denen wir besonders wirksam sein können. Unser Anspruch ist es, nicht im Abseits zu stehen, sondern weiter in die Mitte der Gesellschaft hineinzudrängen – ohne unsere Prinzipien aufzugeben.



Stiftungsvorstand Dr. Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht.
Foto: Sibylle Fendt

Es geht uns nicht darum, „gefälliger“ zu werden, sondern die Basis für unsere Werte und Ziele zu erweitern. Deswegen haben wir Räume geschaffen, in denen auch kontroverse Fragen und Zielkonflikte offen diskutiert werden können. Dafür nutzen wir die ganze Vielfalt der Formate, die uns zur Verfügung steht: von unserer Außenpolitischen Jahrestagung bis zum Ad-hoc-Stipendiat*innentreffen, von der Reihe „Books that matter“ bis hin zur Grünen Akademie und der Debatte zum „Neuen Republikanismus“.

Unsere Partner*innen wollen wir derweil nicht nur unterstützen oder, wo nötig, schützen, sondern auch von ihnen lernen. Viele von ihnen operieren schon lange unter Bedingungen, die sich uns jetzt erst ankündigen. Diese Erfahrungen – z. B. aus Zentralamerika, dem Südkaukasus, Ungarn, den USA – fließen in unsere Arbeit ein und werden durch uns auch für ein breiteres Publikum und politische Entscheidungsträger*innen aufbereitet. Denn es ging uns auch 2025 nicht lediglich um Analyse, sondern um Handlungsfähigkeit: Wie können demokratische Gesellschaften resilient werden? Wie lassen sich Deutschlands und Europas Allianzen neu denken? Und wie können wir dazu beitragen, dass progressive Politik auch unter verschärften Bedingungen nicht nur den Status quo verteidigt, sondern Menschen mit einer positiven Vision für die Zukunft erreicht und überzeugt?

Das wir diesen Weg gehen können, verdanken wir all den Menschen, die unsere Arbeit tragen – unseren Mitarbeiter*innen, unseren Partnerorganisationen und den vielen, die uns begleiten und unterstützen: der Mitgliederversammlung, dem Aufsichtsrat, den Fachbeiräten und auch den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung.

Mit diesem Jahresbericht laden wir Sie ein, auf ein Jahr tiefgreifender Umbrüche zurückzublicken – und gemeinsam mit uns nach vorn zu schauen: auf die Aufgaben, die vor uns liegen, und auf die Möglichkeiten, die in diesen Aufgaben liegen.

Herzlich

Dr. Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht

Stark durch Einheit: Europas Zukunft liegt im Zusammenhalt

Europa steht an einem Wendepunkt: Die transatlantische Partnerschaft bröckelt, während China, Russland und die USA globale Machtverschiebungen vorantreiben. Europa muss seine Rolle in der Welt neu definieren und seinen Einfluss geltend machen. Wir glauben an die Kraft Europas, Frieden zu sichern und internationale Verantwortung zu übernehmen – auch in Kooperation mit Ländern des Globalen Südens. Damit dies gelingt, müssen die europäischen Staaten zusammenhalten und die Herausforderungen geschlossen annehmen.



Kopenhagen, Dänemark: Demonstrant*innen schwenken die Flaggen Dänemarks und Grönlands. Sie protestieren gegen die Pläne von US-Präsident Donald Trump, Grönland zu übernehmen. Foto: Hilary Swift/NYT/Redux/laif

Transatlantische Sicherheit und Verteidigung in der Ära Trump 2.0 – Expertenrunde

Schon wenige Tage nach der Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus wurde deutlich, dass seine zweite Amtszeit weitreichende und gravierende Folgen haben würde – nicht nur für das demokratische System der USA, sondern auch für das transatlantische (Sicherheits-)Bündnis und die multilaterale Ordnung. Trump verfolgt eine Agenda, die internationale Normen und etablierte Regeln in beispiellosem Ausmaß und Tempo untergräbt. Europa steht mit der Wiederwahl Trumps und angesichts wachsender transatlantischer Spannungen unter enormem Druck, seine Verteidigungsfähigkeiten rasch und stimmig auszubauen. Wie das gelingen kann, diskutierten wir Anfang Juni 2025 mit hochrangigen Expert*innen, darunter Philip H. Gordon, ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater von Kamala Harris, Robert Habeck, ehemaliger deutscher Vizekanzler, Deborah Düring, Sprecherin für Außenpolitik für Bündnis 90/Die Grünen, und weiteren internationalen Gästen. Erörtert wurde unter anderem, wie Europa mit einer möglichen weiteren Abwendung der USA umgehen sollte. Thematisiert wurden auch notwendige kurzfristige und langfristige Investitionen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine und Europas sowie Maßnahmen zur Erhöhung der demokratischen Resilienz gegenüber autoritären und hybriden Bedrohungen.



Susana Muhamad, ehemalige Umweltministerin Kolumbiens, auf der Außenpolitischen Jahrestagung 2025. Foto: Stephan Röhl

Reclaiming Peace? – 25. Außenpolitische Jahrestagung

Am 29. September 2025 fand in Berlin unsere 25. Außenpolitische Jahrestagung statt. Unter der Leitfrage „Reclaiming Peace?“ diskutierten internationale Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft darüber, wie sich Frieden und Sicherheit in einer zunehmend fragmentierten Welt neu denken und aus progressiver, grüner Perspektive zurückgewinnen lassen. Der ehemalige ukrainische Außenminister Pavlo Klimkin eröffnete die Konferenz mit einer Keynote zum Thema Frieden aus ukrainischer Sicht. Weitere Impulsvorträge zur außen- und sicherheitspolitischen Lage kamen von Franziska Brantner, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, und Susana Muhamad, ehemalige Umweltministerin Kolumbiens. Die Beiträge verdeutlichten, dass Sicherheit heute weit mehr bedeutet als militärische Stärke. Die vielfältigen Bedrohungslagen, darunter Desinfor-

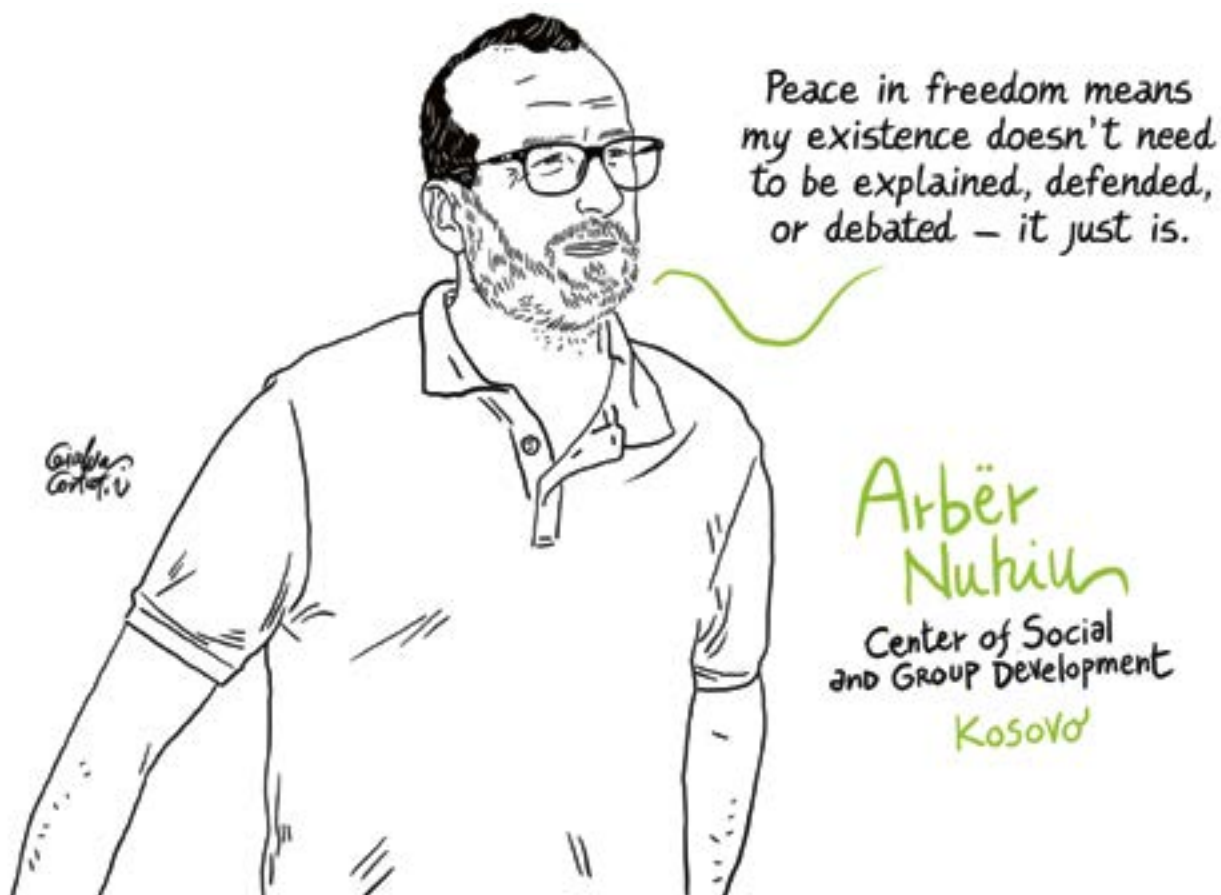
mationskampagnen und wirtschaftliche Erpressung, erfordern ein umfassenderes Sicherheitskonzept. Es braucht sowohl kurz- als auch langfristige Strategien und einen Mix aus zivilen und militärischen Instrumenten, die sowohl präventiv als auch reaktiv wirken können. Elementar wichtig für widerstandsfähige Gesellschaften und internationalen Frieden ist die menschliche Sicherheit, also der Schutz und die Rechte des Einzelnen.

Die Aufzeichnungen der Konferenz sowie spannende Artikel zum Konferenzthema sind in unserem Online-Dossier zu finden. ➔ boell.de/25-aussenpolitische-jahrestagung

Flexible Allianzen, solide Partnerschaften: Europas Antwort auf die neue Welt(un)ordnung.

Der tiefgreifende politische Wandel seit Donald Trumps Rückkehr ins Weiße Haus stellt Europa vor historische Herausforderungen. Eine aggressive Zollpolitik und territoriale Ansprüche prägen die Außenpolitik des derzeitigen US-Präsidenten. Internationale Politik versteht er vor allem als die Konkurrenz um Ressourcen und Einfluss, bei der das Recht des Stärkeren gilt. Das Motto „America First“ findet sich in der neuen nationalen Sicherheitsstrategie, wobei die Trump-Administration primär auf US-amerikanische Dominanz insbesondere in der sogenannten westlichen Hemisphäre abzielt und in Europa auf einen wachsenden Einfluss nationalistischer Parteien hofft. In seinen außenpolitischen Drohungen und Entscheidungen ignoriert Trump internationale Regeln und Institutionen. Inmitten der geopolitischen Umbrüche und hegemonialen Ambitionen der Großmächte USA, Russland und China ist die entscheidende Frage, wie Europa seine Sicherheit und Interessen verteidigen und behaupten kann. Wenn wir von Europa sprechen, meinen wir dabei ausdrücklich nicht nur die Europäische Union, sondern auch ihre Nachbarschaft.

In Fachgesprächen, öffentlichen Veranstaltungen und Studien untersuchen wir, wie die Handlungsfähigkeit Europas kurz- und langfristig gestärkt werden kann, auch in flexibleren Formaten und Allianzen. Dazu gehören eine europäische Verteidigungsfähigkeit, resiliente und nachhaltige demokratische und wirtschaftliche Strukturen, solidarische Gesellschaften sowie engere strategische Partnerschaften mit Ländern weltweit.



Der kosovarische Menschenrechtsaktivist Arbër Nuhii und sein Statement zur Bedeutung von Frieden und Sicherheit. Die Porträts wurden am Rande unserer 25. Außenpolitischen Jahrestagung ausgestellt. Illustration: Gianluca Costantini

Austausch über außen- und sicherheitspolitische Grundsatzfragen – Networking

Seit bereits sechs Jahren fördern wir mit unserem Forum Neue Sicherheitspolitik den Austausch unter grün-nahen Expert*innen für Außenpolitik und Sicherheit. Wir wollen damit die grüne sicherheitspolitische Debatte weiterentwickeln und grün-nahe Expert*innen in Regierungsinstitutionen, Thinktanks, Forschungsinstituten und im Parlament vernetzen. Darüber hinaus dient das Forum als Ideenwerkstatt für außenpolitische Grundsatzfragen. Ein im Mai 2025 von Netzwerk-Mitglied Dr. Florian Kriener veröffentlichtes Impulspapier plädiert zum Beispiel dafür, die deutschen Rüstungsexportgesetze und -grundsätze an die veränderten geopolitischen Bedingungen anzupassen, damit der völkerrechtskonforme Einsatz deutscher Kriegswaffen auch nach dem Export sichergestellt werden kann.

Auch ein Fellowship-Programm für grüne Außenpolitik unseres Büros in Thessaloniki dient dazu, Wissenschaftler*innen aus diesem Bereich zu unterstützen. Das Programm beinhaltet u. a. ein Stipendium sowie die Möglichkeit zum globalen Networking. Zur Frage, was genau grüne Außenpolitik ist, hat unser Büro in Thessaloniki bereits im Jahr 2023 die Publikation „Green Foreign Policy Snapshots“ veröffentlicht. Im Rahmen des Fellowship-Programms werden die damals analysierten Ziele und Werte grüner Außenpolitik in der Praxis geprüft und weiterentwickelt. Das Interesse an diesem Programm ist groß. Mehrere Hundert Bewerbungen im Jahr 2025 von Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen und Expert*innen aus allen Kontinenten belegen dies.

Europas Verteidigung klug bündeln – Policy Brief

Die europäische Sicherheitsarchitektur wird zunehmend in den nationalen Hauptstädten gestaltet. Ein Policy Brief unseres EU-Büros in Brüssel hat erstmalig das Geflecht europäischer Verteidigungsabkommen systematisch erfasst und politisch eingeordnet. Das Ergebnis: Von den 169 bi- und multilateralen Abkommen wurden knapp 80 Prozent nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine geschlossen. Die zweite Amtszeit Donald Trumps ließ die Nachfrage nach innereuropäischen Sicherheitsabkommen noch mal in die Höhe schnellen. „Putin zwingt Europa zur Abschreckung, Trump zwingt es zur Eigenständigkeit“, so Roderick Kefferpütz, Leiter unseres Brüsseler Büros und einer der Autoren der Studie. Doch Europas Antwort kann nicht allein in immer mehr Rüstung und neuen Strukturen liegen, so das Ergebnis der Studie. Entscheidend ist, vorhandene Initiativen besser zu koordinieren. Die Studie plädiert unter anderem für ein Register europäischer Verteidigungspartnerschaften, eine stärkere Verankerung des Themas in den NATO-EU-Konsultationen sowie eine aktivere Rolle der Europäischen Verteidigungsagentur bei der Vernetzung und Koordinierung nationaler Initiativen.

Mit der Studie haben wir für Transparenz über bestehende Partnerschaften gesorgt und Wege aufgezeigt, wie diese effektiver in europäische Strukturen eingebettet werden können. Die Resonanz darauf, insbesondere die mediale Berichterstattung, unterstreicht die politische Relevanz des Themas und die Wirkung unserer Arbeit.

➤ eu.boell.org/defence-partnerships-europe

Die Grenzen Europas – Europäischer Jugendkongress

Über hundert junge Menschen aus ganz Europa kamen im Oktober 2025 zum Europäischen Jugendkongress nach Tirana und beschäftigten sich dort mit den Herausforderungen und Zukunftsperspektiven Europas. Im Mittelpunkt stand nicht nur Europa als politisches Projekt, sondern auch als gelebte und vielschichtige Lebenswirklichkeit – geprägt von Migration, Klimawandel, demokratischem Rückschritt, sozialer Ungleichheit und kulturellem Wandel. Das viertägige Programm bot eine vielfältige Mischung aus Podiumsdiskussionen, Workshops, Stadtführungen und kulturellen Aktivitäten. Die Veranstaltungen fanden sowohl an zentralen Orten als auch bei Partnerorganisationen in der albanischen Hauptstadt statt – und verbanden so europäische Debatten unmittelbar mit lokalen Perspektiven und zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort. Die Teilnehmenden konnten ihre Erfahrungen teilen, gemeinsam Ideen entwickeln und neue Bündnisse knüpfen – mit dem Ziel eines demokratischeren, inklusiveren und ökologischeren Europas. Als Teil einer langjährigen Initiative des Netzwerks der Heinrich-Böll-Stiftung schuf der Kongress somit einen Raum für Dialog, Lernen und Austausch zwischen politisch und sozial engagierten Jugendlichen, Akteur*innen der Zivilgesellschaft und Fachleuten aus verschiedenen Bereichen.

Podcast

Reclaiming Peace

Was bedeutet Frieden in einer fragmentierten Welt? Und wie kann man ihn zurückgewinnen? Über diese Fragen diskutierten internationale Expert*innen u. a. aus der Ukraine, aus Japan, Sudan, Senegal, Finnland und Deutschland auf unserer 25. Außenpolitischen Jahrestagung. In unserem Podcast zur Tagung sind die wichtigsten Beiträge kurz zusammengefasst.

➔ boell.de/podcasts



Tirana, Albanien, Oktober 2025: Engagierte junge Menschen aus ganz Europa tauschten sich beim Europäischen Jugendkongress über die aktuellen politischen Herausforderungen aus. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung Tirana

Selbstverständlich europäisch!? 2025 – Studie

Die im Mai 2025 angetretene neue Bundesregierung von CDU/CSU und SPD formulierte im Koalitionsvertrag den Anspruch, in der EU eine starke Führungsrolle übernehmen zu wollen. In diesem Kontext untersucht die siebte Ausgabe der repräsentativen Langzeitstudie „Selbstverständlich europäisch!“, wie die Bürger*innen die Rolle Deutschlands in der EU bewerten und welches Auftreten sie sich von der Bundesregierung in Brüssel wünschen. Ziel der Studie ist es, eine Debatte über die Zukunft der deutschen Europapolitik anzuregen. Dafür hat das Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag der Stiftung im Mai 2025 online 5.000 Personen befragt. Über die Studie wurde von DIE ZEIT exklusiv berichtet.

Das Ergebnis: Die im Koalitionsvertrag umrissene europäische Stoßrichtung findet in der Gesellschaft breite Unterstützung. Hervorzuheben ist, dass sich eine große Mehrheit der Befragten ein kooperatives Auftreten der Bundesregierung in Brüssel wünscht. Außerdem wird deutlich, dass die Mehrheit allgemein die Vorteile der EU-Mitgliedschaft anerkennt – auch wenn in der Wahrnehmung vieler Befragten rein wirtschaftlich gesehen die Kosten über dem Nutzen liegen. Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung sowie Migration und Integration haben für die Befragten hohe politische Priorität. Der Rückhalt für europäischen Klimaschutz sinkt bedenklich.

Für die deutsche Europapolitik ergeben sich daraus vier Aufträge: in Brüssel auf partnerschaftliche Führung zu setzen; den wirtschaftlichen Nutzen der EU für Deutschland stärker zu vermitteln; den Klimaschutz auf EU-Ebene als Garant für zukünftige Wettbewerbsfähigkeit nicht zu vernachlässigen; und finanzielle Verantwortung für die benötigten Investitionen auf europäischer Ebene zu übernehmen.

➤ boell.de/selbstverstaendlich-europaeisch

Impulse für einen zukunftsfähigen EU-Haushalt – Dossier

Mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) legt die Europäische Union langfristig ihr Budget fest – und damit auch ihre politischen Prioritäten für die kommenden Jahre. Im Juli 2025 legte die Europäische Kommission ihren Entwurf für den MFR 2028 bis 2034 vor. Lange und komplexe Verhandlungen haben bereits begonnen. Die politischen Entscheidungsträger*innen haben nun die Gelegenheit, die Ambitionen heraufzusetzen und auf Klima- und Sicherheitsziele sowie soziale und wirtschaftliche Meilensteine hinzuwirken.

Mit unserem Dossier möchten wir einen Überblick über die verschiedenen Themen geben, mit denen sich die europapolitischen Entscheidungsträger*innen befassen müssen, und Raum für Kommentare und Analysen zum MFR bieten. Die daraus entstandene Reihe von Policy Papern umfasst sechs Papiere zu den Themen Klimaschutz, soziales Europa, regionale Governance, EU-Eigenmittel, Demokratieförderung und grüne Prioritäten für einen zukunftsfähigen Haushalt.

Drei dieser Papiere wurden in einem Briefing des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments für den Haushaltsausschuss zitiert, was die hohe politische Relevanz der Arbeit unterstreicht.

➤ boell.de/mehrjaehrige-finanzrahmen-der-eu

Ausbau der Partnerschaft zwischen Indien und der EU – Policy Briefs

In Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen wollen die EU und Indien ihre strategische Partnerschaft ausbauen. Ein Freihandelsabkommen sowie die Unterzeichnung einer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft sind für das 16. Gipfeltreffen EU-Indien Anfang 2026 in Neu-Delhi geplant. Unser Büro in Neu-Delhi hat zusammen mit dem Council for Strategic and Defence Research (CSDR) im Vorfeld des Gipfels eine Policy-Brief-Reihe herausgegeben. Darin analysieren indische und europäische Expert*innen Schlüsselbereiche der sich entwickelnden Partnerschaft wie Klima, Handel, Digitalisierung und Geopolitik und geben Empfehlungen. Die Policy Papers, die jeweils in einem öffentlichen Webinar vorgestellt werden, richten sich sowohl an politische Entscheidungsträger*innen als auch an die Zivilgesellschaft und wollen den gesellschaftlichen Dialog über wichtige Zukunftsthemen fördern. ➤ in.boell.org

Globale Machtverschiebungen: Perspektiven aus dem Globalen Süden – Studienreise

Wie werden die globalen Machtverschiebungen in Ländern des Globalen Südens wahrgenommen, und welche Erwartungen ergeben sich daraus an die EU? Eine von unserem EU-Büro in Brüssel in Kooperation mit dem Asien-Referat der Stiftung organisierte einwöchige Studienreise brachte Expert*innen aus Indien, dem Senegal, Mexiko, Georgien, Kolumbien und Kambodscha nach Brüssel und dort in den Austausch mit Vertreter*innen von EU-Institutionen. Die Initiative hat dazu beigetragen, die außenpolitische Debatte in Brüssel stärker für Perspektiven aus dem Globalen Süden zu öffnen und bestehende Netzwerke zu stärken. Gleichzeitig konnten die teilnehmenden Expert*innen ihre Verbindungen zur EU vertiefen und untereinander neue Kooperationsansätze entwickeln. In einem englischsprachigen Online-Dossier „Global Power Shifts“ unseres Brüsseler Büros sind Artikel veröffentlicht, die aus dem Austausch während der Studienreise hervorgegangen sind.

➤ eu.boell.org/global-power-shifts

Fragen rund um den Prozess der europäischen Integration der Ukraine – Erklärvideos

Nur wenige Tage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine Ende Februar 2022 stellte das Land einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU. Diese gab im Juni 2024 den offiziellen Startschuss für das Beitrittsverfahren. Die ukrainische Nichtregierungsorganisation ShoTam produzierte mit Unterstützung unseres Büros in Kyjiw drei Erklärvideos, die den komplexen Prozess eines EU-Beitrittsprozesses für die Bürger*innen verständlich aufbereiten. Desinformation soll damit entgegengewirkt werden, auch sollen keine falschen Erwartungen entstehen. Eine zweite Videoserie behandelte insbesondere Alltagsaspekte: Was bedeutet ein EU-Beitritt konkret für das Leben der Menschen, wie wirken sich wichtige Gesetzesreformen aus, und welche Fördermöglichkeiten werden durch einen EU-Beitritt eröffnet? Das Videoprojekt will ein realistisches Bild des Beitrittsprozesses

vermitteln und die Bürger*innen ermutigen, die dafür erforderlichen gesellschaftlichen Veränderungen mitzugestalten. Die Videos wurden vom Netzwerk lokaler Medien landesweit in Kommunen und Städten ausgestrahlt.

Zur Aushöhlung von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung: Erfahrungen aus Ungarn und den USA – Podiumsdiskussion

In Ungarn wurden wesentliche Grundpfeiler von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung durch die Regierung Viktor Orbáns zerstört, in den USA werden aktuell in dramatischer Geschwindigkeit Behörden abgeschafft oder gleichgeschaltet, die Gewaltenteilung ist in vieler Hinsicht in akuter Gefahr. Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf Deutschland und die EU? Darüber diskutierten der Politikwissenschaftler Jan Werner Müller und die Rechtssoziologin Kim Lane Scheppele (beide Princeton University), die Buchautorin und Ungarn-Expertin Petra Thorbrietz und der langjährige EU-Parlamentarier Reinhard Bütikofer auf einer Abendveranstaltung im Juni 2025 in der Stiftung. Die Diskussion zeigte, dass die Entwicklungen in diesen Ländern durchaus Auswirkungen auf die Debatten und realen Politiken in Deutschland und der EU haben. Die zentrale Herausforderung bleibt, wie sich Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Grundrechte in Deutschland und der EU besser gegen Attacken von populistischen und autoritären Kräften schützen und stärken lassen.

Neue Dynamik für die EU-Erweiterung: Der Norden im Blick – Policy Brief

Im Norden Europas, insbesondere in Island, Norwegen und Grönland, eröffnen sich gerade neue Perspektiven für die EU-Erweiterung. Ein Grund dafür ist Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, aber auch die wachsenden Unsicherheiten in den transatlantischen Beziehungen, die sich insbesondere in Donald Trumps Drohungen gegenüber Grönland zeigen. Ein Policy Brief unseres EU-Büros in Brüssel hat die neue Erweiterungsdynamik im Norden untersucht und schlägt vor, Erweiterung als gemeinsamen Prozess zu denken und Beitritte aus Nord-, Ost- und Südosteuropa klug zu bündeln. Damit könnte die strategische Handlungsfähigkeit der EU gestärkt werden. Die Studie empfiehlt zudem, die Gemeinsame Fischereipolitik flexibler auszugestalten, um den besonderen Interessen potenzieller nordischer Beitrittskandidaten Rechnung zu tragen und unnötige Blockaden im Erweiterungsprozess zu vermeiden. Die Debatte über einen EU-Beitritt hat im Norden deutlich an Fahrt aufgenommen, etwa durch ein anstehendes EU-Referendum in Island im August 2026 sowie intensivere Diskussionen in Norwegen und Grönland. Die Studie wurde von zahlreichen europäischen Medien aufgegriffen, unter anderem Der Spiegel.

➤ eu.boell.org/en/Northern-EU-enlargement-PDF



Nuuk, Grönland: Mehr als ein Drittel der Bevölkerung Grönlands lebt in Nuuk. Das arktische Land gehört zum Königreich Dänemark und ist geostrategisch von großer Bedeutung. Die Annexionspläne Donald Trumps weist Grönland entschieden zurück. Foto: IMAGO/News Licensing/Jack Hill

Für eine starke Zivilgesellschaft in Krisenzeiten

Die Welt steht vor immensen Herausforderungen: Im Sudan sind zwei Drittel der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die politische Situation in Israel und Palästina bleibt instabil, auch die Lage in Gaza ist nach wie vor dramatisch. Gleichzeitig geht der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine mit ungebrochener Härte weiter. In all diesen Ländern gibt es mutige Menschen und zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für Frieden, Sicherheit und den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Sie zu unterstützen, das ist eines unserer Kernanliegen.



Laut UN-Angaben sind etwa 14 Millionen Menschen aus dem Sudan auf der Flucht. Aus Darfur geflüchtete Frauen versuchen via Handy ihre Angehörigen zu erreichen. Foto: Giovanni Porzio/contrasto/laif

Sudan: Frieden und humanitären Schutz zivil denken – Fachkonferenz

Nach drei Jahren Krieg im Sudan ist das Leid der Zivilbevölkerung immens: Zwei Drittel der Bevölkerung – darunter 16 Millionen Kinder – sind dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen. In Deutschland und Europa wird dem Krieg und seinen Folgen nur wenig politische und mediale Aufmerksamkeit geschenkt. Wenn berichtet wird, dann meist über die beiden kriegsführenden Parteien und ihre Offensiven. Eine Möglichkeit, mehr über die zivilen Akteur*innen, ihre Arbeit und ihre Vorstellungen von der künftigen Verfasstheit des Sudan zu erfahren, bot die Konferenz „Sudan – Frieden und humanitären Schutz zivil denken“, die wir im September 2025 gemeinsam mit einem breiten Bündnis von humanitären, entwicklungspolitischen und menschenrechtlichen Organisationen, politischen Stiftungen und Thinktanks in Berlin ausrichteten. Die Teilnehmenden aus dem Sudan berichteten von den gravierenden Auswirkungen des Krieges auf die Zivilbevölkerung und unterstrichen, wie wichtig verstärkte internationale Unterstützung sei – sowohl finanziell als auch diplomatisch. Ohne sie könnten humanitäre Maßnahmen und friedensfördernde Initiativen nicht erfolgreich fortgeführt werden.

Um die Zusammenarbeit jener zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zu stärken, die sich gegen den Krieg positionieren, organisierte unser Büro Horn von Afrika im Vorfeld der Konferenz zwei Workshops in Nairobi (Kenia). Die Teilnehmenden identifizierten die für den Friedensprozess relevanten Personen, vereinbarten Formen der Zusammenarbeit, entwickelten gemeinsame Advocacy-Botschaften und wählten Vertreter*innen, die die Gruppe sowohl auf der Fachkonferenz als auch in Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger*innen in Berlin repräsentieren.



Ramita Navai, Investigativjournalistin

Gaza: Doctors under Attack – Film und Diskussion

Medizinisches Personal, Krankenhäuser und Patient*innen stehen in bewaffneten Konflikten unter besonderem Schutz des humanitären Völkerrechts. Diese Schutzrechte werden jedoch immer häufiger missachtet, und die Gesundheitsinfrastruktur wird zunehmend gezielt angegriffen. Dies wird in dem Dokumentarfilm „Gaza: Doctors under Attack“ eindrücklich dargestellt. Im September 2025 haben wir den von der BBC produzierten, jedoch nicht ausgestrahlten Dokumentarfilm erstmals in Berlin öffentlich gezeigt. Die mehrfach preisgekrönte Investigativjournalistin Ramita Navai schilderte bei der Veranstaltung die schwierige Entstehung des Films und die politischen Hürden, die seiner Veröffentlichung in den Weg gestellt wurden. Im Anschluss diskutierten Lara Dofivat (Ärzte ohne Grenzen Deutschland), Julia

Duchrow (Amnesty International Deutschland) und Guy Shalev (Physicians for Human Rights Israel) über die völkerrechtlichen Grundlagen des besonderen Schutzes von Gesundheitsinfrastruktur, das Ausmaß ihrer Zerstörung in Gaza sowie über Handlungsmöglichkeiten für Politik und Öffentlichkeit. Gemeinsam plädierten sie für eine entschärfendere Politik, die eine Einhaltung des humanitären Völkerrechts nicht nur verbal einfordert, sondern klare rote Linien zieht, damit Angriffe auf medizinische Infrastruktur geächtet und geahndet werden, anstatt zur Normalität zu werden.

Fragmentierter Konflikt, marginalisierte Zivilgesellschaft: der Sudan im geopolitischen Spannungsfeld

Im Jahr 2025 waren im Sudan mehr als 30 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. In vielen Teilen des Landes leiden die Menschen Hunger, insbesondere in den Regionen Darfur und Kordofan. Frauen und Mädchen sind besonders gefährdet und sehen sich einem hohen Risiko konfliktbedingter sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Dieser Konflikt besteht jedoch nicht nur zwischen zwei Parteien. Die sudanesische Armee (SAF) und die „Rapid Support Forces“ (RSF) haben im Jahr 2021 gemeinsam die seit der Revolution 2019 bestehende zivile Übergangsregierung gestürzt. Anschließend griffen sie sich gegenseitig an. Ihr Konflikt weitete sich zu einem Krieg mit vielen ausländischen Unterstützern aus (Ägypten, Iran, Russland, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate). Den beiden Hauptfraktionen schlossen sich neue Milizen und bestehende bewaffnete Gruppen an. In- und ausländische Akteur*innen konkurrieren vehement um die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen des Landes, darunter riesige Goldreserven und die zweitgrößten Ackerflächen Afrikas.

Als Stiftung haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, gemeinsam mit unseren Partner*innen in der Region und in Deutschland Räume für zivilgesellschaftlichen Austausch, Vertrauensbildung und Strategieentwicklung zu schaffen. Zivile Stimmen müssen gestärkt werden, denn sie benötigen direkte Zugänge zu politischen Prozessen und Entscheidungsträger*innen, um ihre Analysen und Forderungen einzubringen.

Nach drei Jahren Krieg ist klar: Eine „militärische Lösung“ wird es nicht geben. Zusätzlich zu den Anstrengungen verschiedener diplomatischer Formate fordern Vertreter*innen der sudanesischen Zivilgesellschaft die internationale Gemeinschaft auf, gemeinsam Druck auf regionale Kriegsunterstützer auszuüben und das bestehende europäische Waffenembargo gegen den Sudan durchzusetzen. Auch braucht es eine stärkere Überwachung der Menschenrechte und Kriegsökonomie.



In der Ausstellung „Fragile Träume“ im Herbst 2025 in der Heinrich-Böll-Stiftung präsentierten wir Fotografien aus dem Nahen Osten und Nordafrika aus den Jahren 1956 bis 2021 von Katharina Eglau. Foto: Katharina Eglau

„Es war einmal ein Garten Eden“ – Buchvorstellung und Diskussion

Ein Garten Eden, der keiner mehr ist – so lässt sich die gemeinsame Arbeit des im Jahr 2021 verstorbenen Journalisten Martin Gehlen und der Fotografin Katharina Eglau am besten beschreiben. In ihrem Buch „Es war einmal ein Garten Eden“ vereinen sie Reportagen und Fotografien aus dem Nahen Osten, den sie in den Jahren von 1956 bis 2021 gemeinsam bereisten. Ihre Texte und Bilder eröffnen Einblicke in die Geschichten von Menschen, deren Lebenswege von Flucht, Krieg und Hoffnung geprägt sind. In dem Essay „Syrisches Flüchtlingsdrama aus Sicht der Kinder“ schildert Gehlen beispielsweise, wie Krieg und Vertreibung das Leben junger Menschen prägen und was es bedeutet, fern der Heimat einen Neuanfang wagen zu müssen. Diese Fragen sind auch heute hochaktuell, denn Millionen Syrer*innen leben noch immer im Exil oder sind innerhalb des Landes vertrieben. Infrastruktur und Wirtschaft sind weitgehend zerstört, die innen- und außenpolitischen Herausforderungen stellen das Land auf die Probe. Im Oktober 2025 haben wir das Buch vorgestellt und die aktuelle Lage in Syrien diskutiert. Zudem zeigten wir die Ausstellung „Fragile Träume“ mit Fotografien aus dem Nahen Osten und Nordafrika von Katharina Eglau.

„Verkämpftes Land“ – Buchvorstellung

Mit der Buchvorstellung von „Verkämpftes Land – Beobachtungen“ im November 2025 haben wir unsere neue Reihe „Böll.Global | Books That Matter“ gestartet. In dieser Reihe stellen wir Bücher vor, die internationale Debatten aufgreifen und einen Austausch über wichtige Fragen unserer Zeit ermöglichen. Ofer Waldman, Leiter unseres Stiftungsbüros in Tel Aviv, Autor und Musiker, entwirft in seinem Buch ausgehend von Szenen aus Israel ein persönliches, essayistisches Mosaik aus Erinnerungen, Begegnungen und Alltagsbeobachtungen. Im Gespräch mit der Journalistin Shelly Kupferberg verband er private Geschichten mit politischen Erfahrungen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie sich angesichts von Gewalt, Verlust und gesellschaftlichen Brüchen Verantwortung gestaltet und wie sich eine Sprache für das Erlebte finden lässt.

Bruchlinien und Zukunftsperspektiven für Israel und Gaza – Haaretz-Konferenz in Berlin

Am 6. November 2025 fand im Haus der Berliner Festspiele die erste Konferenz der israelischen Tageszeitung Haaretz statt. Kooperationspartner waren unter anderem die Heinrich-Böll-Stiftung, der New Israel Fund (NIF) Deutschland, die Candid Foundation, die taz und die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA). Internationale Expert*innen und Entscheidungsträger*innen diskutierten über die aktuelle Lage in Israel, den palästinensischen Gebieten, Deutschland und der Welt sowie über die Zukunft der Region nach dem Gaza-Krieg. So äußerte der ehemalige palästinensische Außenminister Dr. Nasser al-Kidwa die Hoffnung, dass nach dem „wirklichen Ende“ des Krieges das Interesse an einer politischen Zwei-Staaten-Lösung wieder auflebe. Diese sei die einzige tragfähige Lösung für den Konflikt. Auch der ehemalige israelische Premierminister Ehud Olmert sprach sich für die Zwei-Staaten-Lösung aus. Er verurteilte die Gewalt der Siedler*innen im Westjordanland und die staatlichen Mechanismen, die sie ermöglichen. Dr. Nasreen Haddad Haj Yahya, Vizepräsidentin des New Israel Fund in Israel, sah die Rolle der palästinensischen Bürger*innen Israels als entscheidend für Frieden zwischen Israelis und Palästinenser*innen an: „Wir als Palästinenser, die zwei Sprachen sprechen, die zwei Kulturen kennen, die den Schmerz unserer Familien in Gaza und im Westjordanland verstehen, aber gleichzeitig auch den Schmerz des jüdischen Volkes verstehen (...), wir können die Brücke sein zwischen den Palästinensern im

Westjordanland und in Gaza und dem jüdischen Volk, das in Israel und auch in der Diaspora lebt.“ „Um diese Kluft zu überbrücken, ist es wichtig, Begegnungen zwischen israelischen und palästinensischen Kindern zu fördern. So können sie ihre gegenseitige Angst abbauen und erkennen, dass sie mehr gemeinsam haben, als sie vielleicht gedacht haben“, sagte Michal Sella, CEO von Givat Haviva. Auf der Konferenz ging es auch um die Reaktion Deutschlands auf den Krieg im Gaza-Streifen und seine besonderen Beziehungen zu Israel. Dr. Ofer Waldman, Leiter unseres Büros in Tel Aviv, betonte in diesem Zusammenhang, dass aus der gemeinsamen Vergangenheit Israels und Deutschlands zwei Lehren gezogen werden könnten: zum einen die Solidarität mit dem jüdischen Volk und dem Staat Israel und zum anderen das Engagement für die universellen Menschenrechte.

Feministische Friedensbildung in Zeiten des Backlash – 25 Jahre UN-Resolution 1325

Das Jahr 2025 markiert einen wichtigen Meilenstein im weltweiten Kampf für Geschlechtergleichstellung und Frieden: den 25. Jahrestag der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR 1325). Mit dieser Resolution wurde ein normativer Rahmen geschaffen, der die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter in Konflikt- und Postkonfliktsituationen behandelt und erstmals die entscheidende Rolle von Frauen bei der Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung offiziell anerkennt. Anlässlich



Berlin, 6. November 2025: Die Konferenz „Bruchlinien und Zukunftsperspektiven: Israel, Gaza und Deutschland in Kriegszeiten und darüber hinaus“ war ein Ort für kontroverse Diskussionen und bot gleichzeitig die Möglichkeit, nach vorn zu blicken. Foto: Omer Messinger/ Haaretz Conference

des 25. Jubiläums fand am 31. Oktober 2025 bei uns eine Veranstaltung statt, bei der prominente Gäste, darunter die ehemalige UN-Generalsekretärin Phumzile Mlambo-Ngcuka und die südsudanesischen Friedensexpertin Ayak Chol Deng Alak, über die Umsetzung der UN-Resolution 1325, aktuelle Herausforderungen in Konfliktgebieten und die Bedeutung der Einbindung von Frauen in Friedensprozesse diskutierten.

Die Referentinnen betonten, dass sich die heutige geopolitische Lage deutlich von der hoffnungsvollen Stimmung des Jahres 2000 unterscheidet. Die Erschöpfung innerhalb der Bewegung sei spürbar, doch ein Rückzug komme nicht infrage. Die verheerenden Realitäten in Gaza, der Ukraine und im Sudan zeigen die Grenzen bestehender Ansätze auf. Umso dringlicher sei es, intersektionale, gerechtigkeitsorientierte und ganzheitliche Friedenskonzepte zu entwickeln, die über das Verständnis von Frieden als bloßer „Abwesenheit von Krieg“ hinausgehen.

Die Botschaft der Diskussion war klar: Trotz aller Herausforderungen muss gemeinsam weitergekämpft werden, um sicherzustellen, dass feministische Ansätze in der Friedens- und Sicherheitspolitik gerade angesichts globaler Rückschritte und Militarisierung fest verankert werden. Zum Abschluss der Veranstaltung wurde der Appell laut, die Women-Peace-Security-Agenda als transformativen Rahmen für eine geschlechtergerechte und nachhaltige Friedenspolitik aktiv zu verteidigen und weiterzuentwickeln.

♣ boell.de/no-women-no-peace

Resilienz und Reformen in der Ukraine in Kriegszeiten – Kyjiwer Gespräche

Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen in der Ukraine sind durch den russischen Angriffskrieg extrem gefordert. Trotz erheblicher personeller Engpässe müssen sie ständig ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Sie müssen Wohnraum für Binnengeflüchtete bereitstellen, die Energieversorgung der kritischen Infrastruktur sichern, Armeeeinheiten unterstützen und soziale Notlagen von Menschen abfedern. Auf unserer 20. Jahreskonferenz der Kyjiwer Gespräche, die vom 18. bis 19. November in Berlin stattfand, diskutierten über 200 Expert*innen aus der Ukraine, Deutschland, Polen und der EU darüber, wie lokale Selbstverwaltung, zivilgesellschaftliches Engagement und transparente Regierungsführung die Widerstandsfähigkeit des Landes stärken können. Dezentralisierungsreformen haben beispielsweise entscheidend dazu beigetragen, dass lokale Verwaltungen besser arbeiten können, oft im Verbund mit zivilgesellschaftlichen Partnern. Auch lokale Energieprojekte erhöhen die Resilienz. Die Konferenz endete mit klaren Handlungsempfehlungen: Die rechtliche, finanzielle und administrative Autonomie der Kommunen sollte gestärkt und die Projektkoordination durch klare Leitlinien sowie die Bekämpfung von Korruption verbessert werden. Als sehr wichtig erachtet wurde auch die Unterstützung unabhängiger Medien und der Zivilgesellschaft. Die Erfahrungen in der Ukraine sind auch für die EU und ihre Mitgliedstaaten wertvoll: „Europa kann von der Ukraine lernen, wie man demokratische Widerstandsfähigkeit stärkt“, so eine Konferenzteilnehmerin. Die Zusammen-



Berlin, 18./19. November 2025: Auf der 20. Jahreskonferenz der Kyjiwer Gespräche mit über 200 Expert*innen aus der Ukraine, Deutschland, Polen und der EU hatten die Simultandolmetscherinnen (Ukrainisch / Englisch) viel zu tun. Foto: Olena Kosovych

arbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung soll durch gemeinsame Technologieentwicklung und Wissensaustausch vertieft werden. Die Konferenz machte deutlich, dass ein erfolgreicher Wiederaufbau der Ukraine lokale Eigenverantwortung, europäische Solidarität und eine langfristige Kooperation in Fragen der Sicherheit erfordert.

Die Kyjiwer Gespräche sind eine überparteiliche und unabhängige Plattform, die den Dialog zwischen der Ukraine und Deutschland vertieft und verstetigt. Sie bringt meinungsbildende Multiplikator*innen aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft beider Länder zusammen. Diese Initiative wird vom Europäischen Austausch gGmbH, Berlin, in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der Heinrich-Böll-Stiftung, der International Renaissance Foundation sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung getragen.

➤ boell.de/20-jahreskonferenz-der-kyjiwer-gespraech

Türkei: Hoffnung auf Frieden zwischen dem türkischen Staat und der PKK

Unser Büro in der Türkei befasst sich seit mehr als 30 Jahren intensiv mit der sogenannten kurdischen Frage. Im Februar 2025 schien der Frieden zwischen dem türkischen Staat und der bewaffneten kurdischen Organisation PKK näher zu rücken, als deren inhaftierter Anführer Abdullah Öcalan seine Organisation dazu aufrief, die Waffen niederzulegen. Die PKK folgte diesem Aufruf zumindest symbolisch und verkündete im Mai ihre Auflösung. Dem vorausgegangen war ein überraschender Vorstoß des Vorsitzenden der ultranationalistischen MHP und Koalitionspartners der Erdoğan-Regierung, Devlet Bahçeli. Er hatte erstmals das Gespräch mit der prokurdischen DEM-Partei gesucht. Seither wird zwischen dem türkischen Staat, Öcalan und einigen Politiker*innen der DEM-Partei verhandelt. Die Kurd*innen fordern „mehr Demokratie“, beispielsweise die Freilassung politischer Gefangener, die Wiedereinsetzung abgesetzter Bürgermeister*innen und die Gewährleistung kultureller Rechte für Kurd*innen in der Türkei. Doch die Regierung hat bisher nichts Konkretes angeboten; sie besteht auf völliger Entwaffnung als Bedingung.

Im Jahr 2025 hat unser Büro mit mehreren Partnerorganisationen eine Vielzahl von Formaten ins Leben gerufen, die es Kurd*innen und Nichtkurd*innen unterschiedlicher gesellschaftlicher Herkunft ermöglicht haben, den Prozess zu diskutieren, Kommunikationskanäle zu öffnen und zu pflegen sowie Empfehlungen zu erarbeiten. Zu diesen Formaten gehörten geschlossene Runden mit Regierungsvertreter*innen, öffentliche Konferenzen und Foren, Podcasts und Videos sowie Umfragen und empirische Studien.

Ähnliche Bemühungen um Frieden scheiterten zuletzt 2015 und schlugen in eine neue Welle blutiger Kämpfe um. Der Prozess braucht gesellschaftlichen Rückhalt, sowohl bei Türk*innen als auch bei Kurd*innen. Selbst wenn sich sein weiterer Verlauf vielleicht vor allem im Nordosten Syriens entscheidet, ist es für eine nachhaltige Lösung elementar, die davon betroffenen Menschen zu beteiligen.

Die Rückkehr des Autoritarismus in Lateinamerika – Tagung

Wie in vielen anderen Teilen der Welt auch bekommen populistische Parteien in Lateinamerika viel Zulauf, und autoritäre Regime gelangen an die Macht. Korruption und Straflosigkeit prägen den Alltag, während Gewalt und Unsicherheit weiter zunehmen. Gleichzeitig ziehen sich die USA und auch europäische Länder aus bilateralen und multilateralen Strukturen zurück. Zentralamerika verschwindet dabei zunehmend von der Agenda der internationalen Zusammenarbeit – mit weitreichenden Folgen für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Region. Besonders betroffen ist die lokale Zivilgesellschaft. Ihr fehlen nicht nur die finanziellen Mittel, sie hat auch keine politischen Räume mehr, um die Rechte der Bevölkerung zu verteidigen und soziale sowie ökologische Gerechtigkeit einzufordern.

Wir organisierten daher gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen des „Runden Tisches Zentralamerika“ die zweiteilige Tagung „Zentralamerika: Antworten der Zivilgesellschaft auf die Rückkehr des Autoritarismus“, die Ende Oktober 2025 in Berlin stattfand. Mit rund 120 Teilnehmenden diskutierten die Panelist*innen aus Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica. Im Fokus der Debatten standen Gemeinsamkeiten und Unterschiede autoritärer Strukturen in den einzelnen Ländern sowie zivilgesellschaftliche Gegenstrategien. Unter anderem wurde der Ausbau rechtlicher Instrumente auf internationaler Ebene diskutiert.

Schutz von Journalist*innen und Medienschaffenden in Lateinamerika – Seminar

Lateinamerika ist eine der gefährlichsten Regionen der Welt für Journalist*innen. Morddrohungen, Angriffe und Einschüchterungen gehören oft zum Berufsalltag. Gleichzeitig wird die Pressefreiheit in zahlreichen Ländern immer weiter eingeschränkt. Politische Hetze, organisierte Kriminalität und unzureichende Schutzmechanismen verschärfen die Lage und erschweren unabhängige Berichterstattung. Wie Journalist*innen und Medienschaffende besser geschützt werden können, das war die Fragestellung eines Seminars, das unsere Büros in Buenos Aires und Santiago de Chile gemeinsam mit der UNESCO und dem Lateinamerikanischen und Karibischen Forum für Journalismus (FLAP) im September 2025 in Buenos Aires veranstalteten. Journalist*innen, Medienschaffende und Expert*innen kamen zusammen, um gemeinsam Lösungen für mehr Sicherheit und Handlungsfähigkeit zu entwickeln.

In Workshops und Arbeitsgruppen erarbeiteten die Teilnehmenden Empfehlungen für ein umfassendes Sicherheitskonzept. Sie sprachen sich unter anderem für den Aufbau dauerhafter Kooperationsmechanismen, verbindliche Protokolle für schnelle Reaktionen auf Angriffe und Zensur sowie für rechtliche und psychosoziale Unterstützung von Journalist*innen und Aktivist*innen aus. Weitere Vorschläge umfassten den Austausch bewährter Verfahren zur digitalen und physischen Sicherheit, Plattformen zur Bekämpfung von Desinformation, Strategien für eine nachhaltige Finanzierung unabhängiger Medien sowie die Förderung ethischer Standards und kontinuierlicher Fortbildungen, insbesondere für kommunale und alternative Medien.

Für eine inklusive und freie Gesellschaft

Wer die Menschenrechte angreift, greift immer auch die Freiheit des Einzelnen an. Weltweit geraten das Recht auf Schutz und Migration, die Gleichstellung der Geschlechter sowie sexuelle und reproduktive Rechte zunehmend unter Druck. Diese Entwicklung wird von autoritären und religiös-nationalistischen Kräften massiv vorangetrieben. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen arbeiten wir daran, Menschenrechte zu verteidigen und gerechte, inklusive Gesellschaften zu stärken.



Tübingen, 31. Januar 2025: Kundgebung auf dem Tübinger Marktplatz für Menschenrechte und Demokratie. Anlass war das Geheimgespräch von Rechtsextremisten in Potsdam, bei dem es um die sogenannte Remigration ging. Foto: IMAGO/Ulmer/Teamfoto



Mekonnen Mesghena, Referent für Migration und Diversity der Heinrich-Böll-Stiftung, begrüßt die Konferenzteilnehmenden.
Foto: Stephan Röhl

Zwischen Willkommenskultur und Abschottung – Fachkonferenz

Im Sommer 2015 flohen Hunderttausende Menschen vor dem Bürgerkrieg in Syrien. Zahlreiche Kommunen und Städte in Deutschland nahmen Geflüchtete auf. Mit Sprachkursen, Arbeitsmarktzugang und Bleibeperspektiven sollten sie echte Chancen zur Integration erhalten. Die Gesellschaft zeigte sich offen und solidarisch, und der Begriff der deutschen „Willkommenskultur“ ging um die Welt. Zehn Jahre später hat sich das politische Klima gegenüber Schutzsuchenden grundlegend gewandelt – von „Wir schaffen das“ hin zu einer Politik der Kontrolle und Abschottung. Gemeinsam mit dem DeZIM-Institut zogen wir am 21. Oktober 2025 in Berlin bei einer Konferenz Bilanz über die vergangenen zehn Jahre. Was ist gelungen? Was wurde versäumt? Welche Lehren lassen sich für eine zukunftsfähige Flüchtlings- und Integrationspolitik ziehen? In vielen Konferenzbeiträgen wurde die Bedeutung der Arbeitsmarktintegration als wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe betont. Einige Stimmen warnten auch vor einer zunehmenden „Festung Europa“ im Zuge der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Besonders eindrücklich waren die Beiträge junger Poet*innen von The Poetry Project, die selbst als Kinder nach Deutschland geflohen waren und durch ihre sehr persönlichen Texte die Tragweite von Flucht und Ankommen erfahrbar machten. In der Schlussdebatte mit Pegah Edalatian (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Achim Dercks (DIHK) und dem Rottenburger Oberbürgermeister Stephan Neher (CDU) wurde eines deutlich: Integration ist kein Selbstläufer. In Zeiten eines erstarkenden Rechtspopulismus bleibt die Gestaltung einer solidarischen Migrationsgesellschaft eine zentrale politische Aufgabe der kommenden Jahre.

Rassismus, Deportationsfantasien, Abschottung – ein Abend über Migration

Laut einer Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) denkt in Deutschland mittlerweile jede zehnte Person mit Migrationsgeschichte darüber nach, das Land zu verlassen. Viele von ihnen fühlen sich nicht mehr willkommen. Rassistische Anfeindungen, Diskriminierung im Alltag und der zunehmende Einfluss rechtsextremer Positionen verstärken dieses Gefühl. Für Deutschland hätte diese Entwicklung weitreichende Folgen.

Wenn engagierte Menschen und dringend benötigte Fachkräfte das Land verlassen, schadet das dem gesellschaftlichen Zusammenhalt ebenso wie der wirtschaftlichen Zukunft.

Vor diesem Hintergrund luden wir gemeinsam mit den neuen deutschen Organisationen (ndo) am Internationalen Tag gegen Rassismus, dem 21. März, zu einer Diskussion über die politische Lage in Deutschland ein. Da die Veranstaltung in den islamischen Fastenmonat Ramadan fiel, begann der Abend mit einem gemeinsamen Fastenbrechen – ein Zeichen für gelebte Vielfalt und das solidarische Miteinander.

In der anschließenden Diskussion schilderten Anna Sabel (Verband binationaler Familien und Partnerschaften) und Philipp Ahovi (Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung), wie fehlende Anerkennung und alltägliche Diskriminierung, etwa bei der Wohnungssuche oder durch polizeiliche Kontrollen, besonders junge und gut ausgebildete Menschen entfremden. Der Historiker Dr. Patrice Poutrus ordnete die aktuellen Entwicklungen historisch ein und machte deutlich, dass rassistische Denkmuster in Deutschland nicht neu sind, derzeit aber eine gefährliche Zuspitzung und Eskalation erleben. Tayo Awosusi-Onutor (Aktivistin und Filmemacherin) und Esther Dischereit (Lyrikerin) zeigten aus künstlerischer Perspektive, wie wichtig die Kraft kultureller Gegenarrative für eine demokratische Gesellschaft sind. Ihre Botschaft war klar: Menschen mit Migrationsgeschichte sind kein Randthema politischer Debatten, sondern prägen Deutschland maßgeblich mit. Umso wichtiger ist es, Rassismus entschieden entgegenzutreten und eine Gesellschaft zu stärken, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können.

Podcast

Es geht auch anders!

Die Debatten über Migration werden häufig polarisierend geführt und von rechts vereinnahmt. Plötzlich ist Migration an allem schuld: am Wohnungsmangel, der Klimakrise, dem maroden Gesundheits- und Bildungssystem, an Kriminalität und Gewalt. Dem setzt unsere Podcast-Reihe „Es geht auch anders!“ die Vision einer solidarischen Gesellschaft entgegen, in der Migration nicht kriminalisiert wird, sondern als globale gesellschaftliche Realität anerkannt wird. Die Gesprächspartner*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zeigen, wie ein gutes Zusammenleben gelingen kann.

➤ heimatkunde.boell.de/es-geht-auch-anders-podcast





„Fünf Jahre nach Hanau“ – im Februar 2025 erinnerten wir an all die Menschen, die ihr Leben bei rassistischen Anschlägen in Deutschland verloren. Unter den Gästen waren auch Angehörige wie Gamze Kubaşık, deren Vater Mehmet Kubaşık vom NSU ermordet wurde. Foto: Stephan Röhl

Von Hanau über Mölln nach Berlin – Gedenkveranstaltung und Dossier

Bei einem rassistisch motivierten Anschlag im hessischen Hanau tötete der Attentäter am 19. Februar 2020 neun Menschen, die er für Ausländer hielt. Anschließend brachte er seine Mutter und sich selbst um. Diese Tat war kein Einzelfall, sondern reiht sich in eine Serie von rechtsextremen Gewalttaten in Deutschland ein.

Anlässlich des fünften Jahrestages von Hanau gedachten wir bei einer Veranstaltung in Kooperation mit dem Berliner Ballhaus Naunynstraße der Opfer von Hanau und aller weiteren Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Unter den Gästen waren auch Angehörige. Çetin Gültekin, der Bruder des bei dem Anschlag in Hanau ermordeten Gökhan Gültekin, und Gamze Kubaşık, die Tochter des NSU-Opfers Mehmet Kubaşık, berichteten eindrücklich von staatlicher Ignoranz, ihrem Kampf um Aufklärung und der Notwendigkeit anhaltender Solidarität.

Mit einem Online-Dossier auf unserem Portal „Heimatkunde“ erinnern wir an die rassistischen Anschläge der vergangenen Jahrzehnte und veröffentlichen Beiträge von Betroffenen, Überlebenden, Angehörigen und Künstler*innen. Zudem erinnern wir jedes Jahr im Februar an die Opfer rechter Gewalt und verweisen auf die verbindenden Linien zwischen den Anschlägen in Hanau, Mölln, Solingen oder denen des NSU. Diese Taten dürfen nicht ohne politische Folgen bleiben, damit Menschen mit Migrationsgeschichte wieder sicher in unserem Land leben können. Aus dem Gedenken soll eine Kraft entstehen, die unsere Demokratie stärkt und schützt. ➤ heimatkunde.boell.de/fuenf-jahre-gegenwart

Wie queere und feministische Ansätze neue Widerstandskraft schaffen – Diskussion

Im Mai 2025 forderten neun EU-Staaten eine Überprüfung der Europäischen Menschenrechtskonvention und warfen dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine zu migrationsfreundliche Rechtsprechung vor. Menschenrechtsorganisationen bewerteten diesen Vorstoß als Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz und den Schutz grundlegender Rechte. Wie ernst die Lage ist, zeigt auch der „Atlas der Zivilgesellschaft“ von Dezember 2025: nur noch elf von 27 EU-Staaten gelten als „offen“. Deutschland wurde bereits zweimal herabgestuft und ist inzwischen in derselben Kategorie wie Ungarn. Gleichzeitig werden wichtige Schutzmechanismen ausgehöhlt. So hat die neue Bundesregierung humanitäre Visa ausgesetzt und erschwert damit die Unterstützung besonders gefährdeter Menschenrechtsverteidiger*innen. Im November 2025 fand deswegen die erste öffentliche Veranstaltung unserer Globalen Einheit für Demokratie und Menschenrechte in enger Zusammenarbeit mit dem Themenreferat Internationale Demokratie statt. Der belarusische LGBTQ-Aktivist Nick Antipov, der Autoritarismusforscher Dr. Ilyas Saliba und die Feministin Azza Nubi diskutierten darüber, wie sich der Kampf für Demokratie und Menschenrechte mit queeren und feministischen Ansätzen zu Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Fürsorge überschneidet und welche Strategien dazu führen können, dass die jeweiligen Akteur*innen stark, verbunden und effektiv im Kampf um Menschenrechte bleiben.



Reproductive Futures – Festival

Körperliche Selbstbestimmung ist nach wie vor kein Recht, sondern ein Privileg. Die Debatten rund um Reproduktion, Familie und Fürsorge werden immer hitziger geführt, und es gibt kaum Orte, an denen man sich angemessen mit dem Thema beschäftigen kann. Unser „Reproductive Futures Festival“, das vom 21. bis 22. November 2025 in Berlin stattfand, war ein solcher Ort. Gemeinsam mit dem Gunda-Werner-Institut brachte unsere Globale Einheit für Feminismus und Geschlechterdemokratie über 400 feministische Akteur*innen aus NGOs, Verbänden und Parteien aus unterschiedlichen Teilen Deutschlands mit Expert*innen aus dem Globalen Süden zusammen, um feministisch und interdisziplinär über Reproduktion zu sprechen. Das vielfältige Programm, das unter anderem eine Lesung, eine

Ausstellung und ein Filmscreening umfasste, ermöglichte es den Teilnehmenden, ihren Blick auf reproduktive Gerechtigkeit zu erweitern. Unter anderem wurde debattiert, wie Leihmutterschaft international reguliert werden kann, ob „gentle parenting“ (sanfte Erziehung) ein weißes Privileg ist und wie leer stehende Shoppingmalls zu solidarischen Sorgeorten werden könnten. Auf dem Festival wurde deutlich, dass die Probleme rund um das Kinderkriegen und die Sorgearbeit vor allem soziale Lösungen benötigen. Für diese Lösungen sind eine gerechtere Verteilung von Reichtum und ein Blick über nationale Grenzen hinweg unabdingbar.

➤ gwi-boell.de/reproductive-futures-feministische-visionen-fuer-gerechte-sorge

Feminist Leadership Convening – weltweite Vernetzung

Im Jahr 2025 sind die weltweiten Fördermittel für den Zugang von Frauen und queeren Menschen zu Bildung, Gesundheit, Politik und Wirtschaft massiv eingebrochen. Gleichzeitig wächst angesichts der Wahlerfolge autoritärer und rechter Parteien in vielen Ländern der Druck auf Frauenrechtsorganisationen und feministische Akteur*innen. Unter dem Motto „Führung neu erfinden in der Polykrise“ boten wir im September 2025 mit dem Feminist Leadership Convening in Kooperation mit unserer Partnerorganisation Fair Share of Women Leaders einen virtuellen Lern- und Vernetzungsraum. Zwei Tage lang begegneten sich über 1.000 Teilnehmende



Die Organisator*innen des zweitägigen Festivals „Reproductive Futures – Visionen für gerechte Sorge“ vom 21. – 22. November 2025 in Berlin. Fotos: Jana Kießer

aus aller Welt online in Workshops, Paneldiskussionen, Performances und Open-Mic-Sessions. Dabei ging es um Fragen wie: Wie geht man mit plötzlichen Mittelkürzungen um? Wie können Social-Media-Plattformen zur Rechenschaft gezogen werden? Wie kann Führung sinnvoll von einer Generation an die nächste übertragen werden? Dabei wurde eines klar: Es sind vor allem kreative Formate und offene Vernetzungsmöglichkeiten, aus denen Feminist*innen Hoffnung und Mut für die nächsten Herausforderungen schöpfen. Angesichts der weltweiten Rückschläge bei der Gleichstellung der Geschlechter ist der Bedarf, sich über nationale Grenzen hinweg zusammenzuschließen und voneinander zu lernen, so groß wie nie zuvor.

Kampf für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in Chile – Projekt

Seit 2017 ist eine Abtreibung in Chile nur in drei Ausnahmefällen erlaubt: wenn die Mutter in Lebensgefahr schwebt, der Fötus nicht lebensfähig ist oder bei Schwangerschaft durch Vergewaltigung. Diese Regelung ersetzte ein totales Abtreibungsverbot, das 1989 unter der Diktatur von Augusto Pinochet eingeführt worden war. Feministische Gruppen fordern seit Jahrzehnten eine vollständige Legalisierung, die von Gabriel Borics Regierung unterstützt wurde. Diese brachte im Mai 2025 einen entsprechenden Entwurf ein. Trotz breiter gesellschaftlicher Unterstützung scheiterte das Vorhaben an der konservativen Opposition. Die Asamblea por la Legalización del Aborto (Versammlung für die

Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs) ist ein Bündnis aus über 100 feministischen Organisationen, Gesundheitsdienstleister*innen und Aktivist*innen in Chile. Es kämpft für die gesellschaftliche Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und wird auch von unserem Büro in Chile unterstützt. Durch zahlreiche Aktivitäten ist es dem Bündnis im Jahr 2025 gelungen, das Thema Schwangerschaftsabbrüche auf die politische Agenda zu setzen und in die Öffentlichkeit zu tragen. In dem Podcast „Hablemos de Aborto“ (Reden wir über Abtreibung) analysieren zum Beispiel bekannte Feministinnen in vier Folgen den Gesetzesentwurf zur Abtreibung und betonen dabei die Notwendigkeit, das Recht auf Selbstbestimmung ohne Kriminalisierung und Hindernisse zu gewährleisten. Ein großer Erfolg war auch das Festival „Libres“, ein künstlerisch-kulturelles Treffen im Nationalstadion von Santiago de Chile, bei dem es um die Selbstbestimmung bei Schwangerschaftsabbrüchen ging. Mit dabei waren renommierte Künstlerinnen wie Mon Laferte, Francisca Valenzuela, Natalia Valdebenito sowie LasTesis, und Tausende von Menschen kamen. „Dieses Festival entstand, weil wir uns vom Stigma befreien wollen, das die Abtreibung umgibt. Und vom Schweigen, das denjenigen auferlegt wird, die abtreiben. Wir glauben, dass wir mit Gesprächen, Kultur, Musik und Humor auf die gesellschaftliche Entkriminalisierung hinarbeiten können“, erklärte Siomara Molina von Asamblea Permanente por la Legalización del Aborto.



Santiago de Chile, 16. Oktober 2025: Das Festival „Libres“ zog tausende Besucher*innen an. Zahlreiche prominente Künstler*innen traten auf und unterstützten die Forderung nach Selbstbestimmung bei Schwangerschaftsabbrüchen. Foto: Asamblea permanente por la Legalización del Aborto



Westlands, Nairobi, Kenia: Die Oberste Richterin Martha Koome unterhält sich mit Thayu Kilili, Gründerin und Leiterin von Creatives Garage, bei der Eröffnung der Ausstellung „Maskan“. Foto: Barlon Murimi/Creatives Garage

Maskan – wenn das Zuhause zum Tatort wird – Ausstellung

Maskan ist ein Wort aus dem Swahili und bedeutet „Zuhause“ – ein Ort der Geborgenheit. Für viele Frauen in Kenia ist das Zuhause jedoch alles andere als ein sicherer Ort. Femizide, also die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts, nehmen dort erschreckende Ausmaße an. Allein zwischen Januar und März 2025 wurden 129 Fälle gemeldet, die meisten davon ereigneten sich in den eigenen vier Wänden.

Um auf diese Form der geschlechtsspezifischen Gewalt aufmerksam zu machen, unterstützte unser Büro in Nairobi im Jahr 2025 die Wanderausstellung „Maskan“. Die gemeinsam mit den NGOs Creatives Garage und Usikimye kuratierte Ausstellung war in mehreren großen Städten Kenias zu sehen und erreichte über 5.000 Besucher*innen.

Mit eindringlichen szenischen Installationen machte die Ausstellung das Thema auf besondere Weise erfahrbar. So konnten Besucher*innen beispielsweise ein nachgestelltes Wohnzimmer betreten, in dem die Audioaufnahme einer Mutter zu hören war, die vom Mord an ihrer Tochter erfährt. Ein Uhrenturm zeigte die exakte Todeszeit von fünf Femizidopfern, wie sie in den Obduktionsberichten dokumentiert sind. Ergänzt wurde die Ausstellung durch eine nachgebildete Polizeistation mit fiktiven Fallakten, auf denen die Namen von Femizidopfern standen.

Im Rahmen der Ausstellung sammelte das Projektteam mehr als 300 schriftlich eingereichte Reflexionen. Darunter befanden sich Analysen der gesellschaftlichen Ursachen von Femiziden, Berichte über institutionelles Versagen sowie Erfahrungen von Überlebenden.

Die Auswertung des Projekts macht deutlich, dass staatliche Stellen Femizide bislang nur unzureichend erfassen. Zugleich tragen die frühe Konfrontation junger Menschen mit misogynen Einstellungen sowie strukturelle Defizite in staatlichen Institutionen wesentlich zur hohen Verbreitung geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt bei. Das Fazit ist eindeutig: Um Femizide in Kenia wirksam zu bekämpfen, müssen sie als eigener Straftatbestand rechtlich anerkannt werden. Dafür braucht es verlässliche Daten, ein frühzeitiges Eingreifen und ein nachhaltiges politisches Engagement.

Reformen für eine moderne Demokratie

Die gegenwärtigen Krisen geben allen Grund für Verunsicherung. Viele Menschen glauben nicht mehr daran, dass Parteien und staatliche Institutionen die aktuellen Herausforderungen bewältigen können. Gleichzeitig gibt es den Wunsch nach mehr Beteiligung und Mitsprache. Das ist gut, denn Demokratie lebt von Menschen, die Verantwortung übernehmen. Wir arbeiten mit unseren Partnern an Ideen für die notwendige Modernisierung von Staat und Verwaltung und bieten Raum für die gesellschaftliche Debatte von Zukunftsthemen.



Videoprojektion bei einer Veranstaltung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Foto: Julia Otto



Konstantin von Notz, MdB für Bündnis 90/Die Grünen, bei der Konferenz „Freiheit schützen“. Foto: Stephan Röhl

Freiheit schützen – Konferenz zur inneren Sicherheit

Wie sieht heute eine Innenpolitik aus, die unsere Freiheit effektiv schützen kann? Hybride Angriffe durch staatliche und nichtstaatliche Akteure häufen sich, Desinformationen beeinflussen politische Entscheidungsprozesse. Daneben bestehen bekannte Problemlagen fort: von organisierter Kriminalität über Gewalt im öffentlichen Raum bis hin zu Terrorismus. Auf unserer Konferenz zur inneren Sicherheit am 21. November 2025 haben wir bisherige Politikansätze kritisch hinterfragt und darüber diskutiert, wie wir das Land sicherer machen können, ohne die Prinzipien einer demokratischen, offenen Gesellschaft aufzugeben. Zu den circa 140 Teilnehmenden zählten die Vizepräsidentin des Verfassungsschutzes Silke Willems, der grüne Innenpolitiker Konstantin von Notz sowie die Autor*innen Hasnain Kazim und Marina Weisband. Über 700 Personen verfolgten die Konferenz im Livestream. Die Bandbreite der Themen war groß und reichte von den Entwicklungen bei Extremismus und politischer Gewalt über das Vertrauen in Polizei und andere Sicherheitsbehörden bis hin zur Verteidigung als Gemeinschaftsaufgabe von zivilen und militärischen Akteur*innen. Das Fazit der Tagung lautet: Die Zuständigkeiten und Strukturen der inneren Sicherheit müssen flexibler werden. Die Politik muss Bedrohungen klar benennen und die Bürger*innen mitnehmen. Wichtig ist auch die Vermittlung von Medienkompetenz – nicht nur für junge Menschen –, damit Desinformation und Propaganda besser erkannt werden können.

Ein Videomitschnitt der Konferenz sowie ein Podcast zum Thema stehen auf boell.de zur Verfügung.

➤ boell.de/freiheit-schuetzen-konferenz-zur-inneren-sicherheit

Mehr Republik wagen – Tagungen der Grünen Akademie

Die Welt ordnet sich neu, und damit ändern sich auch die Erwartungen an eine zukunftsgerichtete grüne Politik. Unsere Grüne Akademie hat vor diesem Hintergrund während des Jahres 2025 die Diskussionsprozesse zur Standortbestimmung und Orientierung in der grünen Strömung begleitet und mit eigenen Impulsen bereichert. Dabei stand die Frage im Zentrum, inwieweit eine stärker republikanische Orientierung zur Revitalisierung der liberalen

Demokratie beitragen kann und worin die spezifische Rolle unserer Strömung in einem breiteren republikanischen Bündnis besteht. Die drei identifizierten Handlungsfelder waren: Strategien für eine breitere bürgerschaftliche Trägerschaft der liberalen Demokratie, für eine ökonomische, ökologische und politische Modernisierung und für ein handlungsfähiges Europa in der neuen Zeit. Auch als Ergebnis dieses Diskussionsprozesses wenden wir uns mit dem Projekt „Die neue Republik“ ab 2026 mit Konferenzen und Publikationen an eine größere Öffentlichkeit.

Dossier

Strategien gegen Desinformationen und digitale Propaganda

Soziale Medien begünstigen die Verbreitung von Desinformationen. Doch Desinformationen sind kein isoliertes Technologieproblem. Ihre Ursachen und Auswirkungen sind komplex, weshalb es verschiedener Gegenmaßnahmen bedarf. Unser Dossier gibt Einblicke in unterschiedliche Strategien sowie Mitschnitte eines Grundkurses zum Thema und drei Podcast-Folgen über digitale Propaganda.

➤ boell.de/strategien-gegen-desinformationen-und-digitale-propaganda

Den Staat weiterentwickeln – Bausteine für ein funktionierendes Land

Staat, Verwaltungen und Behörden sollen für die Bürger*innen öffentliche Infrastruktur erhalten und weiterentwickeln, ihre Sicherheit gewährleisten und ihre Rechte schützen. Das so definierte Leitbild eines demokratisch legitimierten, funktionierenden Rechts- und Sozialstaats kann eine Orientierung bieten, doch staatliche Verwaltungen müssen reformfähig bleiben. Manche Regel, die vor Jahrzehnten noch zeitgemäß war, wirkt heute verstaubt und behindert reibungslose Verwaltungsverfahren. Die Liste der Herausforderungen ist lang: von der Digitalisierung der Verwaltung über den Abbau von Bürokratie bis hin zur Bürger*innenbeteiligung. Die Modernisierung von Staat und Verwaltung ist eine der großen Aufgaben unserer Zeit. Wir haben im Jahr 2025 mit unserem neu strukturierten Referat „Politik, Verfassung und Staat“ begonnen, diese Fragen verstärkt in den Blick zu nehmen. Den Auftakt machte eine Podiumsdiskussion mit Franziska Brantner (Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen), Elisabeth Niejahr (Hertie-Stiftung), Anna-Bettina Kaiser (HU Berlin) und Dirk Neubauer (ehemaliger Landrat von Mittelsachsen) am 7. Januar 2025.

Die grüne Regierungspraxis in der Ampel-Koalition – Studie

Wie hat sich die „Ampel-Koalition“ intern organisiert, um in dem neuen Dreierbündnis das Land zu regieren? Die von uns in Auftrag gegebene Studie „Strukturen des Fortschritts“ des Politikwissenschaftlers Arne Jungjohann ist die erste Untersuchung, die in dieser Perspektive auf das Handeln der politischen Akteur*innen in der Ampel-Koalition zurückblickt. Die Studie basiert auf Interviews mit 32 Personen, die für Bündnis 90/Die Grünen an relevanten Stellen in der Koalition tätig waren. Im Zentrum stehen die Abläufe, die Mechanismen und die formellen sowie informell entwickelten Strukturen grünen Regierens, also vor allem die Runden und Gremien zur Abstimmung mit Koalitionspartnern und anderen gesellschaftlichen Akteur*innen. Die Darstellung bietet einen guten Einblick in die technischen Abläufe und erläutert Mechanismen, die zur Kompromiss- und Entscheidungsfindung in der Koalitionsregierung entwickelt wurden, aber dennoch ihren Bruch nicht verhindern konnten. Die Studie wurde am 11. Juni 2025 auf einer Podiumsdiskussion mit Arne Jungjohann (Autor der Studie), Markus Balser (Süddeutsche Zeitung), Ricarda Lang (MdB und ehem. Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen) und Robert Vehrkamp (Bertelsmann-Stiftung) vorgestellt. Sie fand große Resonanz in den Medien, u. a. in SZ, FAZ, taz, Table Media, FR, Funke Medien und dem SPIEGEL.

➤ boell.de/strukturen-des-fortschritts

Outsourcing von Regierungsaufgaben – das Beispiel Griechenland

In Griechenland greift der Staat bei Kernaufgaben zunehmend auf private Beratungsunternehmen zurück. Anfangs betrafen die staatlichen Aufträge überwiegend nur den technischen Support, doch in den letzten zehn Jahren haben sich die Aufträge auf strategische Planung, Politikgestaltung und sogar die Ausarbeitung von Gesetzen ausgeweitet. Dieser schrittweise Strukturwandel, der international als „Consultocracy“ bekannt ist, ist hinsichtlich Transparenz, Rechenschaftspflicht und demokratischer Kontrolle bedenklich. Eine von den griechischen NGOs Vouliwatch und Solomon mit Unterstützung unseres Büros in Thessaloniki durchgeführte Datenanalyse kam zu dem Ergebnis, dass zwischen 2017 und 2025 mehr als 3.000 Aufträge im Wert von über 1,5 Milliarden Euro vergeben wurden, größtenteils durch Direktvergaben. Zwar waren viele Firmen beteiligt, doch gingen zwei Drittel der Gesamtausgaben an nur ein Prozent der Auftragsnehmer, was auf eine starke Marktkonzentration hindeutet. Bemerkenswert ist, dass 94 Prozent der Ausgaben auf strategische Planung entfielen, d. h., der Einfluss von Berater*innen auf die Politikgestaltung ist groß. Daher wird es immer wichtiger, klare Grenzen festzulegen und Transparenz, Aufsicht und demokratische Kontrolle zu gewährleisten. Im Rahmen des Projekts ist eine Publikation in griechischer Sprache erschienen. Zudem können alle relevanten öffentlichen Daten der Erhebung online abgerufen werden. ➤ gr.boell.org



Lukas Beckmann, Mitbegründer der Grünen und der Heinrich-Böll-Stiftung, erkannte schon früh, dass Ideen Raum zum Wachsen brauchen – Orte, an denen Debatte, Analyse und Streitkultur für eine gemeinsame, lebenswerte Zukunft gestaltet werden. Sein 75. Geburtstag war für uns ein willkommener Anlass, am 23. November mit ihm und vielen Gästen gemeinsam in die Zukunft zu blicken. Foto: Julia Otto

Zeitdiagnostische Interventionen – Buchvorstellungen

In unserer Reihe „Zeitdiagnostische Interventionen“ greifen wir aus dem breiten Angebot politischer Bücher Titel heraus, die wir für besonders relevant halten. Zum Auftakt stellten wir im Januar das Buch „Verlust. Ein Grundproblem der Moderne“ des Soziologen Andreas Reckwitz vor. In einer Zeit, in der Gletscher schmelzen, Arbeitswelten verschwinden, Ordnungen zerfallen und Verlust Erfahrungen eskalieren, stellt er die existenzielle Frage, ob Gesellschaften modern bleiben und sich gleichzeitig produktiv mit Verlusten auseinandersetzen können.

Im Juli hatten wir den Verfassungsrechtler Christoph Möllers mit seinem Buch „Demokratie und Gewaltenteilung“ zu Gast. Seine Neukonzeption der Gewaltenteilung als „demokratieermöglichendes“ Prinzip bot neue Perspektiven auf fundamentale Fragen der Demokratie und des Verhältnisses von Recht und Politik.

Im November folgte Leor Zmigrod mit ihrem Buch „Das ideologische Gehirn“. Zmigrod wird vom Forbes Magazine als eine der einflussreichsten Persönlichkeiten unter 30 gelistet. Im Bereich der politischen Neurobiologie erforscht sie den Zusammenhang zwischen politischen Einstellungen und der Neurobiologie des Gehirns und eröffnet damit neue Perspektiven auf Radikalisierung, Extremismus und demokratische Meinungsbildung.

Senegal: Historischer Schritt zum Schutz von Whistleblower*innen – Projekt

Ende August 2025 verabschiedete die senegalesische Nationalversammlung drei Gesetze, die Transparenz, Rechenschaftspflicht und eine offenere Regierungsführung stärken sollen. Der neue gesetzliche Rahmen erweitert die Pflicht zur Vermögenserklärung für zahlreiche öffentliche Verantwortungsträger*innen, schützt Menschen, die im öffentlichen Interesse auf Missstände hinweisen, und verankert erstmals ein allgemeines Recht auf Zugang zu Informationen staatlicher Stellen. Gemeinsam bilden die Reformen einen wichtigen Baustein im Kampf gegen Korruption und in den Bemühungen, staatliches Handeln stärker demokratischer Kontrolle zu unterwerfen. Insbesondere das Gesetz zum Schutz von Whistleblower*innen ist das Ergebnis jahrelanger zivilgesellschaftlicher Arbeit. Mit der Verabschiedung gehört der Senegal zu den wenigen afrikanischen Staaten mit einem gesetzlichen Schutzmechanismus und übernimmt eine Vorreiterrolle im frankophonen Subsahara-Afrika. Seit mehr als fünf Jahren fördert unser Büro in Dakar gemeinsam mit der Platform to Protect Whistleblowers in Africa die politische und gesellschaftliche Debatte im Senegal. In öffentlichen Veranstaltungen und Medienformaten machten unsere Partner*innen deutlich, was ein Whistleblower ist und wie die Offenlegung von Informationen über Korruption und Machtmissbrauch langfristig die Demokratie stärkt. Zugleich begleiteten sie den Gesetzgebungsprozess mit juristischer Expertise. Nun kommt es auf die Umsetzung an, denn ein Gesetz allein schützt noch niemanden vor beruflichen Nachteilen, Einschüchterung oder Gewalt. In einer Region, in der sich zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume verengen und Journalist*innen und Aktivist*innen weiterhin Repres-

sionen ausgesetzt sind, braucht es unabhängige Institutionen, sichere Meldewege und wirksame rechtliche Unterstützung. Unser Büro und seine Partner*innen werden deshalb weiterhin Menschen unterstützen, die im öffentlichen Interesse Missstände sichtbar machen.

Die dunkle Macht der Sozialen Netzwerke – Böll.Global

Kann Regulierung unsere Demokratie retten? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine Diskussionsveranstaltung unserer Reihe „Böll.Global“. Big Tech und Social-Media-Plattformen bündeln inzwischen eine immense Macht. Sie prägen weltweit politische Debatten und die gesellschaftliche Meinungsbildung. In der Diskussion waren sich Stiftungsvorstand Jan Philipp Albrecht und die Expert*innen für Digitalpolitik Tonusree Basu (Access Now), Markus Beckedahl (Digitalpolitik.de) und Felix Kartte (Stiftung Mercator) einig, dass deutsche und europäische Institutionen ihre digitale Souveränität mit mehr Dringlichkeit und Entschlossenheit gegen die wachsende Macht der Plattformen verteidigen müssen. Doch derzeit sind sie dieser Herausforderung kaum gewachsen und hinken den Entwicklungen hinterher. Die Diskutant*innen forderten die Politik dazu auf, die Regulierungsinstitutionen offensiver zu stärken und in die Zivilgesellschaft zu investieren.

Videocast

Pick Your Battles

„Pick Your battles“ – diese Redewendung bedeutet so viel wie: Lasst uns über das streiten, was relevant ist.

Wir brauchen wieder einen konstruktiven Streit über die politischen Themen, die uns im Alltag beschäftigen. Unser Video-Podcast-Format soll dazu einen Beitrag leisten. In jeweils sechs Minuten debattiert Jan Philipp Albrecht, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, sechs Fragen mit bekannten Personen aus dem öffentlichen Leben. Im Jahr 2025 waren dies Sebastian Tigges, Sabine Nallinger, Albrecht von Lucke, Abdul Kader Chahin, Franziska Klemenz, Korbinian Frenzel, Maren Urner und Gilda Sahebi.

➔ boell.de/de/pick-your-battles



Social Media Konferenz

Zu unserer 2. Social Media Academy in Berlin kamen rund 200 Social-Media-Professionals aus dem grünen und zivilgesellschaftlichen Umfeld aus ganz Deutschland zusammen. Die zweitägige Fachkonferenz bot praxisnahe Impulse und Workshops zu den Herausforderungen der täglichen politischen Social-Media-Kommunikation – von Storytelling und Reichweite bis hin zum strategischen Einsatz von Daten – und stärkte die bundesweite Vernetzung. Damit setzte die Academy ein starkes Zeichen für eine kreative, glaubwürdige und zukunftsfähige progressive Kommunikation.

Meinungsfreiheit braucht Plattformaufsicht – Fachaustausch

Das Internet sowie die darauf aufbauenden Plattformen, digitalen Dienste und sozialen Medien sind aus dem gesellschaftlichen Alltag nicht mehr wegzudenken. Das bringt eine Reihe von Herausforderungen mit sich: unzureichende Alterskontrollen, illegale, extremistische oder sachlich falsche Inhalte, manipulative Kommunikationsformen sowie auf Algorithmen basierende Empfehlungssysteme, die (Des-)Informationskampagnen vereinfachen, um nur einige zu nennen. Über die Frage, wie sich trotz dieser Gefahren, ein demokratisch verfasster digitaler Raum sichern lässt, haben wir am 30. Juni 2025 einen hochkarätig besetzten Fachaustausch organisiert. Ausgangspunkt waren die mit dem Digital Services Act (DSA) und dem Digital Markets Act (DMA) auf den

Weg gebrachten Regeln der EU zum Schutz der Demokratie im Netz. Es wurde diskutiert, ob der DSA das bestehende Machtungleichgewicht zwischen Online-Plattformen und ihren Nutzer*innen tatsächlich ausgleichen kann und welche nächsten Schritte bei Desinformation, Wahlbeeinflussung sowie Kinder- und Jugendmedienschutz auf Ebene von Ländern, Bund und EU nötig sind. Ein Empfehlungspapier von Matthieu Binder (iRights) fasst die Debatte zusammen. Fazit: Meinungsfreiheit, Demokratie und Jugendschutz können im digitalen Raum nur durch eine wirksame Plattformaufsicht geschützt werden. Der Fachaustausch wird in einer Arbeitsgruppe fortgesetzt, die 2026 ein politisches Positionspapier erarbeiten wird.

➤ boell.de/meinungsfreiheit-braucht-plattformaufsicht

Demokratie beginnt im Lokalen – Online-Seminar und Policy Paper

Informierte und engagierte Bürger*innen sind die Grundlage für eine lebendige Demokratie. Ein vielfältiger Lokaljournalismus kann dazu viel beitragen. Er schafft Transparenz, deckt mögliches Fehlverhalten in Wirtschaft und Politik auf und stärkt das Gemeinschaftsgefühl sowie das gesellschaftliche Engagement. Wenn aber Redaktionen aus wirtschaftlichen Gründen schließen und über Lokales nur noch aus der Ferne berichtet wird, drohen Zeitungswüsten. Es ist Aufgabe der Politik, dies zu verhindern und die Medienvielfalt vor Ort zu schützen und zu stärken. Die Medienwissenschaftler*innen Christian Wellbrock, Leyla Dogruel, Matthias Künzler und



Berlin, Herbst 2025: 2. Social Media Academy in der Heinrich-Böll-Stiftung mit über 200 Teilnehmenden. Foto: Annette Maennel



Die Unterrichtsreihe „Selbstbestimmt im Netz“ vermittelt in drei Lernreisen wichtige Kompetenzen für die digitale Welt. Illustration: José Rojas

Gergana Baeva haben sich in unserem Auftrag mit der aktuellen Forschungslage befasst und Erfahrungen aus anderen Ländern ausgewertet. Am 10. September 2025 stellten sie ihre Ergebnisse vor und formulierten Handlungsempfehlungen. Als besonders vielversprechend nannten sie die Anerkennung des Journalismus als gemeinnützig, eine degressive Förderung von Redaktionskosten mit automatisierter Ausschüttung nach festen Kriterien sowie eine projektbasierte Innovationsförderung. In Kombination könnten diese drei Maßnahmen der wirtschaftlichen Krise im Lokaljournalismus wirksam entgegenwirken.

➤ boell.de/demokratie-beginnt-im-lokalen

„Tools of Tomorrow“ und „Selbstbestimmt im Netz“ – Bildungsmaterialien

Ob personalisierte Playlists, intelligente Assistenten oder kreative Bildgeneratoren: Künstliche Intelligenz (KI) verändert unseren Alltag bereits heute. Doch was genau passiert hinter den Kulissen? Was kann die KI alles? Antworten darauf gibt unsere Online-Unterrichtseinheit „Tools of Tomorrow“. Die Schüler*innen lernen die Grundlagen und Möglichkeiten von KI kennen. Sie erforschen, wie Algorithmen funktionieren, und erfahren, wie sie KI-Tools selbst anwenden und testen können. Sie lernen auch, KI kritisch zu hinterfragen und verantwortungsvoll einzusetzen. Dabei geht es auch um ethische Herausforderungen und Risiken. Das kostenfreie digitale Bildungsmaterial für zwei aufeinander aufbauende Doppelstunden richtet sich an Schüler*innen ab 15 Jahren aller Schularten. Auf der Bildungsmesse Didacta im Februar 2025

in Stuttgart haben wir „Tools of Tomorrow“ zusammen mit unserem Kooperationspartner, dem Education Innovation LAB, erfolgreich präsentiert. Es ist derzeit die am häufigsten genutzte Lernreise auf der Plattform www.digital-sparks.org.

Mit der Unterrichtsreihe „Selbstbestimmt im Netz“ wollen wir Schüler*innen dazu befähigen, sich souverän im Internet zu bewegen, ihre Rechte zu kennen und den digitalen Raum selbstbestimmt zu gestalten. Die drei Lernreisen „Fake News“, „Datenspuren“ und „Digitale Spiele“ vermitteln die dafür notwendigen Kompetenzen. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hat die Unterrichtsreihe in allen Kategorien mit dem Prädikat „sehr gut“ ausgezeichnet. Die aktualisierte und erweiterte Neuauflage zeigt anhand aktueller Beispiele die Wirkung von Fake News und die dahinterstehenden Strategien. Beim Thema „Datenspuren“ wird vermittelt, weshalb Daten so wertvoll sind, wie sie zu Geld gemacht werden und welche Gefahren sich daraus für die Demokratie ergeben. Die kostenfreie Unterrichtsreihe richtet sich an Schüler*innen aller Schularten ab 15 Jahren.

Ein Schwerpunkt der Stiftungsarbeit ist es, Bildungsteilhabe zu fördern – auch in der digitalen Welt. Im Fokus stehen dabei sozioökonomisch benachteiligte Kinder und Jugendliche und ihr Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben.

➤ digital-sparks.org

➤ boell.de/selbstbestimmt-im-netz

Erinnerungskultur als gesellschaftliche Aufgabe

Erinnerungskultur ist heute mehr denn je politisch umkämpft: Zwischen Mahnung, Identität und Instrumentalisierung entscheidet sich, wie Gesellschaften Vergangenheit deuten – und welche Lehren sie für die Zukunft ziehen. Auch Bildungsarbeit hat den Auftrag, sich mit einer vielfältigen Erinnerungskultur auseinanderzusetzen.



Frauen aus dem Widerstand nach dem KZ: Entfremdung und Neubeginn. Die Illustration ist Teil unserer multimedialen Webseite „Nach KZ und Zwangsarbeit“. Illustration: Arinda Crăciun

Vom Faschismus zum Antifaschismus – und zurück? – Konferenz

Anlässlich des 80. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs organisierte unser Belgrader Büro vom 17. bis 19. Oktober 2025 eine internationale Konferenz zum Thema Antifaschismus. Gemeinsam mit dem Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Serbiens sowie dem Institut für Philosophie und Gesellschaftstheorie diskutierten Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen darüber, wie die Lehren aus dem Kampf gegen den Faschismus lebendig gehalten und an die kommenden Generationen weitergegeben werden können. Die Konferenz richtete den Blick bewusst auf aktuelle Entwicklungen. In einer Zeit, in der US-Präsident Donald Trump Antifaschismus als „Inlandsterrorismus“ diffamiert und Russlands Präsident Wladimir Putin den Begriff für die Rechtfertigung seines Angriffskriegs gegen die Ukraine instrumentalisiert, wird die Verteidigung des demokratischen Erbes von 1945 immer dringlicher. Besonders deutlich wird diese Herausforderung auf dem westlichen Balkan: Hier untergraben ethno-nationalistische Eliten durch historischen Revisionismus zunehmend das antifaschistische Gedächtnis der Region.

Die Konferenz spannte den Bogen vom Widerstand gegen den Faschismus im Zweiten Weltkrieg bis zu heutigen rechtsextremen Bewegungen. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Wiederentdeckung feministischer antifaschistischer Traditionen, die in der Geschichte oft übersehen wurden und deren Bedeutung die Stiftung stärker sichtbar machen möchte. Den Abschluss bildete ein öffentliches Panel, an dem unter anderem Historiker*innen und Student*innen teilnahmen, die sich an den seit einem Jahr andauernden Bürgerprotesten in Serbien beteiligen. Gemeinsam diskutierten sie, wie sich faschistische Ideologien heute manifestieren, zum Beispiel im Bildungssystem, wo historische Ereignisse vereinfacht oder durch Geschichtsrevisionismus verzerrt werden. Die Konferenz machte deutlich: Antifaschismus bleibt unverzichtbar, um einen lebendigen demokratischen Widerstand zu erhalten.

Nach KZ und Zwangsarbeit: Neuanfänge im befreiten Europa – Multimediale Webseite

Frühling 1945: Europa liegt in Trümmern, der Krieg ist vorbei. Doch für viele beginnt die Freiheit nicht mit Jubel, sondern mit Hunger, Erschöpfung und Schmerz. Sie kehren aus Konzentrationslagern und von der Zwangsarbeit zurück. Sie sind zwar befreit, haben aber kein Zuhause mehr. Wie fühlt sich Befreiung an, wenn alles zerstört ist? Anlässlich des 80. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs veröffentlichten wir mit Unterstützung der Gedenkstätte Ravensbrück eine multimediale Website über schwierige Neuanfänge nach der Befreiung. Vier Personengruppen erzählen: Frauen, die aus politischen Gründen im KZ inhaftiert waren, Männer, die als Zwangsarbeiter überlebten, verfolgte Jüdinnen sowie Sint*izze und Rom*nja. In ihren Geschichten spiegelt sich mehr als persönliches Schicksal: Sie erzählen vom Beginn unserer europäischen Nachkriegsgesellschaft, getragen von Mitgefühl und Abwehr, von Erinnerung und Neubeginn.

➔ boell.de/de/2025/11/06/nach-kz-zwangsarbeit-neuanfaenge-im-befreiten-europa

Connecting the Dots: Zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte – Fachforum

Die Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus hat dank unzähliger zivilgesellschaftlicher Initiativen zunehmend öffentliches und politisches Interesse erhalten. Ob Ausstellungen und Austausch in Museen, Debatten rund um Denkmäler und Straßennamen oder Beschäftigung in Literatur und Kunst mit dem Thema: An vielen Orten hat sich trotz aller Widrigkeiten etwas bewegt. Doch ist die Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die intensiverer Beschäftigung bedarf. In unserem Fachforum „Connecting the Dots“ im Mai 2025 diskutierten Expert*innen aus Wissenschaft, Museen, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung darüber, wie sich die koloniale Vergangenheit stärker in die deutsche Erinnerungskultur einbetten lässt und wie daraus eine verantwortliche Beziehungsethik mit den Nachfahrensgesellschaften ehemaliger Kolonien entstehen kann. Weitere Themen waren die Anerkennung kolonialer Gewalt, ihre Kontinuitäten bis in die Gegenwart, Restitution und Repatriierung, der Umgang mit human remains und Kulturgütern sowie die Frage, welche institutionellen Strukturen eine glaubwürdige, faire und langfristig tragfähige Aufarbeitung ermöglichen.

Erinnerungskultur kann nur dann tragfähig sein, wenn sie konfliktensibel und gesellschaftlich anschlussfähig gestaltet wird. Das Fachforum setzte hierfür wichtige Impulse: Es stärkte bestehende Initiativen, regte neue Allianzen an und hob die Bedeutung zivilgesellschaftlich getragener Erinnerungsarbeit hervor. Zugleich wurde unterstrichen, dass staatliche Verantwortung, eine verlässliche finanzielle Absicherung und internationale Kooperation notwendig bleiben, damit Aufarbeitung der Kolonialgeschichte nicht vom Engagement Einzelner abhängt, sondern dauerhaft wirksam werden kann.

Srebrenica, 30 Jahre später: Umkämpftes Erinnern – Podiumsdiskussion

Im Juli 1995 ermordeten Einheiten der Armee der Republika Srpska innerhalb weniger Tage über 8.000 muslimische Bosniaken – überwiegend Männer und Jungen. Die Leichen wurden in Massengräbern verscharrt, später zum Teil exhumiert und umgebettet, um die Spuren des Verbrechens zu verwischen. Der Völkermord von Srebrenica gehört zu den erschütterndsten Ereignissen der jüngeren europäischen Geschichte. Im Jahr 2025, 30 Jahre später, musste die Potočari-Gedenkstätte in Srebrenica aus Sicherheitsgründen vorübergehend geschlossen werden. Die vom Präsidenten der Republika Srpska, Milorad Dodik, betriebene nationalistische Sezessionspolitik, deren Bestandteil die Leugnung des Genozids von Srebrenica ist, führt zu einem alarmierenden Anstieg der Spannungen und zu Gefährdungen für die Gedenkstätte und ihre Mitarbeiter*innen.

Anlässlich 30 Jahre Srebrenica haben wir zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung an zwei Abenden mit Gästen aus Bosnien und Herzegowina und Deutschland zu einem gemeinsamen Erinnern und Nachdenken eingeladen. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der künstlerischen Auseinandersetzung mit Traumata, Verlust, hinterlassener Leere und Identitätssuche.



Volker Weiß bei der Konferenz „Re-Visions of History in Right-Wing Populism and the Far Right“. Foto: Stephan Röhl

Die Umdeutung von Geschichte – Fachkonferenz und Diskussion

Vom 8. bis 10. September 2025 veranstalteten wir gemeinsam mit dem Leibniz-Forschungsverbund „Wert der Vergangenheit“ und mehreren Instituten der Max-Weber-Stiftung die internationale Fachkonferenz „Re-Visions of History in Right-Wing Populism and the Far Right“, bei der es um die politische Umdeutung von Geschichte durch rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur*innen ging. Die Teilnehmenden analysierten die Strategien der Geschichtsrevisionisten und diskutierten, was dagegen unternommen werden kann. Die Vorträge und Diskussionen machten deutlich, wie ähnlich Muster geschichtsrevisionistischer Verzerrungen weltweit sind. In den Panels wurden ihre unterschiedlichen Zielrichtungen beleuchtet, insbesondere im Hinblick auf die Instrumentalisierung des Mittelalters, die Umdeutung der NS-Vergangenheit und die Neuinterpretation des Kolonialismus.

Als öffentliche Abendveranstaltung fand am 8. September die Podiumsdiskussion „Rechte Geschichtsmythen: Eine Herausforderung für Gesellschaft, Wissenschaft und Politik“ statt, die insbesondere die deutsche und europäische Situation in den Blick nahm. Es diskutierten prominente Historiker*innen und Politiker*innen wie Frank Bösch (Historiker und Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam), Constanze Itzel (Direktorin des Hauses der Europäischen Geschichte, Brüssel), Katja Meier (Mitglied des Sächsischen Landtages Bündnis 90/Die Grünen, ehemalige Staatsministerin) und Volker Weiß (Historiker und Journalist). Rund 140 Personen nahmen vor Ort teil, weitere 160 verfolgten den Livestream. Dieses starke Interesse zeigt den großen Bedarf an offenen Räumen für den Austausch über Geschichte, Erinnerung und demokratische Verantwortung.

Memory Module – Festival der Erinnerungskultur in Sarajevo

Das Memory-Module-Programm des MESS-Festivals wurde 1995 ins Leben gerufen, zu einem Zeitpunkt, als Sarajevo noch belagert war. Im Jahr 1996 gab es die ersten Veranstaltungen, darunter die Ausstrahlung von Claude Lanzmanns Dokumentarfilm „Shoah“ und die Konferenz „Leben mit dem Bewusstsein des Völkermords“. Seitdem hat das Memory Module rund 300 Ausstellungen, Konferenzen, Filmvorfüh-

rungen, Theaterproduktionen und Buchveröffentlichungen realisiert und findet mittlerweile jährlich als Festival der Erinnerungskultur statt. Seit 2018 vergibt es einen Preis für besondere Beiträge zur Erinnerungskultur an Persönlichkeiten, deren Arbeit ästhetische und ethische Werte verbindet. Die Zusammenarbeit mit unserem Büro in Sarajevo begann im Jahr 2016 mit der Fotoausstellung „Frauen im belagerten Sarajevo“ von Hidajet Delić. Die bosnische Ausgabe der Jubiläumspublikation „Memory Module – 30 Years“ wurde beim Srebrenica-Gedenkabend in Berlin vorgestellt.

Wie kann Geschichte heute vermittelt werden? – International Civic Education Summit

Viele Akteure in der historischen Bildung – von kleinen Initiativen bis zu großen Institutionen – stehen vor der Frage, wie sie junge Generationen erreichen und ihr Interesse für Geschichte wecken können. Und wie Geschichte generell partizipativer, inklusiver und relevanter für die Gegenwart vermittelt werden kann. Auf Initiative der Konrad-Adenauer-Stiftung und in Kooperation mit den Arolsen Archives und der Heinrich-Böll-Stiftung kamen beim International Civic Education Summit 2025 Teilnehmende aus der ganzen Welt zusammen, um sich über ihre Projekte und erfolgreichen Formate im Bereich der Erinnerungsarbeit auszutauschen. Auch internationale Projektpartner der Stiftung kamen für den Summit nach Berlin. Ihre Beiträge zeigten, wie viel Deutschland aus den Erfahrungen anderer Länder lernen kann und wie sehr wiederum Initiativen aus anderen Ländern an der deutschen Erfahrung interessiert sind. Die Kooperation wird 2026 fortgesetzt.

Aufarbeitung und Erinnerungskultur in Brasilien und Deutschland – Diskussion

Deutschland und Brasilien haben in ihrer Geschichte unterschiedliche Formen diktatorisch-autoritärer Regime erlebt. Auch deren juristische wie gesellschaftspolitische Aufarbeitung unterscheidet sich in beiden Ländern. Was jedoch hier wie dort gilt: Trotz jahrzehntelanger Erinnerungsarbeit fehlt der Konsens beim Blick auf die diktatorische Vergangenheit. In Deutschland gilt das in Bezug auf die NS-Diktatur von 1933 bis 1945, in Brasilien mit Blick auf den Militärputsch 1964 und die bis 1985 andauernde Militärdiktatur. Inzwischen schwindet in beiden Ländern die gesamtgesellschaftlich verbindende Erinnerung an Diktatur und Menschenrechtsverletzungen. Auf unserer Veranstaltung „Die langen Schatten von Diktatur und Autoritarismus“ am 21. Januar 2025 diskutierte die brasilianische Historikerin Janaína Teles mit Paula Santana, Bildungsreferentin der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen, über den Umgang mit der Militärdiktatur in Brasilien und dem Nationalsozialismus in Deutschland. Im Fokus standen dabei aktuelle Herausforderungen für die Erinnerungskultur, die Rolle von Gedenkort und der wachsende Einfluss rechtsextremer Kräfte. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL e. V.) und Kooperation Brasilien e. V. sowie mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt.



Tirana, Albanien: Der temporäre Pavillon auf dem Skanderbeg-Platz war das Herzstück des Projekts „Don't Look Back at the Burning House“. Hier fanden zahlreiche Ausstellungen und Veranstaltungen der politischen Bildung statt. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung Tirana

Don't Look Back at the Burning House – Ausstellung

Die 1990er-Jahre markierten einen der dramatischsten Wendepunkte in der Geschichte Albaniens: Ein halbes Jahrhundert der strengen Abschottung unter der kommunistischen Einparteiherrschaft wich den Versprechungen der Freiheit. Es war das rasanteste Jahrzehnt, das das Land je erlebt hatte. Mit den neuen Freiheiten kamen auch Instabilität, Desillusionierung und Traumata. Vieles von dem, was damals erlebt wurde, ist noch nicht vollständig verarbeitet oder anerkannt, obwohl einige der heutigen Probleme – darunter Korruption oder die ungleiche gesellschaftliche Entwicklung – in dieser unruhigen Zeit ihre Wurzeln haben. Die deutsche Fotografin Jutta Benzenberg begann damals ihre Arbeit in Albanien. Über ein Jahrzehnt lang hielt sie die Entwicklungen fest und baute ein Archiv auf, das sowohl persönlich als auch historisch war. Doch im Jahr 2006 verwüstete ein Brand ihr Haus und zerstörte ihre Negative aus den 1990er-Jahren. Nur sehr wenige Bilder blieben erhalten, viele davon sind rauchgeschädigt, haben Wasserflecken oder sind teilweise verbrannt. Die Geschichte hätte dort enden können. Doch 2023 fasste die Fotografin neuen Mut und begann, das Archiv mithilfe von Olsi Hoxha wieder aufzubauen. Durch das Scannen, Ordnen und Collagieren der verbrannten Fragmente entstand etwas Neues: Bilder, die zwischen Fotografie und Kunst, Geschichte und Erinnerung, Zeugnis und Traum schweben.

Die Ausstellung „Jutta Benzenberg: Don't Look Back at the Burning House“ im Herbst 2025 in Tirana zeigt die verschiedenen Facetten und Realitäten des Lebens in Albanien in den 1990er-Jahren. Mehr als 2.500 Menschen besuchten die Ausstellung, 45 Veranstaltungen widmeten sich Themen wie Migration, Umwelt, Gender und den 1990er-Jahren. Über 250 Schüler*innen nahmen an Workshops und Führungen teil, mehr als 20 Partnerorganisationen gestalteten das Begleitprogramm mit, darunter auch unser Büro in Tirana.

Klimaschutz jetzt: Die Wirtschaft klimaneutral umbauen

An der Lösung der Klimakrise hängt unsere Zukunft. Jede weitere Erwärmung vergrößert die Risiken für Mensch und Natur. Ein rascher Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe und die Umstellung auf erneuerbare Energien wären der sicherste Weg, die Erderwärmung zu bremsen. Doch viel zu wenig wird getan, um hier voranzukommen. Wir unterstützen mit unserer Arbeit den Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft, bei der ökologische und soziale Belange zusammengedacht werden.



Belém, Brasilien, 17. November 2025: Beim „Marsch fürs Klima“ zogen Zehntausende durch Belém, den Veranstaltungsort der 30. UN-Klimakonferenz.
Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com/Igor Mota

Keine Einigung in Kernfragen des Klimaschutzes – UN-Klimakonferenz in Belém

Vom 10. bis 21. November 2025 fand die 30. UN-Klimakonferenz (COP30) in Belém, Brasilien, statt. Die Erwartungen an die Konferenz waren hoch, nachdem die letzten drei Klimaverhandlungen in Ländern mit autoritären Regimen und mit starken Einschränkungen für die Zivilgesellschaft stattgefunden hatten. Der Veranstaltungsort Belém am Rande des Amazonas-Regenwaldes, einem der wichtigsten Tropenwälder der Welt, und die starke und lebendige brasilianische Zivilgesellschaft ließen hoffen, dass die Dringlichkeit der Klimakrise und der Schutz der Menschenrechte wieder zu zentralen Triebkräften der Klimaverhandlungen werden würden. Doch die erhofften Ergebnisse blieben aus: Es gab weder eine Einigung über den Ausstieg aus den fossilen Energien noch über die Finanzierung dringend notwendiger Klimaschutzmaßnahmen im Globalen Süden. Dennoch wurden einige ehrgeizige Maßnahmen auf freiwilliger Basis außerhalb des UNFCCC-Prozesses vorangetrieben. Eine führende Rolle übernahm dabei die kolumbianische Regierung. Sie lud gemeinsam mit der niederländischen Regierung zu einer Konferenz im April 2026 nach Santa Marta, Kolumbien, ein, um dort über eine Roadmap eines gerechten und geordneten Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen weiter zu verhandeln.

Zudem einigten sich die Verhandlungsführer auf ein Entscheidungspaket, das unter anderem die Verpflichtung zur Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung bis 2035, die Anerkennung der Rechte indigener Völker und ein neues Arbeitsprogramm zur Klimafinanzierung umfasst. Auch wenn dies bei Weitem nicht ausreicht, ist es doch ein wichtiges Signal, dass eine Einigung über Klimaschutzmaßnahmen auf internationaler Ebene nach wie vor möglich ist. Eine Reform der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) ist allerdings dringend notwendig – zu oft halten die reichen, öl- und gasproduzierenden Länder am Status quo fest und blockieren wichtige Entscheidungen.

Im Vorfeld der Klimakonferenz hat sich unser Büro in Rio de Janeiro an zahlreichen Veranstaltungen unserer Partnerorganisationen beteiligt, darunter die Vorbereitungskonferenz der Plataforma Cipó, bei der auch der Präsident der COP30, André Correa de Lago, zugegen war. Auf der COP30 selbst bzw. den Veranstaltungsorten der Zivilgesellschaft organisierte unser Büro zahlreiche Veranstaltungen, wie zum Beispiel die Podiumsdiskussion „KI, Bergbau und Klima – warum interessiert uns das?“ auf dem Campus der UFPA – Universidade Federal do Pará. Hier ging es um die Frage, wie technologische Fortschritte – insbesondere Künstliche Intelligenz – unsere Lebensräume beeinflussen und sozioökologische Ungerechtigkeiten verschärfen. Besonders stark betrifft dies indigene Völker, Quilombola-Gemeinschaften und Schwarze Frauen.

In Deutschland beteiligte sich die Stiftung am Runden Tisch Brasilien, der vom 24. bis 26. Oktober 2025 in der Evangelischen Akademie Bad Boll stattfand. Unter dem Titel „Globale Umbrüche – Lokale Kämpfe: Neue Allianzen für Klimagerechtigkeit“ kamen zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus Brasilien und Deutschland zusammen, um über Wege zu einer gerechteren internationalen Klimapolitik zu diskutieren.

Internationale Kohlenstoffmärkte – Fachgespräch

Die internationalen Kohlenstoffmärkte unter Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens, die bei der Klimakonferenz in Aserbaidschan im Jahr 2024 auf den Weg gebracht wurden, spielen eine zunehmend große Rolle in den nationalen Klimaplänen. Auch die EU will für ihr 2040-Klimaziel auf den Handel mit internationalen Kohlenstoffzertifikaten setzen. Doch der ist durchaus problematisch. Es gibt bereits viele Erfahrungen mit dem Zertifikatehandel, die seine zweifelhafte Klimawirkung sowie die negativen ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Auswirkungen belegen. Zusammen mit unseren Partnerorganisationen Misereor, FDCL und Klima-Bündnis organisierten wir Anfang Juli 2025 ein ganztägiges zivilgesellschaftliches Fachgespräch zum Thema Kohlenstoffmärkte. Diskutiert wurden ihre Auswirkungen und Risiken sowie die Rolle, die sie in Deutschland, der EU und international spielen. Die Erkenntnisse des Fachgesprächs bilden die Grundlage für die weitere strategische Zusammenarbeit in unseren internationalen Netzwerken sowie auf der Ebene der Klimarahmenkonvention (UNFCCC).



Brazilian Amazon Atlas

Der Amazonasatlas (englisch und brasilianisch) liefert Fakten, Daten und Wissen über den größten Regenwald der Welt. Es ist der erste Atlas der Stiftung, der komplett im Globalen Süden konzipiert und produziert wurde. Wir haben dafür ein Redaktionsteam aus Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und Journalist*innen zusammengestellt, die entweder selbst aus dem Amazonasgebiet stammen oder seit Jahrzehnten in der Region tätig sind. Das Ergebnis sind 32 Artikel, die den Amazonas aus der Sicht seiner vielfältigen Bewohner*innen zeigen.

➔ boell.de/de/2025/06/10/brazilian-amazon-atlas



Fragen aus dem Publikum beim Berlin Forum on Global Cooperation.
Foto: SLE, HU Berlin

Von der Disruption zur Transformation – Berlin Forum on Global Cooperation

Ende Mai 2025 veranstalteten wir erstmalig das Berlin Forum on Global Cooperation in Kooperation mit dem SLE der Humboldt-Universität, das künftig einmal im Jahr stattfinden wird. Unter dem Motto „Von der Disruption zur Transformation“ diskutierten 250 Teilnehmende vor Ort sowie weitere 100 Personen online über die Vorträge von Prof. Carlos Lopes (Nelson Mandela School of Public Governance, Universität Kapstadt, Südafrika), Maria Fernanda Espinosa (ehemalige Präsidentin der Generalversammlung der Vereinten Nationen; ehemalige Außen- und Verteidigungsministerin von Ecuador) und Adam Tooze (Historiker und Publizist). In seiner Keynote forderte Carlos Lopes tiefgreifende Reformen für die multilateralen Institutionen, denn die Welt von heute sei schneller, chaotischer und weniger höflich als zu jenen Zeiten, in denen sie konzipiert wurden. Es sei an der Zeit, etwas Neues aufzubauen. Und dafür müssten wir lernen, mit Turbulenzen umzugehen.

Auch Maria Fernanda Espinosa sah in ihrem Vortrag eine Reform der globalen Governance als dringend notwendig an. Dabei betonte sie, dass globale Bedrohungen nicht allein mit nationalen Mitteln bewältigt werden können: „Wir brauchen Governance-Modelle, die nationale Interessen durch Zusammenarbeit schützen – und nicht trotz dieser.“ Strukturreformen sah sie nicht als utopisches Projekt, sondern als strategische Notwendigkeit, die sowohl politische Tatkraft als auch die Einbeziehung der Bürger*innen erfordere. Die Zukunft der Souveränität bestehe genau darin: „Gemeinsam die Regeln für die Welt zu schreiben, die wir wollen. Und das ist kein Widerspruch – es ist der einzige Weg nach vorne.“

➔ boell.de/de/globale-kooperation

Schuldenerlass für Klimaschutz und Entwicklung – Projekt

3,4 Milliarden Menschen leben in Ländern, die mehr für ihren Schuldendienst als für Gesundheit oder Bildung ausgeben. Seit 2020 setzen wir uns mit dem Projekt „Debt Relief for a Green and Inclusive Recovery“ für einen Schuldenerlass ein. Das DRGR-Projekt war bei den Frühjahrs- und Herbsttagungen von IWF und Weltbank mit hochrangig besetzten Side Events präsent, zuletzt in Kooperation mit dem Atlantic Council. Weitere Veranstaltungen fanden im

Rahmen der London Climate Week, des Africa Climate Summit in Addis mit Hailemariam Desalegn (ehemaliger Premierminister Äthiopiens) sowie Anfang Oktober in Brüssel mit Nana Akufo-Addo (ehemaliger Präsident von Ghana) statt. Begleitend dazu veröffentlichte das Projekt englischsprachige Studien zur Schuldenkrise in Lateinamerika, Asien und Afrika. ➔ boell.de/drgr

Reif für eine Partnerschaft? – Deutsch-indische Kooperation im Wandel

Bei deutsch-indischen Kooperationen geht es um weit mehr als nur um Technik und Zahlen – es geht um Anerkennung und Vertrauen, vielseitige Perspektiven und globale Verantwortung. Unsere Konferenz „Shaping the Future of Indo-German Cooperation on Climate, Energy and Development“ im September 2025 in Kooperation mit Germanwatch zeigte, wie wichtig es ist, Indien in seiner Vielfalt wahrzunehmen und gängige Vereinfachungen hinter sich zu lassen. Echte Neugier und gegenseitiges Zuhören eröffneten einen Raum, in dem Indiens föderale Dynamik, seine flexible außenpolitische Positionierung und die beeindruckende Elektrifizierungsagenda besser verstanden werden konnten. Für Deutschland bedeutet das, Kooperation stärker an Indiens eigenen Prioritäten und Entwicklungswegen auszurichten. Gleichzeitig zeigen sich neue Chancen für gemeinsames Handeln und Innovation in Klima-, Energie- und Entwicklungsfragen. So entsteht eine Partnerschaft, die von gegenseitigem Respekt und gemeinsamem Gestaltungswillen getragen wird.

Beziehungen zwischen der EU und China – Online-Dossier

Grüne Technologien haben sich zu einem der prägenden Faktoren in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und China entwickelt. Chinas enorme industrielle Kapazität, gestützt durch staatliche Subventionen und exportorientierte Größenvorteile, hat dem Land eine beispiellose Kontrolle über Schlüsseltechnologien und Rohstoffe verschafft. Das gemeinsame Ziel, grüne Technologien zu entwickeln, ist für die EU inzwischen zu einer strategischen Herausforderung geworden. Sie muss eine eigene Basis für saubere Industrietechnologien aufbauen, um technologische Souveränität zu erlangen. Für die Politik stellt sich nun die Frage, wie sich Engagement im Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit in Einklang bringen lassen. Unsere Repräsentanz in Peking hat Analysten aus China und Europa eingeladen, das Thema aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten – von wirtschaftlicher Sicherheit über Klimadiplomatie bis hin zur industriellen Zusammenarbeit.

Wie fördern wir einen nachhaltigen Wasserstoff-Hochlauf? – Fachgespräch

Grüner Wasserstoff gilt als Schlüsseltechnologie zur Dekarbonisierung energieintensiver Industrien. Er bietet zugleich erhebliche Wertschöpfungspotenziale, insbesondere für Länder mit hohem Anteil erneuerbarer Energien und Exportambitionen. Seine Erzeugung bringt jedoch ökologische und soziale Herausforderungen mit sich, etwa bei

der Landnutzung und dem Wasserverbrauch. Für einen verantwortungsvollen Hochlauf braucht es eine wirksame Nachhaltigkeitsgovernance – darunter internationale Standards und glaubwürdige Zertifizierungssysteme. Solche Regelungen sind entscheidend für die Akzeptanz vor Ort, den Aufbau langfristiger Partnerschaften und die Erreichung globaler Klimaziele. Bei einem Fachgespräch mit Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Oktober 2025 in Berlin stellten wir unter anderem die Forschungsergebnisse des RIFS Potsdam und des WWF zu den bestehenden Nachhaltigkeitsgovernance-Strukturen vor und diskutierten die darauf aufbauenden Empfehlungen für den Weg hin zu einer naturverträglichen und sozial gerechten Wasserstoffwirtschaft.



Franziska Brantner (Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen) beim Grünen Wirtschaftstag. Foto: Stephan Röhl

Menschen, Ideen, Tatkraft – Grüner Wirtschaftstag

Zeiten des Umbruchs bieten in Wirtschaft und Gesellschaft immer auch Raum für neue Ideen. Der erste „Grüne Wirtschaftstag“ im Juli 2025, eine Konferenz, die Unternehmen, Politik und Wissenschaft zu praktischen Fragen der Zeit zusammenbringt, widmete sich genau diesen neuen Ideen: von smarten grünen Technologien über Impact Start-ups bis hin zu kommunalen Projekten, die auch andere Städte und Gemeinden inspirieren. In fünf „Praxis-Sessions“ gaben Expert*innen kurze Einblicke in die Potenziale und Herausforderungen von Zukunftsbranchen wie beispielsweise der Robotik. Hier wurde diskutiert, warum gerade in Deutschland der Sprung von der Forschung zu florierenden Geschäftsmodellen so schwerfällt und wie smarte Roboter zur Neuerfindung der Industrieregionen im Land beitragen können. Über 200 Teilnehmende erlebten einen inspirierenden Tag in der Stiftung. Ein umfangreiches Dossier mit Aufzeichnungen und den Thesenpapieren aus den Praxis-Sessions ist auf unserer Webseite zu finden.

➔ boell.de/de/gruener-wirtschaftstag-2025

Wärmeplanung – Infoblätter und Online-Seminar

Das Heizen von Gebäuden ist und bleibt ein kontroverses Thema. Wir haben uns auch im Jahr 2025 damit beschäftigt und unter anderem das Infoblatt „Klimaneutral heizen“ herausgebracht. Es richtet sich an Endverbraucher*innen und Gebäudeeigentümer*innen und bietet eine Übersicht über

Podcast

Märkte, Mächte Emissionen, mit Adam Tooze

Mit dem prominenten Wirtschaftshistoriker Adam Tooze besprechen wir einmal im Monat die Krisen unserer Zeit an den Schnittstellen von Geopolitik, globaler Ökonomie und Klimakrise. Die Folgen erzielen im Schnitt über 15.000 Abrufe. Die im April veröffentlichte Folge „US-Zölle: Stürzen die USA die Weltwirtschaft in die Krise?“ erreichte über 20.000 Abrufe.

➔ boell.de/de/podcasts/maerkte-maechte-emissionen-adam-tooze



Menschen, Ideen, Tatkraft

Die beste Idee braucht das richtige Umfeld, um zu wachsen. Dafür sind politische und finanzielle Rahmenbedingungen entscheidend. Wir beleuchten in dieser Ausgabe von böll.thema, welche Weichenstellungen in der Innovations- und Bildungspolitik notwendig sind, und analysieren, welche Rolle der Finanzsektor als Katalysator für nachhaltige Zukunftsprojekte spielen kann.

➔ boell.de/thema



Ausstellung „Ästhetik der Anpassung“ – Vertikaler Garten am Heizhaus in Magdeburg. Foto: Jared Strelow

ökonomische, ökologische und soziale Vorteile des klimaneutralen Heizens, das meist auf dem Einsatz von Wärmepumpen beruht. Investitionen und Arbeitsplatzeffekte werden ebenso dargestellt wie ein Vollkostenvergleich mit fossilen Heizungen. Zusammen mit dem bereits früher erschienenen Infoblatt „Die kommunale Wärmeplanung“ wird es von Multiplikator*innen wie Energieagenturen und Klimaschutzmanager*innen, aber auch über Verbraucherzentralen stark nachgefragt.

Bei unserem Online-Kommunaltalk „Wärmeplanung“ im April gaben Expert*innen vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) einen Überblick über den Stand der Wärmeplanung. Sie benannten Umsetzungsprobleme, die in vielen Kommunen auftreten, und zeigten Lösungswege auf. Schwerpunkte waren dabei die Zusammenarbeit mit wichtigen kommunalen Akteur*innen und die Kommunikation der Wärmeplanung. Die Herausforderung des Erdgasausstiegs und der Neubau bzw. die Transformation von Wärmenetzen waren weitere Themen. Die Veranstaltung war mit 200 Teilnehmenden gut besucht. In einem praxisnahen Austausch konnten sie eigene Themen einbringen und Fragen aus ihren Kommunen vorbringen.

Ästhetik der Anpassung – Fotoausstellung

Ambitionierter Klimaschutz kann die globale Erwärmung bremsen und damit auch unsere Lebensgrundlagen schützen. Aber nicht alle Entwicklungen lassen sich aufhalten. Klimaanpassung ist hier das Zauberwort: Klimaanpassung schützt vor Hitze und Hochwasser, schafft Schatten und frische Luft, gibt Regenwasser Raum, stärkt die Böden, Wälder und Flüsse. Sie ist eine Antwort auf die Klimakrise und eine Einladung zum Gestalten. Denn da, wo entsiegelt, begrünt und umbaut wird, entstehen neue Orte: Räume zum Verweilen, zum Durchatmen, zum Zusammenkommen. Zwölf Studierende der Ostkreuzschule für Fotografie haben sich auf die Suche gemacht und Projekte zur Klimaanpassung porträtiert, wie etwa das rundum begrünte Bürogebäude Kö-Bogen 2 in Düsseldorf, Häuser auf Stelzen an der Weser oder das „Grüne Zimmer“ in Ludwigsburg. Einige der großformatigen Fotografien waren im Mai 2025 in der Ausstellung „Ästhetik der Anpassung“ in der Stiftung zu sehen.

Abpflastern für die Zukunft – Online-Veranstaltungsreihe

Durch den Klimawandel ist auch Deutschland immer häufiger von Starkregen und Hitzewellen betroffen. Wo Asphalt oder Pflastersteine Flächen versiegeln, heizen sich die Städte zusätzlich auf. Der natürliche Wasserkreislauf wird unterbrochen, das Hochwasserrisiko steigt. Entsiegeln ist daher das Gebot der Stunde: Regenwasser kann wieder versickern und Grundwasser bilden, städtische Hitzeinseln

werden reduziert, Raum für Pflanzen und Tiere entsteht, die Lebensqualität steigt. In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg stellten wir in der vierteiligen Online-Reihe „Stadt. Boden. Wandel. Abpflastern für die Zukunft“ das Konzept der Entsiegelung vor. Bei der Auftaktveranstaltung am 10. September ging es darum, wie wichtig die Einbindung der Stadtgesellschaft für ein erfolgreiches „Abpflastern“ ist. Am 8. Oktober erfuhren die Teilnehmenden von inspirierenden Vorbildern aus den Niederlanden und Deutschland. Am 20. November stand das Konzept der Schwammstadt im Fokus, und auf der Abschlussveranstaltung am 9. Dezember lieferte ein Bericht über den Abpflastern-Wettbewerb in Hamburg praktische Tipps und Tricks für Engagierte vor Ort.

Kooperation contra Krise – Jahrestagung

In unsicheren Zeiten können Kooperationen in der Wirtschaft ein Mittel sein, um resilient zu bleiben. Unsere jährliche Tagung mit dem Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e. V. (BNW) im Oktober in Berlin stellte Beispiele gelungener Zusammenarbeit vor: zwischen Unternehmen, über Branchengrenzen hinweg und im Zusammenspiel mit Politik und Zivilgesellschaft. Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen gaben Einblicke, welche Vorteile verschiedene Formen der Zusammenarbeit haben können: Sie können Unternehmen krisenfest machen, wie das Beispiel von Genossenschaften zeigte, oder auch Innovationskraft entwickeln, wie im Fall zirkulärer Geschäftsmodelle deutlich wurde. Um Kooperationen langfristig zu stabilisieren, sind eine gemeinsame Vision von zukunftsfähigem Wirtschaften und die Verpflichtung auf gemeinsame Werte wie Nachhaltigkeit, Transparenz oder soziale Verantwortung sehr wichtig. In der Diskussion mit Mitgliedern des Bundestages sowie Matthias Kalkuhl vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung wurde deutlich, dass auch der weitere Weg in Richtung Klimaschutz nur funktionieren kann, wenn alle an einem Strang ziehen – von der Politik über die Wirtschaft bis hin zur Zivilgesellschaft.

Impulse für die Finanz- und Sozialpolitik – Studien

Die Finanz- und die Sozialpolitik sind entscheidend, wenn es darum geht, Wandel zu gestalten und das Vertrauen in den Staat zu stärken. Gleichzeitig sind es auch festgefahrene Politikfelder mit großem Reformbedarf. Unsere Reihe „Impulse für die Finanz- und Sozialpolitik“ analysiert die gegenwärtige Situation und macht Vorschläge, wie es besser laufen kann. Im November erschien als erstes Paper dieser Reihe die Studie „Prinzipien zukunftsorientierter Finanzpolitik“ von Peter Bofinger. Er analysiert den Bundeshaushalt 2025/26, zeigt auf, wo der „Verschiebeparkplatz“ in den Haushaltsplänen zu finden ist und wo dabei die Probleme liegen – von fehlender Transparenz bis zur Abwesenheit eines Plans, wie die Mittel eigentlich Wirkung entfalten sollen. In einem Online-Mittagsgespräch im November stellten wir die Studie gemeinsam mit dem Autor vor und diskutierten unter anderem darüber, wann neue Mittel „zukunftsorientiert“ sind und wie die Finanzpolitik demokratischer und transparenter werden könnte. boell.de/de/impulse-fuer-die-finanz-und-sozialpolitik

Rente mit Zukunft – Studie und Online-Mittagstalk

Zu den wichtigsten Sicherheitsversprechen der Sozialpolitik gehört eine auskömmliche Rente. In unserer im März 2025 erschienenen Studie „Rente mit Zukunft. Reformszenarien der Alterssicherung“ durchleuchtet der Experte Frank Nullmeier das deutsche Rentensystem und beschreibt Wege, wie eine verlässliche und tragfähige Alterssicherung für alle Generationen ermöglicht werden kann. Die Ergebnisse haben wir bei einem Online-Mittagstalk mit Dr. Susanne Wagenmann (BDA), Henriette Wunderlich (Sozialverband Deutschland) und Andreas Audretsch (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) diskutiert. Durch die Zusammensetzung des Podiums mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Sozialpolitik und Bundespolitik gelang ein differenziertes politisches Stimmungsbild zu Herausforderungen und Lösungsansätzen in dem umstrittenen Politikfeld der Alterssicherung.

boell.de/de/2025/03/17/rente-mit-zukunft



Themenheft: Zukunft beginnt vor Ort

Städte und Gemeinden sind Orte, an denen Menschen sozialen Zusammenhalt erleben und Lösungen für Probleme finden können. Das gilt auch für den Klimaschutz und die Klimaanpassung. Zahlreiche Kommunen haben mit lokalen Unternehmen, Vereinen und Initiativen bereits zukunftsweisende Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt und gleichzeitig für regionale Wertschöpfung und bezahlbare Energiepreise gesorgt. Unser Themenheft stellt Pionier*innen und gelungene Projekte aus fast allen deutschen Bundesländern vor – von der kleinen Gemeinde bis zur Großstadt.

boell.de/de/so-werden-kommunen-lebenswert-und-klimaneutral

Vielfalt statt Raubbau: Mit Rohstoffen verantwortlich umgehen

Der Verlust der biologischen Vielfalt hat große Auswirkungen auf unsere Lebensgrundlagen. Um sie zu erhalten, braucht es einen verantwortungsvolleren Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Dazu gehört auch der Umgang mit Wasser. Durch Wetterextreme, Übernutzung und Verschmutzung wird es weltweit knapp. Doch es gibt Möglichkeiten, Wasserressourcen zu schonen, besonders in der Industrie und der Landwirtschaft. Wir treten ein für den Schutz der Biodiversität und unterstützen Aktivist*innen dabei, die Wende im Agrar- und Rohstoffsektor voranzubringen.



Campemoor bei Vörden: Nasse Moore spielen eine entscheidende Rolle im Wasserkreislauf. Sie filtern Wasser und helfen bei Dürreperioden und Überschwemmungen. Rohrkolben, Erlen oder Nasswiesengräser können für Dächer oder Dämmung genutzt werden. Foto: IMAGO/Countrypixel

Wasser – die Grundlage allen Lebens

Wasser bedeckt mehr als zwei Drittel unseres Planeten. Ohne Wasser gäbe es keine Pflanzen, keine Tiere und keine Menschen. Wasser hat uns und unsere Lebenswelt geformt, lange bevor wir begannen, es zu kontrollieren und zu regulieren. Heute sind die globalen Wasserökosysteme zunehmend bedroht – durch Übernutzung, Verschmutzung und die Folgen der Klimakrise. Unser Wasseratlas 2025, herausgegeben in Kooperation mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), zeigt auf, warum der Umgang mit dieser kostbaren Ressource zu den großen Zukunftsfragen unserer Zeit gehört. In 21 Kapiteln verknüpft er wissenschaftliche Erkenntnisse mit anschaulichen Beispielen und verdeutlicht die enge Verbindung zwischen Wasser und ökologischen, sozialen sowie politischen Herausforderungen. Gleichzeitig präsentiert er Maßnahmen für einen nachhaltigen und gerechten Umgang mit Wasser.

Wir haben den Wasseratlas im Rahmen unserer alljährlichen Alternativen Grünen Woche im Januar vorgestellt. Mit inzwischen mehr als 125.000 gedruckten Exemplaren in der dritten Auflage gehört der Wasseratlas zu unseren erfolgreichsten und reichweitenstärksten Publikationen. Unser vierteiliger Podcast zum Thema ergänzt das Angebot. Alle Grafiken stehen unter einer freien Lizenz und sind somit für Lehrende und Studierende verfügbar.

Was denkt Deutschland über Wasser? – Umfrage

Wie schaut die deutsche Bevölkerung auf Themen wie Wasserknappheit, Hochwasser und Wasserqualität? Antworten darauf gibt eine exklusiv für den Wasseratlas 2025 durchgeführte repräsentative Umfrage. Die Ergebnisse zeichnen ein widersprüchliches Bild: Zwar sind 87,1 Prozent der Befragten überzeugt, dass unsere Gesellschaft zu wenig auf Wasser achtet, gleichzeitig unterschätzen viele die Ursachen von Wasserknappheit. Insbesondere der Zusammenhang zwischen Klimakrise, zunehmender Trockenheit und sinkenden Grundwasserständen ist vielen Menschen nicht ausreichend bewusst. Die Umfrage unterstreicht deshalb die Notwendigkeit, stärker über den direkten und den sogenannten virtuellen Wasserverbrauch – etwa durch importierte Produkte – aufzuklären und die politische Debatte über die Wasserverteilung voranzutreiben.

Die Umfrage „Was denkt Deutschland über Wasser?“ ist kostenlos online abrufbar.

➔ boell.de/umfrage-zum-thema-wasser

Agrarökologie – Online-Dossier

Als Alternative zu konventioneller Landwirtschaft mit hohem Pestizideinsatz gilt die Agrarökologie – ein Konzept, mit dem Agrar- und Ernährungssysteme gerecht und ökologisch umgebaut werden können. Natürliche Prozesse werden nachgeahmt und optimiert, indem lokal verfügbare Ressourcen effektiv genutzt und möglichst geschlossene Nährstoff- und Energiekreisläufe geschaffen werden. Agrarökologie fußt somit auf den grundlegenden Prinzipien des ökologischen Landbaus, zu denen der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, der Kreislauf von Boden, Pflanze, Tier und

Mensch sowie die Unabhängigkeit der Betriebe von externen Betriebsmitteln gehören. Das Konzept der Agrarökologie beruht stark auf den Traditionen und dem Wissen lokaler Gemeinschaften und verbindet dies mit wissenschaftlichen Erkenntnissen. Unser Online-Dossier „Agrarökologie – Quelle des Wandels“, das auf Englisch und zum Teil auch auf Deutsch in Zusammenarbeit mit verschiedenen internationalen Büros der Stiftung und Partnerorganisationen entstanden ist, versammelt inspirierende Beiträge zum Thema aus Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika und dem Mittleren Osten. Die Beiträge zeigen, wie das Konzept der Agrarökologie funktioniert und wie es die Menschen zu gestaltenden Akteur*innen in den Ernährungssystemen macht. Anlässlich des Welternährungstags haben wir im Oktober auch eine Online-Veranstaltung mit einigen Autor*innen des Dossiers aus Brasilien, Kenia, Polen, Tunesien und Vietnam organisiert, in der es auch um die Rolle von Agrarökologie bei den anstehenden Klimaverhandlungen in Brasilien ging.

➔ www.youtube.com/live/A920II-D5Kg



Wasseratlas 2025

Wasser ist eine lebenswichtige Ressource, doch Übernutzung, Verschmutzung und der Klimawandel gefährden weltweit die Wasservorräte. Es gibt viele Möglichkeiten, Wasserressourcen zu schonen, doch das erfordert große Veränderungsbereitschaft in Politik, Gesellschaft und Landwirtschaft. Der Wasseratlas 2025 informiert darüber, wie man Wasserökosysteme vor Übernutzung und Verschmutzung schützen und das Menschenrecht auf Wasser stärken kann.

➔ boell.de/wasseratlas



Das „Fest der Agrarwende“ am Ende unserer Alternativen Grüne Woche war eine gute Gelegenheit, mit anderen engagierten Menschen über Landwirtschafts- und Ernährungsthemen ins Gespräch zu kommen. Foto: Stephan Röhl

Wasser, Boden und faire Preise – Unsere Alternative Grüne Woche

Der Schutz und die nachhaltige Nutzung von Wasser waren einer der Themenschwerpunkte unserer Alternativen Grünen Woche, die im Januar 2025 stattfand. Neben der Präsentation unseres Wasseratlas 2025 gab es spannende Diskussionen zum Thema, eine inspirierende Wasserausstellung und Einblicke unter anderem von Landwirt*innen, Wissenschaftler*innen und indigenen Fischer*innen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Frage, wie die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft geschaffen werden können. Dabei ging es unter anderem um den Zugang zu Boden für junge Landwirt*innen und die Frage, wie sich in der solidarischen Landwirtschaft hohe Ideale mit fairer Bezahlung und gesunden Arbeitsverhältnissen verbinden lassen. International setzten wir einen Schwerpunkt auf das Menschenrecht auf Nahrung in Konflikten. Eindrückliche Berichte aus Gaza und dem Sudan verdeutlichten die dramatischen Folgen von Kriegen für die Ernährungssicherheit. Mit dem UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, konnten wir einen international renommierten Experten für die Debatte gewinnen.

Den Abschluss der Alternativen Grünen Woche bildete das „Fest der Agrarwende“ nach der Demonstration „Wir haben es satt!“. Wie in den Vorjahren wurde die Stiftung zu einem lebendigen Treffpunkt für Engagierte aus Landwirtschaft, Umwelt- und Ernährungsbewegung. Bei Musik, Gesprächen, gemeinsamen Mahlzeiten und zahlreichen Mitmachangeboten kamen Initiativen und Besucher*innen miteinander ins Gespräch.

Klimaschutz und Landwirtschaft auf nassen Moorböden – Projekt

Natürliche Moore ziehen beträchtliche Mengen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) aus der Atmosphäre. Sie speichern es als Kohlenstoff im Torfboden. Werden Moore entwässert, setzen sie große Mengen CO₂ frei – und belasten das Klima. Die Emissionen aus entwässerten Mooren könnten stark gesenkt werden, wenn die Wasserstände angehoben und die wirtschaftliche Nutzung umgestellt würden – zum Beispiel auf den Anbau von Schilf oder die Haltung von Wasserbüffeln. In unserem Kooperationsprojekt mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW Berlin) entwickelten Studierende der Studiengänge „System Design“ und „Industrial Design“ in zwei Semestern innovative Lösungen für eine nachhaltige Nutzung von Mooren. Der enge Austausch mit Expert*innen half dabei, die Konzepte an realen Herausforderungen auszurichten. Präsentiert wurden die Ergebnisse unter anderem beim Mooraktionstag sowie in der Ausstellung „Mach Moor – Design mit Paludikultur“, die gemeinsam mit dem Bundespreis Ecodesign gezeigt wurde. Der Aktionstag entstand in Kooperation mit der HTW Berlin, dem Moor-Labor der Burg Giebichenstein Kunsthochschule sowie den Büros der Bundestagsabgeordneten Niklas Wagener und Jan-Niclas Gesenhues.

Regulierung von Pestiziden in Afrika – Projekte

Obwohl viele hochgefährliche Pestizide (HHPs) in der Europäischen Union und in Ländern wie China seit Langem verboten sind, werden sie weiterhin in afrikanische Länder exportiert und setzen dort Menschen und Ökosysteme vermeidbaren Risiken aus. Die Debatte um die Regulierung von Pestiziden hat sich dort von einem Umweltproblem zu einem Thema mit großer gesellschaftlicher Relevanz entwickelt, es geht dabei um öffentliche Gesundheit, wirtschaftliche Stabilität und Gerechtigkeit. In Nigeria haben zivilgesellschaftliche Organisationen mit Unterstützung unseres Büros in Abuja die Alliance for Action on Pesticides in Nigeria (AAPN) gegründet. Die Allianz dokumentiert die Risiken des Pestizideinsatzes, zeigt Schäden auf und setzt sich für Reformen ein – etwa für ein umfassendes Pestizidgesetz, das hochgefährliche Wirkstoffe verbietet und die Kontrolle verschärft. Erste Erfolge gibt es bereits: Die National Agency for Food and Drug Administration and Control (NAFDAC) hat inzwischen zwölf HHPs verboten oder neu eingestuft und weitere Verbote angekündigt. Zudem wurden Razzien und Beschlagnahmungen ausgeweitet. Auch politisch gibt es Bewegung: Ein Parlamentsbeschluss von 2025 fordert strengere Regulierungen, aktualisierte Verbotslisten, den schrittweisen Ausstieg aus HHPs sowie die Förderung von Alternativen, wie zum Beispiel Agroökologie. Dennoch bleiben erhebliche Lücken: Verbotene Pestizide gelangen weiterhin über schwache Grenzkontrollen und informelle Märkte ins Land. Besonders in Freihandelszonen untergräbt unzureichende Aufsicht die Wirksamkeit der Regulierung.

Auch in Kenia gab es im Jahr 2025 Fortschritte: Das Land hat offiziell erklärt, 77 Pestizide vom Markt zu nehmen und die Anwendung von weiteren 202 erheblich einzuschränken. Dieser Schritt ist das Ergebnis eines jahrelangen Engagements von Wissenschaftler*innen, Advocacy-Akteur*innen und der Zivilgesellschaft, das maßgeblich von der Route to Food Initiative (RTFI) unseres Büros in Nairobi angeführt wurde. Die Initiative hat die Regulierung von Pestiziden nicht nur als fachlich-rechtliche Frage, sondern als zentrales Thema von öffentlicher Rechenschaftspflicht, Lebensmittelsicherheit und sozialer Gerechtigkeit etabliert. Dieser politische Fortschritt wurde möglich, weil es immer mehr klare Belege gibt, dass zahlreiche in Kenia eingesetzte Pestizide hochgefährliche Wirkstoffe enthalten, die in anderen Rechtsräumen längst verboten sind. Kenia hat nun konsequent gehandelt und den Import von Pestiziden, die in ihren Herkunftsländern verboten sind, untersagt. Jetzt kommt es auf die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen an: durch wirksame Grenzkontrollen, eine verstärkte Marktüberwachung und gezielte Unterstützung für Landwirt*innen beim Übergang zu sicheren und nachhaltigen Alternativen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass verbotene Pestizide einfach durch ähnlich problematische Substanzen ersetzt werden.

Lithiumabbau – Strategieworkshop

Lithium ist ein elementarer Rohstoff für Batterien. Aufgrund der zunehmenden Zahl an Elektroautos steigt die globale Nachfrage danach steil an. Doch dieser Boom hat seinen Preis: In vielen Abbauregionen werden politische Mitbestimmungsrechte verweigert, Menschenrechte missachtet und Umweltzerstörung billigend in Kauf genommen. Ein Beispiel dafür ist das Lithium-Projekt im serbischen Jadar-Tal, das viele Tausend Menschen zum Protest mobilisiert hat.

Gleichzeitig werden auf deutscher und EU-Ebene bestehende Gesetze und Regulierungen, die Umwelt, Menschenrechte und Sozialstandards schützen sollen, gerade abgebaut – ein prominentes Beispiel dafür ist die Schwächung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. Gemeinsam mit Brot für die Welt haben wir daher Partner*innen aus Chile, Bolivien, Mexiko, Brasilien, Simbabwe, Serbien und Bosnien-Herzegowina zu einem Strategieworkshop nach Berlin eingeladen. Ziele des Treffens waren ein Austausch über laufende oder geplante Lithium-Projekte, der Aufbau von Expertise zu Themen wie Batterietechnologien, Zertifizierungssysteme im Bergbau und UN-Prozesse im Rohstoffsektor und die Entwicklung von strategischen Ansätzen, um Menschen und Umwelt besser zu schützen.

➤ boell.de/de/kritische-rohstoffe-suedosteuropa

Wasserdaten und Bergbau – Erfahrungsaustausch

80 Prozent aller Konflikte im Kontext von Bergbau hängen mit eingeschränktem Zugang zu Wasser oder dessen Verschmutzung zusammen. Den betroffenen Gemeinden fehlen oft unabhängige Daten, um insbesondere Schwermetallbelastungen nachweisen zu können. Das hat dramatische Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung. Verschiedene Organisationen haben begonnen, Gemeinden aufzuklären und zu beraten, wie sie eigene Wasserdaten erheben und so Behörden und Bergbauunternehmen zum Handeln bewegen können. Im Mai haben wir zusammen mit Misereor ein fünf-tägiges interamerikanisches Treffen in Peru unterstützt. Dort tauschten sich Organisationen und Rechtinhaber*innen aus acht Ländern über „Community Monitoring“ aus. Politische Analysen, Erhebungsmethoden, strategische Nutzung der Daten sowie die Weiterentwicklung internationaler Netzwerk- und Advocacyarbeit standen auf der Agenda. Ein Besuch in einem Quellgebiet mit gemeinsamer Datenerhebung rundete das Programm ab. Das Treffen ermöglichte Vernetzung und Erfahrungsaustausch. Erfolge sind bereits sichtbar: Einige Gemeinden wenden die Methode nun an, ein gemeinsames Projekt zur Systematisierung von Erfahrungen hat begonnen, und auch Folgebesuche haben bereits stattgefunden.

➤ boell.de/de/media/podcast-episode-podigee/wasserdaten-aus-lateinamerika

Kunst und Kultur

Kunst und Kultur waren im Jahr 2025 wichtige Räume für die Auseinandersetzung mit Demokratie, Erinnerung und gesellschaftlichem Wandel. Gemeinsam mit Partner*innen brachte die Heinrich-Böll-Stiftung Künstler*innen, Filmschaffende, Autor*innen und ein interessiertes Publikum ins Gespräch. Im Mittelpunkt standen Fragen nach gesellschaftlicher Verantwortung, Teilhabe und den Möglichkeiten von Kunst, politische Debatten anzustoßen.



Heinrich und Annemarie Böll in den Siebzigerjahren. Annemarie war Lebenspartnerin, Erstlektorin und intellektuelle Gefährtin Heinrich Bölls – und selbst eine prägende Stimme der Nachkriegszeit. Mit der Herausgabe ihrer Biografie haben wir ihre Lebensleistung gewürdigt. Foto: René Böll



Tanja Dückers liest aus ihrem Buch „Das Leben der Annemarie Böll“. Foto: Stephan Röhl

Das Leben der Annemarie Böll. Eine Würdigung – Buchvorstellung

Annemarie Böll stand lange im Schatten ihres berühmten Ehemanns. Mit dem Buch „Das Leben der Annemarie Böll. Eine Würdigung“ rückt die Schriftstellerin Tanja Dückers nun erstmals das eigene Wirken von Annemarie Böll in den Mittelpunkt. Wir stellten die in unserem Auftrag entstandene Biografie am 27. November 2025 bei einer Veranstaltung in Anwesenheit der Familie Böll in Berlin vor. Im Gespräch wurde deutlich, wie sehr sich die öffentliche und wissenschaftliche Wahrnehmung bislang auf den Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll konzentrierte und wie wenig Annemarie Bölls eigenes Schaffen beachtet wurde. Beide verband von Anfang an die gemeinsame Leidenschaft für Literatur. Als Lektorin prägte sie Heinrich Bölls Werke entscheidend mit und übersetzte zugleich mehr als 70 Bücher englischsprachiger Autor*innen ins Deutsche, darunter J. D. Salinger, George Bernard Shaw und Judith Kerr. Die Biografie zeigt auch, wie vielfältig Annemarie Bölls gesellschaftliches Engagement war. Sie setzte sich für die Annäherung zwischen West- und Osteuropa ein, bezog als kritische Katholikin klar Stellung, war Mitbegründerin der Germania Judaica, der heute größten wissenschaftlichen Bibliothek zur Geschichte und Kultur des deutschsprachigen Judentums in Europa, und engagierte sich beim Aufbau der Heinrich-Böll-Stiftung. Annemarie Böll war eine Intellektuelle, Übersetzerin, Lektorin und gesellschaftlich engagierte Persönlichkeit, deren Lebensleistung lange unterschätzt wurde.

➤ boell.de/annemarie-boell

Zeitzeug*innen von Heinrich Böll – Interviews

In einer Interview-Reihe spüren wir im Gespräch mit Zeitzeug*innen dem Einfluss Heinrich Bölls außerhalb der Literatur nach. Christa Nickels, ehemalige Vorsitzende des Bundesverbandes Lebenshilfe und Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, schildert Böll als kritischen Begleiter der katholischen Kirche. Er war für ihre Generation ein gleichermaßen bedeutender Schriftsteller wie engagierter Bürger und gab Inspiration und Anstoß zur Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen.

Michael Meier, langjähriger Geschäftsführer des 1. FC Köln, berichtet von einer denkwürdigen Begegnung mit Böll kurz vor dem UEFA-Cup-Spiel des 1. FC Köln gegen Spartak

Moskau im Jahr 1984. Böll bat ihn damals, Medikamente für den Dissidenten und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow in die Sowjetunion zu schmuggeln. Diese Bitte stellte Meier vor ein persönliches Dilemma, da eine solche Aktion erhebliche politische und organisatorische Risiken für den Verein mit sich gebracht hätte. Sacharow galt als Persona non grata und befand sich zu diesem Zeitpunkt in Verbannung. Meiers Erinnerungen zeigen eindrucksvoll, wie Böll auch andere dazu brachte, sich mit dem Begriff „Zivilcourage“ auseinanderzusetzen.



Der ukrainische Dichter und Freiheitskämpfer Wasyl Stus – Ausstellung

Wasyl Stus (1938–1985) war ein ukrainischer Dichter, Übersetzer und Freiheitskämpfer. Wegen seines Widerstands gegen die sowjetische Russifizierungspolitik und seines Engagements für die ukrainische Sprache und Literatur wurde er mehrfach in Gulags verbannt. Dort übersetzte er unter anderem deutsche und polnische Lyrik ins Ukrainische. 1985 starb Stus im Straflager Perm. Die erste internationale Ausstellung über ihn wurde vom Pilecki-Institut Berlin in Zusammenarbeit mit dem Stus-Zentrum und der Heinrich-Böll-Stiftung konzipiert. Sie ist nicht nur eine Hommage an seinen Kampf für eine freie Ukraine und ihre Sprache, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zur europäischen kollektiven Erinnerung. Nach einer vielbeachteten ersten Präsentation im Berliner Pilecki-Institut war sie vom 5. September 2025 bis 27. Februar 2026 im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf zu sehen. Dort wurde sie in Anwesenheit von Wasyl Stus' Sohn Dmytro Stus und Heinrich Bölls Sohn René Böll eröffnet. Heinrich Böll setzte sich seinerzeit für Stus' Freilassung ein und nominierte ihn für den Nobelpreis.

➤ boell.de/de/ausstellung-stus

Die Möllner Briefe – Filmpremiere

Der rassistische Brandanschlag von Mölln im Jahr 1992 mit drei Todesopfern und neun Schwerverletzten erregte bundesweit Aufsehen. Nach dem Anschlag schickten Menschen aus ganz Deutschland Briefe, um ihre Anteilnahme und Solidarität mit den Opfern auszudrücken. Doch die Schreiben erreichten die Familien nie – sie blieben bei der Stadt Mölln liegen. Erst drei Jahrzehnte später stieß eine Studentin im Stadtarchiv zufällig auf sie. Mit der Vorführung des Films „Die Möllner Briefe“ der vielfach ausgezeichneten Regisseurin Martina Priessner und der anschließenden Diskussion

rückte die Stiftung die Erfahrungen der Überlebenden des rassistischen Brandanschlags von Mölln in den Mittelpunkt. In der Veranstaltung wurde deutlich, wie eng Erinnerungskultur, Solidarität und die Auseinandersetzung mit rassistischem Terror miteinander verbunden sind und welche Bedeutung den Stimmen der Betroffenen zukommt.

Film und Protest: Perspektiven aus dem Iran – Kurzfilme und Diskussion

Unter dem Slogan „Frau, Leben, Freiheit“ entstand in Iran 2022 eine Protestbewegung gegen das iranische Regime, die weit über die Proteste der vorherigen Jahre hinausging. Getragen wurde die Bewegung maßgeblich von Frauen, jungen Menschen, Aktivist*innen und Kulturschaffenden, die sich mutig gegen das repressive Regime der Islamischen Republik erhoben. Auch wenn die Straßenproteste unter dem Druck der staatlichen Gewalt wieder abgeklungen sind, bleibt die Bewegung ein starkes Symbol für den Wunsch nach Wandel und die ungebrochene Kraft des Widerstands. Bei einer Veranstaltung im Februar 2025 in Berlin zeigten wir anhand einer Reihe von Kurzfilmen, wie Kino politische Proteste dokumentiert, internationale Aufmerksamkeit schafft und zur Verteidigung von Freiheit, Menschenrechten und demokratischen Werten beitragen kann. An der anschließenden Diskussion mit Filmschaffenden und Expert*innen beteiligten sich unter anderen Rahmaneh Rabani (Filmemacherin), Sanaz Azimipour (Autorin, Aktivistin und Researcherin), Parastou Forouhar (Künstlerin und Aktivistin) und Amin Farzanefar (Leiter des Iranischen Filmfestivals Köln).

internationales literaturfestival berlin 2025

Die 25. Ausgabe des internationalen literaturfestivals berlin (ilb) fand vom 11. bis 20. September 2025 statt. Unter der kuratorischen Leitung der mexikanisch-amerikanischen Pulitzer-Preisträgerin Cristina Rivera Garza stand die spanischsprachige Literatur im Mittelpunkt des Festivals. In enger Kooperation mit der Stiftung entstand ein vielfältiges Programm mit Buchvorstellungen und Podiumsdiskussionen. Ein besonderer Fokus lag auf der Menschenrechtslage in Zentralamerika und den Folgen von Flucht und Migration. Der salvadorianische Autor Javier Zamora stellte beispielsweise sein Buch „Solito“ vor. Darin erzählt er von seiner Flucht als Achtjähriger von El Salvador in die USA, wo seine Eltern vor dem Bürgerkrieg Zuflucht suchten. Über Flucht, Migration und die zunehmende Kriminalisierung insbesondere lateinamerikanischer Migrant*innen unter US-Präsident Donald Trump sprach Zamora außerdem bei einer Schullese mit rund 500 Schüler*innen sowie auf einem Podium zu Migration.



Kyjiw, Ukraine: „Misiachni“ – ein feministisches Theaterstück über weibliche Selbstbestimmung in Zeiten des Krieges. Foto: Nastia Telikova

Misiachni – ein feministischer Blick auf die Ukraine – Theaterstück

Unser Büro in Kyjiw unterstützte 2025 die Inszenierung „Misiachni“ im Molodyy-Theater in Kyjiw nach einem Stück der ukrainischen Dramatikerin und Veteranin Alina Sarnatska. Es geht darin um Lebenserfahrungen von Frauen im russischen Angriffskrieg, über die oft geschwiegen wird: Körper, Intimität, Mutterschaft, Sexualität, Scham und die Herausforderungen des Alltags. Die Regisseurin Nina Khyzhna setzt die persönlichen Geschichten von Frauen eindrucksvoll choreografiert in Szene. Menstruation, erste sexuelle Erfahrungen, Angst und Verletzlichkeit werden nicht als private, sondern als gesellschaftliche und politische Themen erfahrbar. Der Krieg erscheint dabei als eine Kraft, die die Kontrolle über den weiblichen Körper verschärft und gleichzeitig Fragen nach Freiheit, Selbstbestimmung und Verantwortung aufwirft. Dadurch entsteht Raum für eine offene Debatte über weibliche Selbstbestimmung in Zeiten des Krieges.

Zerreißprobe. TALKS – Diskussionsreihe

Ein Höhepunkt unserer Kulturveranstaltungen war die Reihe „Zerreißprobe. TALKS“ in Kooperation mit der Neuen Nationalgalerie. Begleitend zur Ausstellung „Zerreißprobe. Kunst zwischen Politik und Gesellschaft“ diskutierten Künstler*innen, Kunsthistoriker*innen und Wissenschaftler*innen an zehn Abenden über das Spannungsfeld von Kunst und Politik. Themen wie Feminismus, Ökologie, Identität, Popkultur und gesellschaftliche Verantwortung machten dabei deutlich, dass Kunst nicht nur Zeitgeschichte dokumentiert, sondern auch gesellschaftliche Entwicklungen kritisch begleitet und mitgestaltet. Mit dabei waren Candice Breitz, Eckhart Gillen, Katy Hessel, Kirsten Klöckner, Ewa Partum, Gregor Quack, Anja Salomonowitz, Cornelia Schleime, Marta Smolińska, Klaus Staeck, Eric Otieno Sumba, Wolfgang Ullrich, Philip Ursprung und Franz Erhard Walther.

Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt verschiedene Preise und beteiligt sich als Partnerin an weiteren Ehrungen. Die wichtigsten Preise sind der mit 10.000 Euro dotierte Anne-Klein-Frauenpreis und der Friedensfilmpreis.



Irina Alkhovka, Julia Mickiewicz und Darya Afanasyeva.
Foto: Daniel Hundertmark

Anne-Klein-Frauenpreis 2025 an Darya Afanasyeva, Irina Alkhovka und Julia Mickiewicz

Mit dem Anne-Klein-Frauenpreis ehrt die Heinrich-Böll-Stiftung Frauen, die mutig und hartnäckig für Menschenrechte, Gleichberechtigung und sexuelle Selbstbestimmung eintreten. 2025 wurde er an drei belarusische Feministinnen verliehen: die Frauen- und Menschenrechtsverteidigerin Irina Alkhovka, die Bloggerin Darya Afanasyeva und die Aktivistin und Politikerin Julia Mickiewicz. Sie alle leiden unter staatlicher Verfolgung und Repression und sind gezwungen, ihre Arbeit aus dem europäischen Exil heraus fortzuführen. Ihr feministischer Aktivismus sowie ihre Entschlossenheit und Resilienz gegenüber brutaler staatlicher Verfolgung und Gewalt stehen für die universellen Erfahrungen und Widerstände von Frauen* in autokratischen Regimen.

Die drei Belarusinnen verkörpern den besonderen Geist des feministischen Engagements der Demokratiebewegung rund um die Präsidentschaftswahlen in Belarus 2020. Nach dem Wahlbetrug Lukaschenkos führten Frauen die Demonstrationen im Sommer 2020 an, die fast eine Million Bürger*innen (bei neun Millionen Einwohner*innen) mobilisierten.

➤ boell.de/anne-klein-frauenpreis

40. Friedensfilmpreis für „Khartoum“

Der Dokumentarfilm „Khartoum“ von Anas Saeed, Rawia Alhag, Ibrahim Snoopy, Timeea M Ahmed und Phil Cox wurde mit dem Friedensfilmpreis ausgezeichnet. Der Preis ist eine Kooperation der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Weltfriedensdienst e. V. und fester Bestandteil der Internationalen Filmfestspiele Berlin. Er ist mit 5.000 Euro dotiert und wird in Form einer von Otmar Alt gestalteten Bronzeplastik übergeben.

„Khartoum“ zeigt fünf Menschen aus der sudanesischen Hauptstadt, die in der aufkeimenden Demokratie ihren Alltag bestreiten. Nach Ausbruch des Krieges im April 2023 entscheiden sich die Filmemacher*innen, zu fliehen und auch den Protagonist*innen zur Flucht zu verhelfen. Im Exil re-inszenieren die fünf ihre traumatischen Kriegserlebnisse und ermutigen einander, ihre Träume weiter zu verfolgen. Durch die kluge Verbindung von dokumentarischem Material und fiktionalen Elementen entstehen Bilder, die emotional nahegehen und die Aufarbeitungsprozesse sichtbar machen.

Der Film balanciert einzigartig zwischen politischer Dringlichkeit und Poesie. Er ist ein Plädoyer für die heilsame Kraft des gemeinsamen Erzählens von Geschichten. So gelingt ihm ein hoffnungsvoller Ausblick auf die Zukunft und die Gestaltung von Frieden.

➤ boell.de/friedensfilmpreis

Hannah-Arendt-Preis 2025 an Seyla Benhabib

Seyla Benhabib, emeritierte Professorin für Politische Theorie und Politische Philosophie an der US-amerikanischen Yale University, erhielt am 9. Dezember 2025 den Hannah-Arendt-Preis. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis wird vom Hannah Arendt Verein für politisches Denken in Kooperation mit dem Bremer Senat, der Heinrich-Böll-Stiftung Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung verliehen. Benhabib ist eine der wichtigsten Philosophinnen ihrer Generation – und eine Autorität zu Hannah Arendts Werk. Sie verknüpft Kritische Theorie, Feminismus und den Kampf um einen Universalismus der Menschenrechte.

Aus Anlass der Preisverleihung entstand ein biografisches Interview mit Seyla Benhabib, geführt von der Philosophin und Journalistin Catherine Newmark. Darin spricht Benhabib über ihre Kindheit im kosmopolitischen Istanbul, ihre akademische Laufbahn in den USA und Deutschland sowie ihre Auseinandersetzung mit Hegel, der Kritischen Theorie, dem Feminismus und Hannah Arendt und die Frage, was politische Urteilskraft heute bedeutet.

➤ boell.de/podcast-episode/seyla-benhabib

➤ boell.de/hannah-arendt-preis



Seyla Benhabib. Foto: Fotoetage



Demokratie-Training bei der Fachtagung „Antifeminismus und Provinzialität – Anregungen aus der Forschung für die Praxis der Demokratiearbeit“ am 17. Oktober 2025, bei der auch die Ergebnisse des gleichnamigen Forschungsbandes vorgestellt und diskutiert wurden. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

Antifeminismus ist eine zentrale Ideologie autoritärer und demokratiefeindlicher Bewegungen. Er geht häufig mit Rassismus, Queerfeindlichkeit und Antipluralismus einher und beeinflusst gesellschaftliche Debatten weit über konservative und rechts-extreme Milieus hinaus. Deshalb setzte das Gunda-Werner-Institut auch im Jahr 2025 einen Schwerpunkt auf die Stärkung feministischer Demokratiearbeit und auf die Vernetzung antifeminismuskritischer Akteur*innen.

Reproduktive Gerechtigkeit

Wer entscheidet darüber, ob Menschen selbstbestimmt Kinder bekommen, Sorgearbeit leisten und ihr Leben frei gestalten können? Mit dieser Frage beschäftigten sich auch im Jahr 2025 feministische Debatten des Gunda-Werner-Instituts über reproduktive Rechte und soziale Reproduktion. Weltweit geraten reproduktive Rechte zunehmend unter politischen Druck, während soziale Ungleichheiten entlang verschiedener Diskriminierungslinien wie Klasse, Herkunft, Geschlecht, Behinderung oder Aufenthaltsstatus fortbestehen. Das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit verbindet deshalb reproduktive Selbstbestimmung mit sozialer Gerechtigkeit und rückt die gesellschaftlichen Bedingungen in den Blick, unter denen Menschen Kinder bekommen, Sorgearbeit leisten und selbstbestimmt leben können.

Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken

Antifeminismus ist eine zentrale Denkweise und Ideologie des Rechtspopulismus, der Neuen Rechten, des Rechtsextremismus und anderer demokratiefeindlicher Strömungen. Er trägt dazu bei, extreme Ansichten in der Gesellschaft zu normalisieren, und fördert Vorurteile gegenüber Vielfalt. Als Trägerin des von „Demokratie leben!“ geförderten Verbundprojekts „Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken“ hat uns die große Resonanz auf unsere letzte Netzwerktagung im Oktober 2024 in Dresden sehr beeindruckt. Im Osten Deutschlands setzen sich viele Engagierte gegen antifeministische und rechtsextreme Einflüsse ein und stärken mit ihrer Antidiskriminierungs- und Gleichstel-

lungsarbeit die Demokratie. Auch unser E-Paper „Antifeministische Narrative“ von Andreas Kemper wird in der Bildungsarbeit genutzt, um über demokratiezerstörende Erzählungen aufzuklären. Die positive Resonanz auf unsere „Antifeminismus begegnen“-Mediathek und den ersten Themenschwerpunkt zu Schwangerschaftsabbrüchen zeigt, dass wir mit unserem Fokus auf aktuelle Themen den richtigen Weg eingeschlagen haben. Der Nutzwert für die Bildungsarbeit hat sich noch einmal erhöht.

Leider endete die dreijährige Zusammenarbeit im Verbundprojekt mit der Amadeu-Antonio-Stiftung und Dissens – Institut für Bildung und Forschung e. V. mit dem Auslaufen der Förderperiode. Das GWI führt nun wesentliche Teilprojekte wie die Netzwerkarbeit oder die Mediathek weiter. Denn die politische Entwicklung und der gesellschaftliche Rechtsruck zeigen, dass wir mehr Ressourcen einsetzen müssen. Wir unterstützen weiterhin Engagierte und treiben so die Arbeit gegen Antifeminismus voran.



Illustration: Melanie Gandyra, Luisa Stömer und Eva Wunsch

Mit Sicherheit – nicht? – Online-Dossier

Digitale Gewalt, geschlechtsspezifische Desinformation und Angriffe auf feministische Organisationen prägen zunehmend digitale Netzwerke und andere digitale Räume. Trotzdem spielen Genderperspektiven in Sicherheitsdebatten und staatlichen Strategien bislang kaum eine Rolle. Das im Oktober 2025 veröffentlichte Online-Dossier „Mit Sicherheit – nicht?“ bündelt feministische Perspektiven auf aktuelle Sicherheitsfragen und macht deutlich, dass Sicherheit häufig gegen Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit ausgespielt wird – und die Lebensrealität marginalisierter Gruppen dabei oft unsichtbar bleibt. Dem setzt das Gunda-Werner-Institut einen intersektionalen Sicherheitsbegriff entgegen: Sicherheit wird als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen verstanden.

➔ gwi-boell.de/de/mit-sicherheit-nicht

Podcast

Feminismus mit Vorsatz

Die feministische Journalistin und Podcasterin Laura Vorsatz startete 2025 in Kooperation mit dem Gunda-Werner-Institut eine vielstimmige Podcast-Reihe zum Thema Reproduktive Gerechtigkeit. In allen drei Folgen bringen Expert*innen aus dem GWI-Netzwerk ihr Wissen, ihre persönlichen Erfahrungen und kritischen Perspektiven ein, um gemeinsam zu erörtern, was reproduktive Gerechtigkeit mit Blick auf die Entstehungsschichte dieses Konzepts und im Kontext Deutschlands bedeuten kann.

➔ gwi-boell.de/feminismus-mit-vorsatz



Demokratie braucht Feminismus

Antifeminismus, Hass im Internet und Angriffe auf die Rechte von Frauen und queeren Menschen gewinnen sowohl in Deutschland als auch international zunehmend an Einfluss. Was lange als Randphänomen galt, prägt inzwischen politische Debatten, digitale Räume und gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Gleichzeitig wächst der Widerstand: Feministische Initiativen, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft entwickeln neue Strategien, um Demokratie, Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit zu verteidigen.

Genau hier setzt das Gunda-Werner-Institut (GWI) für Feminismus und Geschlechterdemokratie an. Mit seinen Bildungsangeboten, seiner Vernetzungsarbeit, politischen und intersektionalen Debatten bringt es unterschiedliche Perspektiven zusammen und schafft Räume für Austausch, Solidarität und gemeinsames Handeln. Bundesweit stärkt das GWI Netzwerke und unterstützt Akteur*innen aus Bildung, Wissenschaft, Aktivismus und Politik dabei, demokratische, feministische und solidarische Gegenperspektiven sichtbar zu machen.

➔ gwi-boell.de

Die 16 Landesstiftungen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftungen sind selbstständige Vereine; sie arbeiten auch untereinander und mit der Bundesstiftung eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürger*innen schärfen, zu zivilgesellschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern. Die Landesstiftungen organisieren selbst oder in Kooperation mit Projektpartner*innen Veranstaltungen unterschiedlichster Art – von klassischer politischer Bildungsarbeit (Seminare, Tagungen etc.) bis hin zu Live-Podcasts und Stadtpaziergängen. Hier eine kleine Auswahl an Projekten aus dem Jahr 2025. Ein Besuch der jeweiligen Websites lohnt sich, auch weil dort oft weiterführendes Material und Mitschnitte zu finden sind.

Online-Dossier und Workshops

Baden-Württemberg: Wie geht's der Katze in der Kiste?

Mit einem Online-Dossier und vier digitalen Workshops lud unser Projekt „Wie geht's der Katze in der Kiste?“ dazu ein, KI zu verstehen, kritisch zu reflektieren und aktiv mitzugestalten. Das Dossier erschloss KI aus unterschiedlichen Perspektiven: Ökologie, Staatsgewalt, Gesellschaft, Medien, Gesundheit, globale Zugänge sowie Regulierung und Ethik. In den Online-Workshops diskutierten die Teilnehmenden KI-Grundlagen, Nachhaltigkeit, digitale Gerechtigkeit sowie Methoden, KI verständlich zu vermitteln. Der Workshop „KI in grün?“ mündete in einem veröffentlichten Ideenpapier mit Vorschlägen für Individuen, Institutionen und Politik. Zudem gab es ein Gespräch mit der Psychologin und Netzaktivistin Marina Weisband. Ihre zentrale These: KI sei keine neutrale Technologie, sondern eine Umverteilungsmaschine, die Macht und Vermögen bei wenigen konzentriere.

➤ boell-bw.de/kuenstliche-intelligenz

Vortrag und Diskussion

Bayern: Correctiv auf Tour: Was passiert, wenn Hass regiert?

Gemeinsam mit Correctiv haben wir im Jahr 2025 eine Lesereise durch Bayern durchgeführt. Der Autor und Investigativjournalist Marcus Bensmann stellte sein Buch „Niemand kann sagen, er hätte es nicht gewusst“ in Rosenheim, Coburg und Passau vor und sprach über seine Recherchen zur Neuen Rechten in Deutschland. Er beleuchtete das Treffen von Rechtsextremisten 2023 in Potsdam, die dahinterstehende völkische Ideologie, die Nähe zu Russland sowie die Verächtlichmachung der Erinnerungskultur. Im Anschluss diskutierte er mit Vertreter*innen aus Politik und Zivilgesellschaft, darunter Florian Rieder von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Bayern und Toni Schubert (MdB Bündnis 90/Die Grünen Bayern). Jeder Veranstaltungsort hatte seine eigenen Schwerpunkte: In Rosenheim standen regionale Akteur*innen und Bedrohungslagen im Vorder-

grund, in Coburg mögliche Gegenmaßnahmen wie ein Parteiverbotsverfahren und in Passau die mediale Dominanz der AfD-Themen, durch die andere Parteien und Inhalte aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt werden. Alle Veranstaltungen stießen auf großes Interesse bei einem generationsübergreifenden Publikum. ➤ petrakellystiftung.de

Film und Diskussion

Berlin: Der Wert von Kunst und Kultur für alle

Der Dokumentarfilm „Variété Utopolis – oder einige Meter Autobahn“ begibt sich auf die Reise durch Deutschland und besucht Projekte in benachteiligten Quartieren, die mittels künstlerischer und kultureller Interventionen der finanziellen Mangel Lage die Stirn bieten – Musik, Theater, partizipative Prozesse und interkulturelle Dialoge als Praxis kooperativen Miteinanders und kollektiver Gestaltung starker Nachbarschaft. Angeregt durch den Film diskutierten wir, welche Bedeutung Kunst und Kultur heutzutage haben. Wie wirkt es sich aus, wenn beispielsweise geförderte Angebote wie der Berliner Museumssonntag wegfallen? Sind Kürzungen angesichts knapper Kassen unumgänglich, oder ist es gerade dann geboten, kulturelle Kreativität mit Nachdruck zu verteidigen? Was können geförderte Soziokultur und performativ-künstlerische Praxis in von hohen Mieten und schwindender öffentlicher Infrastruktur geprägten Städten ausrichten? Diese und weitere Fragen diskutierten wir mit unseren Gästen aus Kultur, Politik und Zivilgesellschaft.

➤ bildungswerk-boell.de

Veranstaltungsreihe

Brandenburg: schwellenWerte: Politische Kultur in Brandenburg

Im Herbst 2025 haben wir mit der Veranstaltungsreihe „schwellenWerte: Politische Kultur in Brandenburg“ einen Reflexionsraum über die Deutung und Relevanz von Werten geschaffen. Wir wollen mit der Reihe Impulse für werteba-

siertes Handeln setzen und in die Gesellschaft tragen. Die Gedanken, Arbeiten und Lebenswege unserer Gäste sollen hierzu inspirieren. Den Anfang machte eine Veranstaltung mit Marko Martin. Er las im Brandenburg Museum aus seinem neuen Buch „Freiheitsaufgaben“ und diskutierte im Anschluss mit Kateryna Mishchenko (Autorin, Ukraine) und Michael Brack (DDR-Zeitzeuge, Brandenburg). In einer zweiten Veranstaltung mit der Autorin Anne Rabe ging es um Moral. In einer Zeit, in der politische Debatten zunehmend von Zynismus und Polarisierung geprägt sind, fragt sie, ob wir uns eine Welt ohne Moral überhaupt leisten können. Ausgehend von ihrem neuen Buch „Das M-Wort. Gegen die Verachtung der Moral“ sprach sie mit Inga Pylypchuk (Filmemacherin, Ukraine) und Beate Wolf (Polizeiseelsorgerin, Brandenburg). ➔ boell-brandenburg.de

Workshops

Bremen: Future Warm-ups

In einer Welt, die sich ständig verändert, ist es wichtig, sich mit der Zukunft auseinanderzusetzen. Das Klima, unsere Lebensräume, die Gesellschaft – all das befindet sich im Wandel. Steigende Hochwasserspiegel und Starkregen beispielsweise machen sich auch in Bremen bemerkbar. Unsere Vorstellungskraft ist dabei der Schlüssel, um diesem Wandel positiv zu begegnen. In unseren Future Warm-ups trainieren die Teilnehmenden ihre Zukunftskompetenz, die sogenannte Futures Literacy, mit der man sich verschiedene Zukunftsszenarien vorstellen kann und daraus Handlungsschritte ableiten kann. Diese Methode wenden wir für ganz unterschiedliche Themen an. Im Jahr 2025 ging es um „Digitalisierung in der Schule“. ➔ boell-bremen.de

Kongress

Hamburg: Kongress gegen Feminizide und geschlechterbasierte Gewalt

Femizide und geschlechterbasierte Gewalt sind keine Einzelfälle, sondern ein strukturelles Problem und demnach veränderbar. Im November 2025 waren wir Kooperationspartner eines großen Hamburger Kongresses zum Thema. Rund 450 Teilnehmende und Gäste aus Wissenschaft, Aktivismus, Recht und Praxis kamen zusammen, um sich auszutauschen und zu vernetzen, voneinander zu lernen und aktiv zu werden. In Vorträgen, Panels und Workshops wurden Femizide als strukturelles Problem patriarchaler Gewalt analysiert und in ihren gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Dimensionen diskutiert. Fazit: Es braucht gesellschaftliche Sensibilisierung, präventive Bildungsarbeit und politische Verantwortungsübernahme von allen in unserer Gesellschaft sowie ein deutliches Entgegenreten gegen die Individualisierung und rassistische Umdeutung von Gewalt. Der Kongress machte deutlich, wie groß der Bedarf an Räumen für Austausch und Vernetzung ist – eine Wiederholung für 2027 ist in Planung. ➔ boell-hamburg.de

Live-Podcast

Hessen: Die feministische Presserunde – Wir können auch anders!

Am 12. September 2025 war die feministische Presserunde „Wir können auch anders!“ als Live-Podcast in der Schirn Kunsthalle Frankfurt zu Gast. In Kooperation mit dem Stiftungsverbund brachten wir die Podcast-Reihe erstmals auf die Bühne. Vor ausgebuchtem Haus diskutierten die Journalistinnen Mithu Sanyal, Teresa Bücken, Hadija Haruna-Oelker und Prasanna Oommen über soziale Ungleichheit, Militarisierung, Abschiebung und Asyl. Im Mittelpunkt standen eine Bilanz von fast vier Jahren feministischer Medienkritik und die Frage, wie Berichterstattung menschenrechtsbasiert und differenziert geführt werden kann. Als Format hat sich die feministische Presserunde als lebendiger Resonanzraum etabliert, in dem unterbelichtete Themen und fehlende Perspektiven im öffentlichen Diskurs sichtbar gemacht und gemeinsam weitergedacht werden; ergänzt wird dies durch den Instagram-Kanal @feministische_presserunde, der als eigenständige Bildungsplattform die Themen der Podcast-Folgen aufgreift und Inhalte niedrigschwellig zugänglich macht.

➔ boell-hessen.de/die-feministische-presserunde/

Kino und Debatte

Mecklenburg-Vorpommern: Böll-Montagskino „A Real Pain“

Einmal im Monat laden wir zum Böll-Montagskino ins Rostocker Lichtspieltheater Wundervoll ein. Im Rahmen der 9. Jüdischen Kulturtage gab es zum Beispiel den US-amerikanischen Spielfilm „A Real Pain“ von Jesse Eisenberg zu sehen. Darin fliegen zwei Cousins gemeinsam nach Polen, um nach dem Tod ihrer geliebten jüdischen Großmutter bei einer Gruppenreise deren Heimat kennenzulernen. Ein Roadtrip, der nicht nur Fragen zu ihrer Familiengeschichte offenlegt, sondern auch mit unterschiedlichen Gedenk- und Erinnerungspraktiken konfrontiert. Dr. Sebastian Schirrmeyer vom Institut für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg betonte im zum Teil kontroversen und gleichzeitig respektvollen Publikumsgespräch die „Brückenfunktion“ der dritten Generation: Sie ist die letzte Generation mit Kontakt zur ersten Generation. Sie sind die Ersten, die als Nachgeborene Erinnerung vermitteln müssen. Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, das Weitergeben von Erfahrungen auch der nachfolgenden Opfergenerationen und die Frage danach, wie Erinnerungskultur gestaltet werden kann, bleiben sehr wichtige Aufgaben und Auftrag unserer Bildungsarbeit. ➔ boell-mv.de

Feministische Werkstatt

Niedersachsen: Schwangerschaftsabbruch geht uns alle an!

Die Feministische Werkstatt bringt unterschiedliche Generationen und Erfahrungen zusammen und ermöglicht einen konstruktiven, sorgsam und solidarischen Austausch auf Augenhöhe mit Expert*innen, Aktivist*innen und allen, die da sind. Gemeinsam wollen wir feministische Ideen weiter-spinnen und Netzwerke schmieden. Das Konzept für die Feministische Werkstatt ist im Verbund mit den anderen Landesstiftungen und dem Gunda-Werner-Institut entstanden. Im Jahr 2025 konnten wir sie gleich zweimal durchführen. In Kooperation mit pro familia Bremen und Niedersachsen waren wir im Juni in Oldenburg. Im September besuchten wir das Frauenzentrum Verden. Es ging um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Wie kann es sein, dass es dieses Tabu [Schwangerschaftsabbruch] weiterhin gibt?, fragten die Teilnehmenden und forderten Strategien gegen Stigmatisierung und Desinformation. Außerdem: mehr Aufklärung in den Schulen, mehr öffentlichen Diskurs ermöglichen. Das Format wurde auch in Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein realisiert. Weitere Themen sind bislang Gewaltschutz und Familienpolitik. ➤ boell-bw.de/feministische-werkstatt

Lern- und Trainingskonzept

Nordrhein-Westfalen: Fit für die Demokratie

Demokratie-Fitness ist ein Lern- und Trainingskonzept, das traditionelle Vorstellungen von Demokratie herausfordert. Es wurde 2017 in Dänemark entwickelt, um Demokratie für mehr Menschen erlebbar und lebendig zu machen. Dafür wurden zehn für die Demokratie wichtige „Muskeln“ – z. B. Kompromissfähigkeit, Empathie, Mut, aktives Zuhören, aber auch Meinungsverschiedenheit – gesammelt und zu je einer 30-minütigen Trainingseinheit aufbereitet. In den Trainings werden die Teilnehmenden daran erinnert, dass sie selbst der wichtigste Bestandteil der Demokratie sind. Die Einheiten wurden so entwickelt, dass sie größtmögliche Flexibilität bieten: Es ist kaum spezielles Material notwendig, die Gruppengröße und der Ort sind sehr flexibel, außerdem benötigen die Teilnehmenden kein Vorwissen. Seit 2026 sind wir Partner von Democracy Fitness Global. Als einziger offizieller Ausbildungspartner für NRW bieten wir seit 2025 die Ausbildung zur/zum Trainer*in für Demokratie-Fitness an. Dieses Ausbildungsprogramm wird unterstützt durch die Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW. ➤ boell-nrw.de/demokratie-fitness

Filmreihe

Rheinland-Pfalz: Heinrich Böll als Chronist der Bonner Republik

Das Leben und Werk Heinrich Bölls sind eng mit der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verbunden – von den Nachwirkungen des Nationalsozialismus über den Deutschen Herbst bis zur Friedensbewegung. Geprägt von seinen Erfahrungen als Soldat und Zeitzeuge von Krieg, Zerstörung und Wiederaufbau, entwickelte Böll eine klare Haltung: Er war entschiedener Kritiker der Wiederbewaffnung und engagierter Streiter für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung. Anlässlich des 40. Todestags Heinrich Bölls am 16. Juli 2025 organisierten wir zusammen mit dem Bundesarchiv in Koblenz und dem Referat „Leben und Werk Heinrich Bölls“ der Stiftung eine Reihe mit Verfilmungen zentraler Werke Bölls. Gezeigt wurden sechs Spielfilme, darunter „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ und „Ansichten eines Clowns“. Vor jedem Film fand eine kurze Einführung anhand ausgewählter historischer Quellen aus den Beständen des Bundesarchivs statt. Zusätzlich ordneten Inputs des Referats „Leben und Werk“ die Werke in Bölls persönliche Biografie ein und suchten Anknüpfungspunkte für heute.

➤ boell-rlp.de

Buchvorstellung

Saarland: Kapitalismus – Geschichte einer Weltrevolution

Kaum ein Phänomen hat die Menschheitsgeschichte der letzten Jahrhunderte so geprägt wie der Kapitalismus: wie wir leben und arbeiten, wie wir über uns und andere denken, wie wir uns politisch organisieren. Der renommierte Historiker Sven Beckert (Harvard University) erzählt in seinem Werk die Geschichte dieses Wirtschaftssystems. Es gelingt ihm, über die größtmögliche Dimension von Raum und Zeit die Geschichte dieser Revolution anschaulich zu erzählen. Statt den Kapitalismus, wie lange üblich, als europäisches Exportprodukt zu betrachten, erfasst er ihn in seiner internationalen Vernetzung. Arabische Kaufleute, indische Weber und versklavte Afrikaner auf karibischen Zuckerplantagen sind in seiner Darstellung ebenso zentral wie Amsterdamer Finanziers oder Stahlindustrielle im Saarland. Sven Beckert war auf unsere Einladung hin bereits zum zweiten Mal in Saarbrücken und hat unter großer medialer Beachtung im vollbesetzten Rathausfestsaal der Landeshauptstadt sein Buch am Erscheinungstag dem interessierten Publikum vorgestellt. ➤ boell-saar.de

Kurzfilme und Gespräch

Sachsen: Sichere Schwangerschaftsabbrüche

Trotz großer politischer, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Bemühungen wurde der § 218 auch 2025 nicht aus dem Strafgesetzbuch gestrichen – Schwangerschaftsabbrüche werden weiterhin kriminalisiert. Die Folgen sind Stigmatisierung und eine unzureichende Versorgung. Anlässlich des Internationalen Tags der sicheren Abtreibung am 28. September zeigten wir Kurzfilme, die mit den gängigen Darstellungen von Schwangerschaftsabbrüchen brachen. Im anschließenden Gespräch mit „Kuzynka Drezno“, pro familia Sachsen und einer Dresdner Gynäkologin wurden die Versorgungslage in Sachsen, die Situation ungewollt Schwangerer, Anfeindungen gegen Beratungsstellen und Ärzt*innen sowie die Unterstützung polnischer Frauen thematisiert. Dabei spielte auch die 2024 veröffentlichte ELSA-Studie eine wichtige Rolle. Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse, und es fand ein generationenübergreifend wichtiger Austausch statt. weiterdenken.de

Workshops in Berufsschulen

Sachsen-Anhalt: Demokratie buchstabieren

Seit Mai 2025 touren wir mit unseren Workshops durch Berufsschulen in Sachsen-Anhalt. Hier geht es nicht um Frontalunterricht, sondern um Streit, Zweifel und die Frage: Was hat Demokratie mit uns zu tun? Die gleichnamige Plakatausstellung zu Meinungsfreiheit, Rechtsstaat und sozialer Gerechtigkeit dient als Aufhänger – doch schnell wird sie zum Nebenschauplatz, wenn die Einstiegsfrage gestellt wird: „Was fällt euch zu Demokratie ein?“ Als Antworten werden oft Emotionen genannt: „Lügen“, „Wahlbetrug“, „Man wird sofort Nazi genannt, wenn man die AfD wählt“. Plötzlich geht es nicht mehr um Begriffe und Konzepte, sondern um das Gefühl, nicht gehört zu werden, um Wut, um Provokation. Die Workshop-Leitung steht vor einem Dilemma: Alle sollen ernst genommen werden – doch wie viel Raum darf man populistischen Parolen lassen? Wie können nötiger Widerspruch und Dialogbereitschaft austariert werden? Demokratie lernt man nicht aus Büchern. Man lernt sie im Streit, im Zuhören, im Aushalten von Widersprüchen. Das ist anstrengend und lohnt sich genau wie unsere Demokratie-Workshops. boell-sachsen-anhalt.de

Projekt

Schleswig-Holstein: Vom Experiment zur Transformation

Das Liveability-Projekt unterstützte Städte im Ostseeraum dabei, innovativer, resilienter und lebenswerter zu werden. Zur Abschlusskonferenz vom 12. bis 14. November in Riga trafen sich Partner*innen aus zwölf europäischen Städten. Drei Tage voller Keynotes, Urban Walks und Live Talks boten Raum für Austausch, neue Ideen und gemeinsame Visionen. Die Veranstaltung zeigte, wie nach drei Jahren voller spannender Experimente in sechs Pilot- und sechs Partnerstädten ein starkes europäisches Netzwerk für lebenswerte und resiliente Städte entstanden ist, das über die Projektlaufzeit hinaus verbindet und wirkt. Die im Projekt entwickelte Charter for Designing Liveable Cities bündelt diese Erfahrungen zu einer Leitlinie für lebenswerte Stadtgestaltung und verbindet Prinzipien des Public Interest Design mit Handlungsempfehlungen, die durch ein Lernprogramm und kollegiale Beratung unterstützt werden. boell-sh.de/liveability

Stadtspaziergang

Thüringen: Von Asphalt und Oasen

In Kooperation mit dem DGB-Bildungswerk Thüringen entwickelten wir den Stadtrundgang „Von Asphalt und Oasen“ in Erfurt, der Fragen rund um die Klimakrise und soziale Ungerechtigkeit in den Blick rückte. Gemeinsam mit den Teilnehmenden erkundeten wir, was Neubauprojekte, Stadtnatur und Plattenbauten über Stadtplanung verraten. Wir fragten nach den Ursachen für Verdrängung, Ungleichheit und Hitze in der Stadt. Und wir erkundeten Orte und Projekte, die bereits versuchen, der Klimakrise und sozialer Ungerechtigkeit etwas entgegenzusetzen. Engagierte Menschen aus einem Repair-Café, einem Wohnprojekt und einer Initiative der solidarischen Landwirtschaft erzählten von ihren Ideen und ihrem Tun. Anschließend diskutierten wir, wie jede*r Einzelne für eine gerechtere und umweltfreundlichere Stadt aktiv werden kann. Ähnliche Rundgänge gab es auch bei den Landesstiftungen in München, Rostock und Halle. boell-thueringen.de

Das „Stipendienprogramm Haus Langenbroich“ unterstützt seit 1989 Autor*innen und Künstler*innen aus Ländern, in denen die Arbeitsbedingungen politisch und ökonomisch schwierig sind und Publikationsmöglichkeiten behindert oder gar verhindert werden.

Das Programm fördert somit einen internationalen Kulturaustausch, der sich an Demokratie und Menschenrechten orientiert. Lesungen und öffentliche Veranstaltungen ermöglichen den Stipendiat*innen den Austausch mit dem heimischen Publikum. Das Haus in der Eifel wurde in den 1960er-Jahren von der Familie Böll erworben und ist seither ein ruhiger Ort des Arbeitens und der Begegnung von Künstler*innen aus aller Welt.

Im Rahmen einer Kooperation mit der Stadt Düren beteiligt sich die Heinrich-Böll-Stiftung finanziell an dem Stipendienprogramm für verfolgte Künstler*innen und schlägt jährlich eine*n Stipendiat*in aus den eigenen Netzwerken für das Haus vor.

Gäste der Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2025

Giordano Bruno do Nascimento, geboren 1981 in Paranaguá, Brasilien. Der Komponist und Dirigent hinterfragt in seiner Arbeit die konventionelle Wahrnehmung, die Funktionen und den sozialen Einfluss der menschlichen Stimme. Dabei verbindet er seine klanglichen Erkundungen mit einem multimedialen Ansatz: Seine Videos sind von sozialen Medien und YouTube-Inhalten inspiriert. Zudem erforscht er die Schnittstellen von Geschlecht und Stimme und untersucht, wie vokale Ausdrucksformen traditionelle Geschlechternormen überwinden und zu einem fließenden Verständnis von Identität beitragen können. Do Nascimento erhielt zahlreiche Auszeichnungen und wurde zu Künstlerresidenzen eingeladen, unter anderem am Künstlerhof Schreyahn und am ISELP in Brüssel. Seine Opern und Kammermusikwerke, darunter „Vis-a-Vis(a)“ und „Frau Kempelens Sprechmaschinen“, wurden auf Festivals wie dem Pan Music Festival in Seoul, dem MATA Festival in New York und dem B-Classic Festival in Belgien aufgeführt. Derzeit erforscht er im Rahmen seiner Promotion an der HfMT Hamburg die Grenzen der menschlichen Stimme. Er war Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung von April bis September 2025.

Shahrokh Marzooghilijini (alias Shahrokh Giva), geboren 1977 in Teheran, Iran. Schon in seiner Jugend beginnt Giva sich für persische Literatur, insbesondere für Poesie, zu interessieren. Mit 19 Jahren fängt er selbst an zu schreiben. 2003 wurde sein erster Roman „Masih, Sin, Coffee Cup, and Half Burnt Cigarette“ veröffentlicht, kurz darauf der zweite Roman „Mona Lisa Published“, der schnell die Aufmerksamkeit von Leser*innen und Kritiker*innen auf sich zog und mehrfach ausgezeichnet wurde. Seither hat Giva weitere Romane, Kinderbücher und Drehbücher verfasst. Zwei Jahre lang leitete er die Belletristik-Abteilung bei Sales Publications, verließ diese jedoch aufgrund politischer Differenzen. Neben seiner schriftstellerischen Arbeit ist er als Fotograf und bildender Künstler tätig. Giva war Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung von November 2024 bis April 2025.



Heidelberg, August 2025: Sommerakademie „Wir müssen reden! – Debattenkultur im Diskurs pluralistischer Weltanschauungen“ – Stipendiat*innen der Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit Ulla Siebert, der Leiterin des Studienwerks. Foto: Johannes Ruppel

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben dem Stipendium bieten wir ein vielseitiges Programm zur politischen Bildung und zum Ausbau von Schlüsselqualifikationen an.

Unser Ziel ist es, Talente zu entdecken und die persönliche, politische und berufliche Entwicklung unserer Stipendiat*innen zu fördern. So wollen wir Multiplikator*innen gewinnen, die sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Aktuelle Zahlen

Von 1852 Bewerbungen im Jahr 2025 wählte das Studienwerk in einem dreistufigen Verfahren 264 Stipendiat*innen aus. Insgesamt förderten wir 1526 Personen, davon 1336 Studierende, 185 Promovierende und fünf internationale ehemalige Promovierende für einen befristeten Forschungsaufenthalt in Deutschland.

64 Prozent der Geförderten sind Frauen, 12 Prozent studieren an Fach-, Kunst- oder Musikhochschulen, und 25 Prozent der Studienstipendiat*innen belegen MINT-Fächer – darunter sind 56 Prozent Frauen. Auch unter den Promotionsstipendiat*innen ist der Anteil der Geförderten in einem MINT-Fach mit insgesamt 21 Prozent vergleichsweise hoch – darunter sind 58 Prozent Frauen.

Wo kommen die Mittel her?

Mit Mitteln des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) konnten 1417 Stipendiat*innen unterstützt werden, davon 175 Promovierende. Davon haben 26 Prozent eine Migrationsgeschichte, und 33 Prozent sind Erstakademiker*innen.

Mit Mitteln des Auswärtigen Amtes (AA) förderten wir 109 Stipendiat*innen aus 38 Ländern (außerhalb der EU), unter ihnen 36 Prozent Erstakademiker*innen.

Die nach Staatsangehörigkeit größten Gruppen internationaler Stipendiat*innen kommen aus Russland (15), Ägypten (12), Iran (12), Brasilien (11) und Kolumbien (9). Außerdem haben wir 28 syrische und vier ukrainische Stipendiat*innen mit einem Aufenthaltsstatus in Deutschland, die mit BMFTR-Mitteln gefördert werden konnten.

35 Jahre Studien- und Promotionsförderung

Im Jahr 2025 konnte das Studienwerk sein 35-jähriges Jubiläum feiern. Seit 1990 vergibt die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin (bzw. ihre drei Vorgängerstiftungen – die Frauen-Anstiftung in Hamburg, der Buntstift in Göttingen sowie die Heinrich-Böll-Stiftung in Köln) Stipendien an talentierte Studierende und Promovierende. Von Anfang an setzen wir uns in der Begabtenförderung für mehr Diversität ein und tragen zur Bildungsgerechtigkeit bei, indem wir unterrepräsentierte Gruppen gezielt fördern: Frauen, besonders in den MINT-Fächern, Erstakademiker*innen, Menschen mit Migrationsgeschichte, People of Color und Geflüchtete. Bei der Auswahl der Stipendiat*innen unterstützen uns rund 200 Vertrauensdozent*innen an zahlreichen Hochschulen im In- und Ausland und rund 70 Auswahlkommissionsmitglieder aus unterschiedlichen beruflichen Feldern.

In den letzten 35 Jahren haben wir rund 6.000 Personen gefördert – aus dem In- und Ausland, in allen Fächern und aus allen Hochschulformen, im Studium oder während der Promotion. Zahlreiche Ehemalige setzen sich für die Nachwuchsförderung ein und unterstützen unsere Arbeit – ob als Vertrauensdozent*innen im Auswahlverfahren, im Alumni-Verein, als Mentor*innen oder als Expert*innen in der ideellen Förderung.

Unser 33-köpfiges Team im Studienwerk setzt sich jeden Tag für die Stipendiat*innen ein und berät, fördert und begleitet unsere Studierenden und Promovierenden ein Stück auf ihrem Weg – und unterstützt insbesondere auch dann, wenn es einmal holprig wird...

Was beinhaltet die Förderung?

Alle Studienstipendiat*innen bekommen eine Studienkostenpauschale von 300 Euro monatlich zur Finanzierung von Weiterbildungen oder studienbedingten Aufwänden; darüber hinaus bekommen rund 40 Prozent der Studienstipendiat*innen ein Voll- oder Teilstipendium zur Sicherung des Lebensunterhalts. Neben der finanziellen Förderung bieten wir analog zu BAföG ein vielseitiges Programm zur politischen Bildung und zum Ausbau von Schlüsselqualifikationen an. Wir beraten zu Fragen rund ums Studium, regen zur politischen Debatte an und unterstützen unsere Stipendiat*innen darin, sich selbst zu organisieren und zu vernetzen. Dabei werden wir von anderen Fachabteilungen, unseren Auslandsbüros, den Landestiftungen und unserem Alumni-Verein unterstützt.

Ideelle Förderung: Beratung – Qualifizierung – Vernetzung

Wir führen Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen durch, vermitteln Schlüsselkompetenzen, unterstützen den interdisziplinären Dialog, bereiten auf den Beruf vor und fördern das gesellschaftliche Engagement unserer Stipendiat*innen. Dabei orientieren wir uns am Bildungskonzept für nachhaltige Entwicklung – BNE. Gestaltungskompetenzen zu vermitteln, ist uns besonders wichtig; das Veranstaltungsprogramm wird für unsere und mit unseren Stipendiat*innen konzipiert: 2025 fanden knapp 400 von



35 Jahre Studien- und Promotionsförderung: Das Team des Studienwerks. Foto: Stephan Röhl

Stipendiat*innen selbst organisierte Treffen und Veranstaltungen statt. Zu den beliebtesten selbst organisierten Formaten gehören die thematischen Arbeitsgruppen: Diese wählen sich ein Oberthema, entwerfen ein Jahresprogramm und treffen sich drei Mal im Jahr, um sich mit neuen Fragestellungen zu befassen und auf ein besonderes Ziel bzw. Ergebnis hinzuarbeiten. 2025 konnten Arbeitsgruppen zu den Themen Außen- und Sicherheitspolitik, Gender, Sex und Feminismus, künstlerische Forschung, Demokratie, Energiewende, sozial-ökologisches Wirtschaften und Urban Justice gefördert werden. Zu den besonderen Arbeitsergebnissen der Arbeitsgruppen zählten ein „Spickzettel“ zu Schlüsselthemen der Energiewende und die Kompilation „Utopie der lebenswerten Stadt“ am Beispiel der Themen Wohnen, Sanitärversorgung und Barrierefreiheit sowie ein Positionspapier zum Thema „Wehrhafte Demokratie und Rechtsruck“.

Die eintägigen Ad-hoc-Gruppentreffen zu selbst gewählten Themen erfreuen sich ebenfalls großer Beliebtheit. 2025 fanden 14 davon statt: 50 Stipendiat*innen diskutierten zum Beispiel mit Hannah Ebert Winnick (Büroleitung Washington) und Johannes Voswinkel (Büroleitung Kyjiw) über die neuen globalen Herausforderungen für Europa und die Ukraine. In einem weiteren Ad-hoc-Treffen diskutierten ein jüdischer Stipendiat und ein palästinensischer Aktivist mit den Teilnehmenden respektvoll und empathisch über die Lage in Nahost.

Schwerpunkte und besondere Höhepunkte im Veranstaltungsprogramm 2025

Ein Höhepunkt unseres Veranstaltungsprogramms ist der jährliche SommerCampus. Vom 11. bis 16. August trafen sich 130 Teilnehmende in Bad Bevensen, diesmal zum Thema „Transatlantische Beziehungen“, und tauschten sich u. a. mit Prof. Dr. Jasper Trautsch von der Universität Bonn und mit Jan Philipp Albrecht, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, aus.

Vom 4. bis 6. April und vom 10. bis 12. Oktober durften wir unsere neue Studien- und Promotionsstipendiat*innen im Rahmen der Einführungsveranstaltungen in der Stiftung willkommen heißen. Die Stipendiat*innen informierten sich über die Stiftungsarbeit und lernten sich untereinander und die Stiftungsmitarbeitenden kennen. Beim „Stiftungscafé“ sprachen die Stipendiat*innen mit Fachreferent*innen aus den verschiedenen Abteilungen und Bereichen über die Schwerpunktthemen der Stiftung und mit den beiden Vorständen. Auch den regelmäßigen Kontakt mit unseren Alumni zu pflegen ist uns ein großes Anliegen: Der Alumni-Salon am 15. November 2025 fand zum Thema „Soziale Sicherung und Teilhabe“, u. a. mit Ricarda Lang, MdB und Alumna, statt.

Unsere Reihen zur wissenschaftsbasierten Politikberatung, zum Schwerpunkt Ökologie, zu Leadership, Digitalisierung und „Politik im Fokus“ führten wir 2025 fort. Besondere Höhepunkte waren ein Austausch mit dem Stiftungsbüro im Washington zur Wiederwahl Donald Trumps und den innenpolitischen wie auch internationalen Auswirkungen. Bei einem Treffen im Juni mit Alumni*ae aus Forschungseinrichtungen, NGOs, Verbänden, Ministerien und dem Bundestag tauschten sich rund 40 Promovierende und Studierende über deren Erfahrungen



Berlin, Oktober 2025: Besuch bei Jan-Niclas Gesenhues (MdB) im Deutschen Bundestag. Foto: Laura Bauschke

mit wissenschaftsbasierter Politikberatung aus. Ziel war es, verschiedene berufliche Wege im Bereich der Politikberatung kennenzulernen.

Unsere internationalen Stipendiat*innen nahmen an Veranstaltungen zur deutschen Geschichte und Politik teil, z. B. an einem Seminar „Über deutsche Geschichte(n) sprechen – historische Einblicke, Anknüpfungspunkte und Diskussionsräume am Beispiel Weimar“. Ziel des dreitägigen Seminars war es, Wissen über Aspekte deutscher Geschichte aufzubauen und zugleich in (politischen) Diskussionen über wichtige historische Ereignisse in Deutschland und ihre Bezüge zur Gegenwart sprechfähiger zu werden. Die Teilnehmenden besuchten u. a. das Bauhaus-Museum, die Gedenkstätte Buchenwald, die Gedenkstätte Andreasstraße in Erfurt und die Dauerausstellung „Haft | Diktatur | Revolution: Thüringen 1949–1989“.

Begleitprogramm plus

In unserer Reihe „Begleitprogramm plus“ können Stipendiat*innen an zahlreichen Fachveranstaltungen und Kompetenztrainings, die von anderen Abteilungen der Stiftung, von den Landesstiftungen oder von unserer Weiterbildungsakademie GreenCampus durchgeführt werden, teilnehmen. Ein Beispiel für das Jahr 2025 sind eine Podiumsdiskussion und ein Workshop für Junior-Wissenschaftler*innen im Rahmen der internationalen Fachkonferenz „Re-| Visions of History in Right-Wing Populism and the Far Right“. Viele unserer Stipendiat*innen nutzten die Gelegenheit, sich mit Expert*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik über die politische Kraft von Geschichte im Kontext des anhaltenden Rechtsrucks und ihre Bedeutung für die Demokratie auszutauschen.

Die Studienreise zum Grazer Kunst- und Kulturfestival „steirischer herbst“ – eine Kooperation zwischen dem Studienwerk und dem Referat „Kultur und neue Medien“ der Stiftung – fand 2025 zum vierten Mal in Folge statt. Die Teilnehmer*innen produzierten während des Kunstfestivals einen Podcast mit der Hörfunkjournalistin Julia Eikmann, der in der Reihe böll.podcast nachzuhören ist:

➤ boell.de/media/podcast-episode-podigee/nie-wieder-friede-betrachtungen-zum-kunsthauptstadt-steirischer-herbst

Promotionsförderung

Programmhöhepunkt für die Promovierenden ist das jährlich stattfindende Promovierendenforum, bei dem die Teilnehmenden wissenschafts- und hochschulpolitische Themen diskutieren und sich gegenseitig ihre Promotionsthemen vorstellen. Von 21. bis 23. Mai 2025 ging es um die Rolle der Wissenschaft in liberalen Demokratien. Die Teilnehmenden diskutierten mit Prof. Dr. Michael Zürn über „Das liberale Wahrheitsregime und seine Feinde“ und mit Expert*innen aus der Stiftung über deren aktuelle Projekte. Über 30 Promovierende präsentierten ihre Promotionsprojekte und stellten sich den interessierten Fragen ihrer Kommiliton*innen.

Ein weiterer Höhepunkt war der Besuch im Deutschen Bundestag im Oktober. Jan-Niclas Gesenhues, MdB und Alumnus, empfing Promovierende des Forschungsclusters „Sozial-ökologische Transformation“ und interessierte Stipendiat*innen zu einem Gespräch über die aktuelle Umwelt- und Biodiversitätspolitik.

Kooperationen

Mit der Barenboim-Said-Akademie in Berlin startete das Studienwerk ein neues Kooperationsvorhaben, um künftig internationale Nachwuchsmusiker*innen – vor allem aus dem Nahen Osten, aber auch aus anderen Regionen – in die internationale Förderung aufzunehmen.

Fortgesetzt wurde das im Jahr 2024 begonnene Kooperationsprojekt zwischen Studienwerk und der Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung (SBB). Mit diesem Projekt wollen wir die Vernetzung und den fachlichen Austausch der Geförderten beider Stiftungen besonders fördern. Angeboten wurden u. a. ein Seminar in Husum zum Thema Ökosystem Wattenmeer und eine Studienreise nach Paris mit dem Fokus auf Erinnerungskulturen in Frankreich und Deutschland 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges.

Die Sommerakademie „Demokratie gestalten!“ – eine gemeinsame Initiative der 13 deutschen Begabtenförderungswerke und der SBB unter wechselnder Federführung – will werkeübergreifend Stipendiat*innen dazu ermuntern, sich konstruktiv mit anderen Weltanschauungen und politischen Ansichten auseinanderzusetzen und in den Dialog zu treten. 2025 fand die Akademie unter der Federführung der Studienstiftung des Deutschen Volkes zum Thema „Wir müssen reden! – Debattenkultur im Diskurs pluralistischer Weltanschauungen“ von 17. bis 22. August in Heidelberg statt, an der auch Stipendiat*innen der Heinrich-Böll-Stiftung teilnahmen und u. a. mit Christian Wulff, Bundespräsident a. D., und mit Prof. Dr. Rainer Forst, Goethe-Universität Frankfurt, diskutierten. ➔ boell.de/de/stipendien

Drei unserer Alumni*ae im Kurzporträt



Anka Dobsław (Staatssekretärin im Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz) studierte, gefördert von der Heinrich-Böll-Stiftung, Umweltwissenschaften an der Universität Lüneburg. Nach ihrem Studium arbeitete sie als Programmkoordinatorin Energiepolitik und Klimaschutz im Prager Büro der Heinrich-Böll-Stiftung und im Anschluss als Büroleiterin der umweltpolitischen Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. 2013 wurde sie Ministerbüroleiterin und Referentin im Niedersächsischen Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz. Nach einer knapp fünfjährigen Station in der Verbraucherschutzabteilung der Berliner Senatsverwaltung kehrte sie 2022 als Umweltstaatssekretärin nach Niedersachsen zurück.



Dr. Johannes Dafinger (Universitätsassistent für Zeitgeschichte, Universität Salzburg) forscht zur Geschichte des Nationalsozialismus und Rechtsextremismus sowie zu rassistischen Denk- und Handlungspraktiken in transnationaler Perspektive. Nach seinem von der Heinrich-Böll-Stiftung geförderten Studium in München und St. Petersburg führte ihn seine wissenschaftliche Tätigkeit an die University of Maryland, die Universität Klagenfurt, das Institut für Europäische Geschichte in Mainz und zuletzt an die Universität Salzburg. Er lehrt im Fach der Zeitgeschichte und ist im akademischen Jahr 2025/26 Fellow am Historischen Kolleg in München. Dem Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung bleibt er als Mitglied der Auswahlkommission verbunden.



Dr. Melanie Koch (Advisor to Executive Director beim Internationalen Währungsfonds (IWF)) studierte Volkswirtschaft in Berlin und promovierte 2020, gefördert von der Heinrich-Böll-Stiftung, zu finanziellen Entscheidungen von Privathaushalten in „Emerging Markets“. Derzeit ist sie von der Republik Österreich an den Internationalen Währungsfonds entsandt und arbeitet in der österreichischen Stimmrechtsgruppe des Exekutivdirektoriums, das die Tagesgeschäfte des Fonds führt. Zuvor war sie Ökonomin bei der Oesterreichischen Nationalbank mit Schwerpunkt auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Ihre weiteren Stationen waren das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

GreenCampus ist die Weiterbildungsakademie der Heinrich-Böll-Stiftung und des Verbunds der Landesstiftungen. Mit unseren Angeboten stärken wir seit fast 20 Jahren politisch und zivilgesellschaftlich engagierte Menschen.

Eine Frage, die uns im Jahr 2025 stark beschäftigte, war: Wie gelingt gute Zusammenarbeit, wenn Meinungen weit auseinandergehen? Deep Democracy ist eine Methode, die dabei helfen kann, auch in sehr heterogenen Gruppen mit hoher emotionaler Beteiligung zu tragfähigen und nachhaltigen Entscheidungen zu gelangen.

Vom Wissen zum Handeln



GreenCampus-Trainer Marcel Rasche,
Experte für alternative Bildung.
Foto: Sammy Johnston

Marcel, was ist Deep Democracy?

Deep Democracy ist eine Methode für Moderator*innen, Mediator*innen und Führungskräfte, um gemeinsam bessere Entscheidungen zu treffen. Sie entstand nach dem Ende der Apartheid in Südafrika – in einer Zeit, in der große Vielfalt und starke Emotionen Gespräche und Entscheidungen schwierig machten. Mit acht praktischen Werkzeugen hilft Deep Democracy dabei, auch in sehr unterschiedlichen Gruppen alle Stimmen zu hören, Konflikte zu lösen und nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

Viele Menschen fühlen sich in politischen Prozessen ohnmächtig oder nicht gehört. Wie kann Deep Democracy helfen?

Das Gefühl der Ohnmacht entsteht, wenn Menschen das Gefühl haben, ignoriert zu werden – manchmal durch Sexismus, Rassismus oder politische Ausgrenzung. Wenn Minderheiten sich nicht gehört fühlen, wird ihr Widerstand oft lauter und unproduktiver. Das führt dazu, dass die Mächtigen noch weniger zuhören – ein Teufelskreis.

Deep Democracy durchbricht diesen Kreislauf: Die Methode zeigt, wie man Widerstand wertschätzend begegnet, die berechtigten Anliegen dahinter erkennt und so zu Entscheidungen kommt, hinter denen alle stehen können.

Warum ist Deep Democracy besonders nachhaltig?

Entscheidungen, die nicht wirklich gemeinsam getragen werden, kommen immer wieder auf den Tisch. Wer kennt das nicht: Alle zwei Monate dieselbe Grundsatzdiskussion – ein Zeichen, dass das Thema nie offen geklärt wurde. Auch in der Politik gilt: Echte Veränderungen halten nur, wenn sie in der Breite mitgetragen werden.

Deep Democracy setzt genau hier an: Durch echtes Einladen zur Mitsprache, das Verstehen von Widerstand und die Einbeziehung von Minderheitenmeinungen – so entstehen Entscheidungen, die wirklich Bestand haben.

Mehr über uns:

➤ greencampus.boell.de/de

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird. Die Archivbestände werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzfristen der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.

Workshop der Archive der politischen Stiftungen

Die Archive der politischen Stiftungen treffen sich alljährlich zu einem gemeinsamen Workshop rund um die Digitalisierung von Archivgut sowie zur digitalen Archivierung von Parteiunterlagen. Im Februar 2025 fand der Workshop in den Räumlichkeiten des Archivs in der Eldenaer Straße statt. Verschiedene Projekte aller Archive wurden vorgestellt, und es kam zu einem sehr guten Austausch über archivarisches Fragestellungen und Probleme, etwa die Frage, wie digitale Unterlagen am besten übergeben werden sollten.

Neues Vertragswerk

Im September haben wir mit der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen erstmals ein Vertrag zur Übergabe von Unterlagen an das Archiv geschlossen. Zuvor waren die Absprachen mündlich erfolgt. Der Vertrag berücksichtigt die Bedürfnisse der Bundestagsfraktion, folgt aber auch den Regelungen der DSGVO. Ferner orientiert er sich am Bundesarchivgesetz und liefert so insgesamt eine für beide Vertragsparteien sichere Rechtsgrundlage zur Abgabe, Übernahme und Archivierung der Unterlagen. Der Vertrag dient auch für weitere Aktengeber*innen als Grundlage für künftige Vertragserneuerungen bzw. -abschlüsse. Mit dem Abgeordnetenhaus Berlin konnte bereits ein neuer Vertrag abgeschlossen werden; weitere sind in Planung.

Erschließung von „Bündnis 90“

Die Partei Bündnis 90 entstand aus verschiedenen oppositionellen Bewegungen, die sich in den 1980er-Jahren in der DDR gegründet hatten: die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, „Demokratie Jetzt“ und Teile des „Neuen

Forums“. Erstmalig schlossen sie sich am 9. Februar 1990 als Listenverbindung unter dem Namen „Bündnis 90“ zusammen und traten zur letzten und gleichzeitig ersten freien Volkskammerwahl an. Zusammen mit den Abgeordneten der Grünen Partei in der DDR bildeten sie die Fraktion „Bündnis 90/Grüne“. Überliefert sind Unterlagen, Protokolle und Beschlüsse des Geschäftsführenden Ausschusses und des Bundessprecherrats von Bündnis 90, der Bundesdelegiertenkonferenzen in Berlin (1992) und Hannover (1993) sowie die Arbeitsunterlagen des Bündnis 90 des Zentralen Runden Tisches der DDR. Der Bestand wurde inhaltlich erschlossen, mit Indizes und Schlagworten versehen und steht seit Ende 2025 im Lesesaal des Archivs zur Nutzung bereit. Die Unterlagen wurden zum Schutz in Archivmappen und Archivkartons umgebettet und enthalten nach Bearbeitung 229 Akteneinheiten mit einem Gesamtumfang von 4,8 laufenden Metern. Mit dem Bestand wurde eine wesentliche Lücke des Archivs geschlossen – liefert er doch einen umfassenden Eindruck der ersten Schritte engagierter Bürgerrechtler*innen, die nach Jahren der Illegalität in der DDR nun versuchten, demokratische Strukturen und eine freie Gesellschaft aufzubauen.

Aktenübernahmen

Im Jahr 2025 gab es 38 Übergaben, wovon die Unterlagen aus verschiedenen MdB-Büros nach der Bundestagswahl mit insgesamt 30 Umzugskartons den größten Anteil ausmachten. Auch hier wurde deutlich: digitale Übernahmen ersetzen zunehmend analoges Archivgut. Aufgrund der Vielzahl an digitalen Unterlagen erhöhen wir ab 2026 unsere Speicherkapazitäten, um die Daten dauerhaft zu sichern.

Quellen zur grünen Geschichte zugänglich machen

Unser Archiv steht allen Interessierten offen. Im Jahr 2025 bearbeiteten wir rund 330 Anfragen, vor allem von Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Kulturschaffenden. Zu den Serviceleistungen des Archivs gehörten hierbei u. a. die Beratung zu unseren Beständen und ihren Nutzungsmöglichkeiten, die Vorabrecherche in unserer rund 86.000 Einträge umfassenden Archivdatenbank sowie in der 42.000 Einträge umfassenden Bibliothek, die Prüfung und Bereitstellung von Reproduktionen oder auch die Klärung von Bildrechten.

Aktuelle Öffnungszeiten und weitere Nutzungshinweise ➔ boell.de/archiv



Plakat der Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis 90 (1992)



In unserem Stiftungshaus in Berlin-Mitte gibt es viel Raum für Gespräche, Debatten und Ideen. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

Stiftungsmanagement

Anhaltende finanzpolitische Unsicherheit und Konsolidierungsdruck

Die Rahmenbedingungen der politischen Stiftungen waren im Jahr 2025 durch erhebliche finanzpolitische Unsicherheit sowie deutlich verschärfte Perspektiven für die Haushalte der kommenden Jahre gekennzeichnet. Wir haben daher unsere mittelfristige Finanzplanung auf ein belastbares und zugleich vorsichtig kalkuliertes Szenario ausgerichtet. Dieses geht von rückläufigen Einnahmen – insbesondere im Bereich der institutionellen Förderung – sowie gleichzeitig steigenden Sach- und Personalkosten aus. Daraus ergibt sich ein erheblicher Konsolidierungsdruck, der angesichts begrenzter Mittel insbesondere den Personalbereich betrifft.

Im Berichtsjahr haben wir schnell wirksame Konsolidierungsmaßnahmen geschaffen und ein flexibles Haushaltsmodell entwickelt, um kurzfristige Veränderungen der Bundeshaushalte zeitnah in die operative Steuerung zu überführen. Die Konsolidierung ist dabei eng mit der organisatorischen Weiterentwicklung der Stiftung verbunden. Digitalisierung, Modernisierung und Effizienzsteigerung

verstehen wir als einen zusammenhängenden Prozess. Bei unseren zentralen Vorhaben zur Weiterentwicklung der digitalen Infrastruktur sowie der administrativen Abläufe liegen wir im Plan. Dadurch können wir unsere Mitarbeitenden entlasten und ihre Arbeitsfähigkeit in vollem Umfang gewährleisten. Die Themen Datenschutz, Datensicherheit und Unternehmenssicherheit gewinnen dabei zunehmend an Bedeutung und werden systematisch weiterentwickelt.

Auch im Bereich digitaler Kommunikation haben wir uns weiterentwickelt und neue Formate etabliert, die die öffentliche Wirksamkeit und Innovationsfähigkeit stärken.

Insgesamt zeigt sich, dass wir im Jahr 2025 unsere Handlungsfähigkeit unter anspruchsvollen Rahmenbedingungen sichern und zentrale Entwicklungsprozesse fortführen konnten. Die finanziellen und organisatorischen Anpassungen bleiben ein fortlaufender Prozess, der auch in den kommenden Jahren die Arbeit der Stiftung prägen wird.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024

Das Prüfurteil des unabhängigen Abschlussprüfers Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft vom 28. August 2025 hat ergeben, dass der Jahresabschluss des Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Berlin – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft wurde. Darüber hinaus wurde der Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft. Nach Beurteilung der aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Vereins zum 31. Dezember 2024 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB wurde erklärt, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Organe des Vereins

Die **Mitgliederversammlung** ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich aus 49 Personen zusammen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, je eine Person aus den Landesstiftungen und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung, von denen eine Person dem Europäischen Parlament oder der Europäischen Grünen Partei angehört. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der **Vorstand** ist hauptamtlich tätig und besteht aktuell aus zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren von der Mitgliederversammlung gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Der Vorstand ist im Rahmen der Beschlüsse der Mitgliederversammlung für die Verwirklichung der Ziele der Stiftung verantwortlich. Er ist insbesondere dafür verantwortlich, dass die Verwendung des Stiftungsvermögens und der von dritter Seite zufließenden Vermögenswerte durch die Stiftung und ihre Einrichtungen zweckentsprechend und wirtschaftlich erfolgt. Für die Ausführung der laufenden Verwaltung des Vereins ist der **Geschäftsführer** verantwortlich.

Der **Aufsichtsrat** führt die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstands. Er besteht aus neun Personen, davon sieben aus den Reihen der Mitgliederversammlung und zwei hauptamtlich Mitarbeitende, die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

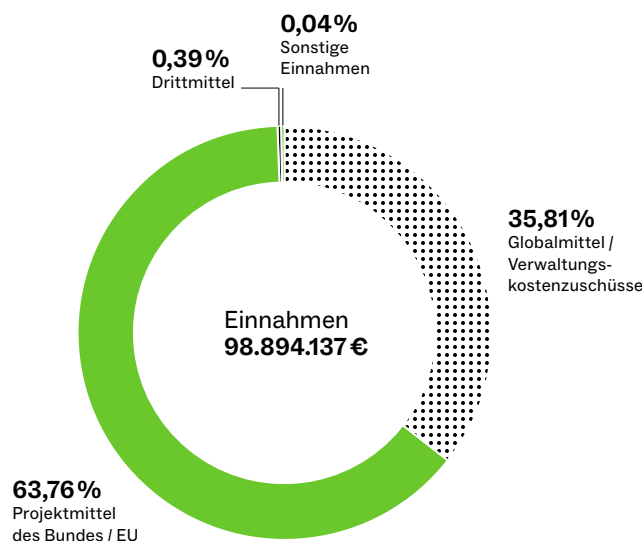
Gremien des Vereins

- **Fachbeirat Gemeinschaftsaufgabe „Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung“**
- **Fachbeirat Globale Kooperation**
- **Fachbeirat Europa/Transatlantik**
- **Fachbeirat Studienwerk**

Fachbeiräte beraten die Stiftung bei der Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Die Fachbeiräte werden vom Aufsichtsrat auf drei Jahre berufen. Der Mitgliederversammlung steht ein Vorschlagsrecht zu. Die Fachbeiräte berichten der Mitgliederversammlung jährlich über ihre Arbeit. Eine Sonderstellung hat der in der Satzung festgeschriebene Fachbeirat „Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung“. Seine Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt und sind ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Vorschlagsrecht haben Mitglieder der Mitgliederversammlung und des Aufsichtsrats. Er setzt sich aus mindestens 12 und höchstens 15 Personen zusammen. Die Frauenquote beträgt mindestens 80 Prozent.

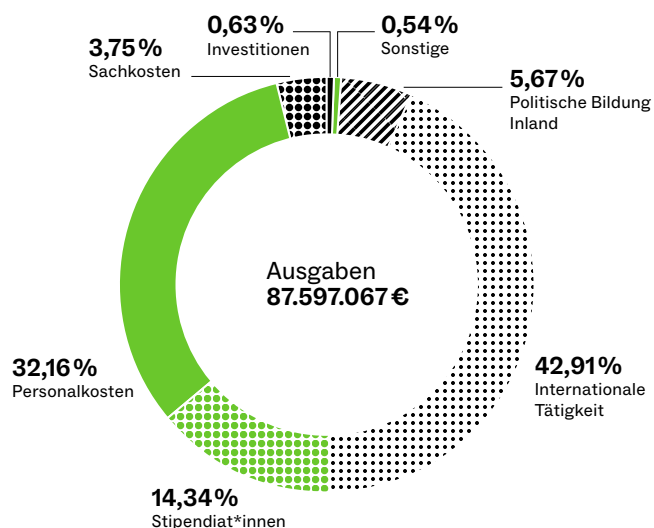
Einnahmen

Die Einnahmen der Stiftung betragen 2025 insgesamt ca. 99 Millionen Euro. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Anstieg von rund 1 Prozent, der insbesondere auf höhere Einnahmen bei den Globalmitteln zurückzuführen ist.



Ausgaben

Rund 63 Prozent der Ausgaben der Stiftung (ca. 55,1 Millionen Euro) flossen 2025 in die inhaltliche Arbeit und die Studien- und Promotionsförderung. Dieser Anteil wächst auf rund 85 Prozent, wenn die Personalkosten der inhaltlich arbeitenden Mitarbeiter*innen der Stiftung berücksichtigt werden. Die verwaltungsbezogenen Sachausgaben sind leicht gestiegen, während die Ausgaben für Investitionen gesunken sind.



Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist als eingetragener Verein beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg registriert und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Unsere Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Zuwendungen. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind die sogenannten Globalmittel, die der Bundestag im Haushalt des Bundesministeriums des Innern für die Arbeit politischer Stiftungen zur Verfügung stellt. Über die Verwendung der Globalmittel kann die Stiftung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben weitgehend frei entscheiden. Mit ihnen werden zum Beispiel Seminare, Tagungen und Kolloquien durchgeführt oder Forschungsvorhaben finanziert. Globalmittel sind für die Stiftung von besonderer Bedeutung, weil mit ihnen auch allgemeine Verwaltungskosten finanziert werden können – wie etwa Personalkosten der Dienstleistungsabteilungen und die Unterhaltung unserer Bürogebäude. Zusätzlich erhält die Stiftung Projektmittel, die nur für den jeweils vereinbarten Zweck verausgabt werden dürfen (z. B. für die Auslandsarbeit oder die Studien- und Promotionsförderung). Die Projektmittel werden durch Verwaltungskostenzuschüsse (VKZ) ergänzt, die ähnlich wie Globalmittel eingesetzt werden können.

Neben den öffentlichen Zuwendungen hat der Verein Heinrich-Böll-Stiftung auch Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Weiterbildungsakademie GreenCampus. Großspenden im Sinne des § 6 Abs. 2 StiftFinG lagen im Jahr 2025 nicht vor.

Transparenz

Es ist uns besonders wichtig, über die Verwendung der uns zur Verfügung stehenden Mittel transparent zu informieren. Wir gehen daher über die gesetzlich vorgeschriebenen Berichtspflichten hinaus. So haben wir uns der Initiative Transparente Zivilgesellschaft angeschlossen und zur Einhaltung eines Verhaltenskodexes zur Verhinderung von Korruption verpflichtet. Zudem erstellen wir einen finanziellen Jahresbericht in Anlehnung an die Vorgaben des Handelsgesetzbuches, den wir von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigen lassen.

Finanzieller Jahresbericht

Bei der hier veröffentlichten Übersicht der jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Stiftung handelt es sich um vorläufige Zahlen, von denen sich die endgültigen aber nur geringfügig unterscheiden werden. Der endgültige Bericht mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung kann erst erstellt werden, nachdem die Jahresabschlüsse unserer Büros im Ausland erstellt worden sind.

Vorläufige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2025*

Berichtsjahr vom 01.01.2025 bis 31.12.2025 (Stand: 11. Juni 2026)

	2025 Vorläufiges Ergebnis	2024
Einnahmen Globalmittelhaushalt**	34.968.105	32.321.447
Einnahmen Mittel für Investitionen	441.367	754.115
Projektmittel		
Internationale Zusammenarbeit	45.457.804	45.757.755
BMZ	36.533.701	36.837.994
AA	8.724.307	8.805.776
EU	0	0
Sonstige/Drittmittel	199.796	113.985
Studienwerk	13.020.534	12.846.696
BMFTR	11.568.978	11.468.039
AA	1.312.267	1.283.446
Sonstige/Drittmittel	139.290	95.212
Inland	4.967.550	6.215.195
BMI	4.913.669	5.669.004
Sonstige/Drittmittel	53.881	546.191
Sonstiges	38.776	48.991
Summe der Einnahmen im Zuwendungsbereich	98.894.137	97.944.199
Fachausgaben	1.517.395	1.749.513
Weiterleitungen an die Landesstiftungen	3.443.771	3.948.313
Projektmittelausgaben		
Internationale Zusammenarbeit	37.525.934	37.097.731
Studienwerk	12.545.594	12.504.355
EU	0	0
Drittmittel	87.879	487.495
Personal (Gehälter inkl. Leitungen Auslandsbüros)	28.168.995	28.381.024
Sachausgaben	3.280.555	3.117.938
Investitionen	554.281	869.648
Sonstiges	472.664	461.857
Summe der Ausgaben im Zuwendungsbereich	87.597.067	88.617.875
Mittelübertrag ins Folgejahr	11.297.070	9.326.323
Vereinseinnahmen	126.842	180.748
Vereinsausgaben	121.538	152.739
Vereinsergebnis	5.304	28.009

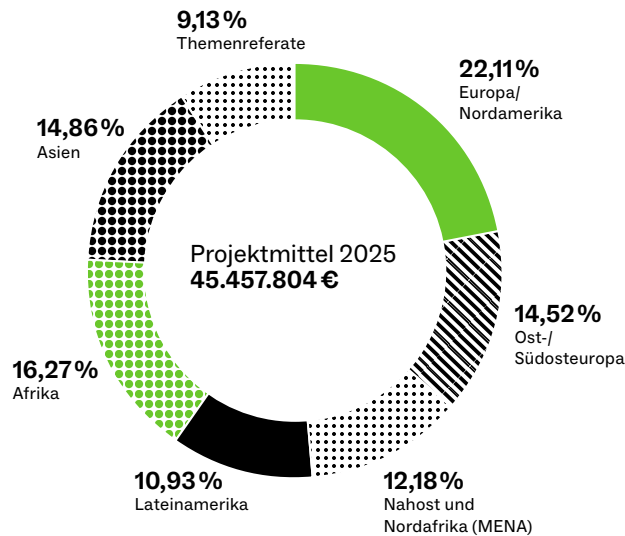
* Alle Zahlen in Euro

** Einschließlich des Mittelübertrages aus dem Vorjahr

AA: Auswärtiges Amt; BMFTR: Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt;

BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; BMI: Bundesministerium des Innern

Internationale Zusammenarbeit



Die Projektmittel für den Bereich Internationale Zusammenarbeit (IZ) betrugen im Jahr 2025 rund 45,46 Millionen Euro und damit geringfügig weniger als im Vorjahr.

Vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erhielt die Stiftung für entwicklungswichtige Vorhaben insgesamt ca. 35,5 Millionen Euro. Das ist ein leichter Rückgang um ca. 35.000 Euro.

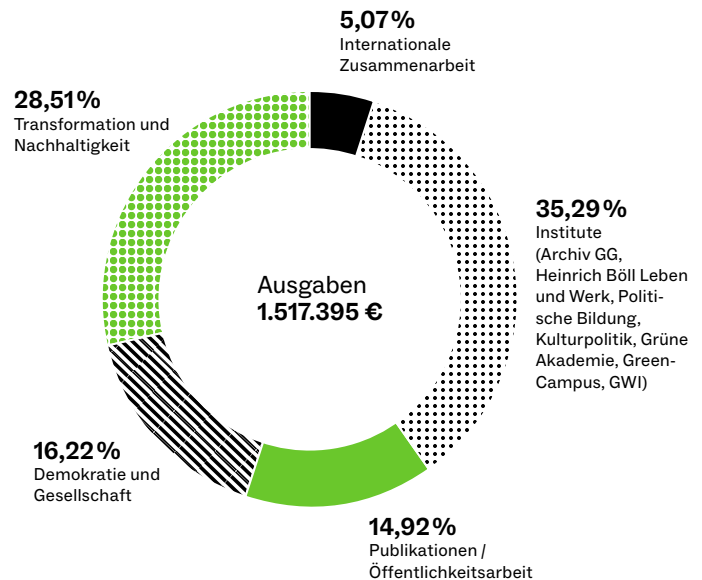
Die beiden BMZ-Sondermittelprogramme zur Klimapolitik (in Lateinamerika und in den Ländern des westlichen Balkans) wurden 2025 fortgeführt. Insgesamt standen der Stiftung Klimamittel in Höhe von ca. 700.000 Euro zur Verfügung.

Drei BMZ-Fluchtmittelprogramme (Libanon, Griechenland und Horn von Afrika) wurden mit ca. 452.000 Euro gefördert. Das Fluchtmittelprogramm Türkei endete mit Ablauf des Jahres 2024.

Vom Auswärtigen Amt erhielt die Stiftung zur Förderung gesellschaftspolitischer Maßnahmen knapp 8 Millionen Euro. Das entsprach nahezu dem gleichen Betrag wie im Jahr 2024.

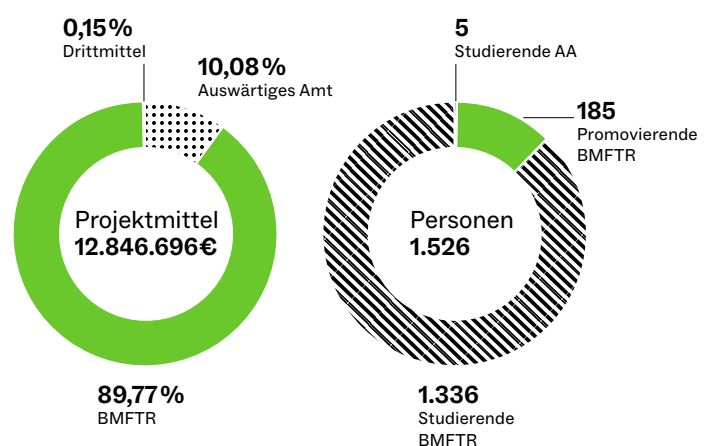
Mit Hilfe von AA-Sondermitteln konnten die Aktivitäten der Stiftung in Belarus sowie in Tunesien, Marokko und Jordanien fortgeführt werden. Hier standen der Stiftung etwas mehr als 850.000 Euro zur Verfügung.

Politische Bildung Inland



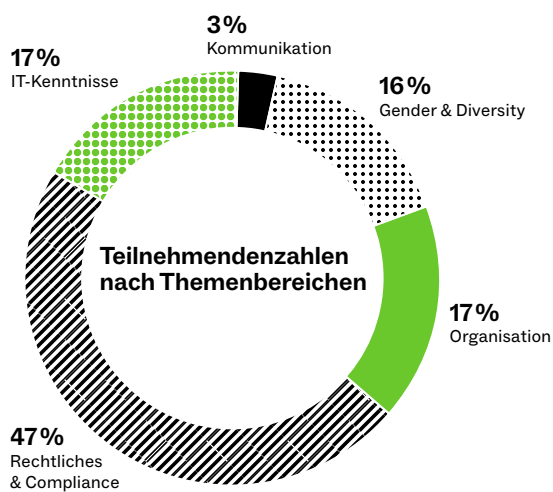
Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2025 insgesamt 1.517.395 Euro aus Globalmitteln und Drittmitteln verausgabt. Diese Gelder flossen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem werden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie GreenCampus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt. Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2025 knapp 3,5 Millionen Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

Stipendien und Projektmittel des Studienwerks



Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) und vom Auswärtigen Amt (AA). Im Jahr 2025 konnten insgesamt 1.526 Personen gefördert werden, davon 1.336 Studierende, 185 Promovierende und fünf internationale ehemalige Promovierende für einen befristeten Forschungsaufenthalt in Deutschland. 264 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten 2025 neu in die Förderung aufgenommen werden.

Interne Weiterbildung

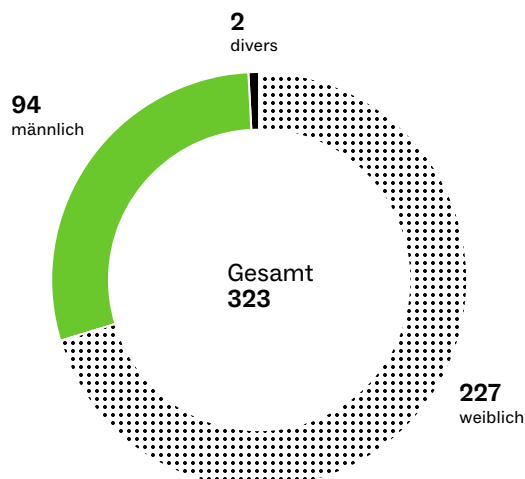
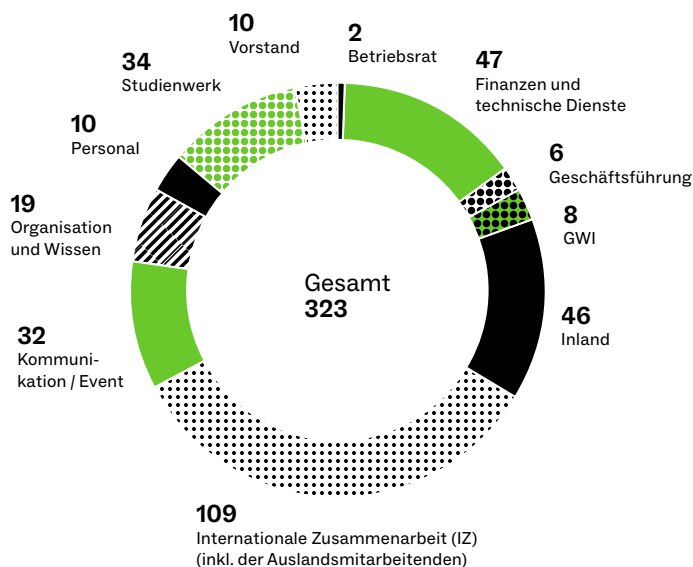


Qualifizierung

Mit dem internen Weiterbildungsprogramm unterstützen wir Mitarbeitende bei ihren beruflichen Herausforderungen. Im Jahr 2025 haben zahlreiche interne Angebote in Online-, Präsenz- oder Blended-Learning-Formaten stattgefunden. Zunehmend werden Kompetenzen auch über digitale Selbstlernkurse vermittelt. Diese ermöglichen flexibles, zeit- und ortsunabhängiges Lernen, das sich gut in den Arbeitsalltag integrieren lässt.

Wir haben fast 1.600 Teilnehmende in zusammengefasst über 530 Teilnehmendentagen qualifiziert und weiterentwickelt. Wir stärkten insbesondere KI-Grundlagen, Cyber-, Awareness-, Führungs-, Diversity- und Konfliktlösungskompetenzen. Darüber hinaus haben über 80 Mitarbeitende eine individuelle Weiterbildung oder ein berufsbegleitendes Coaching bei externen Anbietern wahrgenommen.

Inlandsbeschäftigte und ins Ausland entsandte Mitarbeitende



Wo Freiheit bedroht ist, ist die Sprache bedroht und umgekehrt.

Heinrich Böll
(aus: Werkstattgespräch
mit Horst Bienek, 1961)



Heinrich Böll (1917 – 1985)
Schriftsteller / Nobelpreisträger /
Politischer Intellektueller



Unsere Atlanten (Auswahl)



Konzernatlas 2026
➤ boell.de/konzernatlas



Wasseratlas 2025
Weitere Ausgaben:
Österreich, Europäische Union (EN),
Frankreich (FR)
➤ boell.de/wasseratlas



Wirtschaftsatlas 2024
➤ boell.de/wirtschaftsatlas



Bodenatlas 2024
Weitere Ausgaben:
Europäische Union (EN), Kenia (EN),
Türkei (TR)
➤ boell.de/bodenatlas



Mooratlas 2023
Weitere Ausgaben:
Österreich, Europäische Union (EN)
➤ boell.de/mooratlas



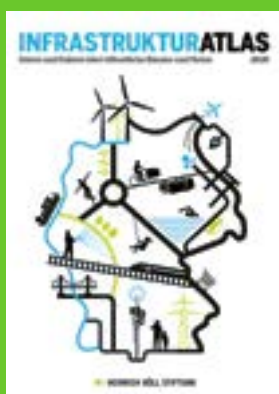
Sozialatlas 2022
➤ boell.de/sozialatlas



Pestizidatlas 2022
Viele weitere Länder- und
Regionalausgaben
➤ boell.de/pestizidatlas



Fleischatlas 2021
Weitere Ausgaben:
Europäische Union (EN), Polen (PL),
Spanien (ES), Ungarn (HY)
➤ boell.de/fleischatlas



Infrastrukturatlas 2020
➤ boell.de/infrastrukturatlas



Insektenatlas 2020
Weitere Ausgaben:
Österreich, Brasilien (PT-BR), Euro-
päische Union (EN), Tschechien (CZ)
➤ boell.de/insektenatlas



Meeresatlas 2017
Viele weitere Länder- und
Regionalausgaben
➤ boell.de/meeresatlas



Fleischatlas 2016
➤ boell.de/fleischatlas

Alle Atlanten finden Sie hier:

➤ boell.de/atlantent

Viele Menschen unterstützen uns mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Referent*innen, als Vertrauensdozent*innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums. Sie helfen uns, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Und sie unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis

Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von regulär 92 Euro, ermäßigt 25 Euro. Geringverdienende zahlen 46 Euro. Mit Ihren Beiträgen unterstützen wir unbürokratisch und schnell dort, wo die Heinrich-Böll-Stiftung selbst oft aus rechtlichen Gründen nicht eingreifen kann. So fördern wir gezielt kleinere Kunst- und Kulturprojekte, für die schon vergleichsweise geringe Summen eine große Wirkung haben.

Im Jahr 2025 gehörten dazu etwa die szenische Lesung „Tatort Mittelmeer“ am Deutschen Theater, bei der bekannte Schauspielende aus den TV-Krimiserien „Tatort“, „Polizeiruf 110“ und „Sörensen“

aus Erfahrungsberichten von aus Seenot Geretteten und Rettenden lasen und so die Aufmerksamkeit auf das Mittelmeer als Tatort lenkten, oder die Deutschland-Premiere des Films „Cutting Through Rocks“ auf dem Dokfilm-Festival Leipzig. Der Film begleitet eine junge iranische Frau bei ihrem täglichen Kampf gegen Patriarchat und ultra-autoritären Gottesstaat – jedoch nicht in den medial viel beachteten Metropolen, sondern einer kleinen ländlichen Gemeinde.

Über die Vergabe der Mittel entscheidet das ehrenamtliche Koordinations-team, das von den Mitgliedern gewählt wird.

Und was haben Sie davon?

Wann immer möglich, werden die geförderten Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Vernissagen, Aufführungen von Theater und Film, Lesungen oder Gesprächen. Sie erhalten den „Info-Brief“ mit Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Speziell für Mitglieder und Ehrenamtliche bieten wir jedes Jahr eine Bildungsreise in Zusammenarbeit mit unseren Auslandsbüros bzw. Landesstiftungen an. Zur Jahresversammlung stehen regelmäßig Vorstand oder Geschäftsführung der Stiftung zum Austausch bereit. Zudem organisieren wir verschiedene Veranstaltungen unter Beteiligung unserer Mitglieder – sei es als Ideengeber*in, als Moderator*in oder Gesprächsteilnehmer*in. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise.

Bitte füllen Sie beide Seiten aus und senden Sie das Formular in einem frankierten Briefumschlag (0,95 €) an uns zurück.

**Heinrich-Böll-Stiftung
Freundinnen und Freunde**

Ulrike Cichon
Schumannstraße 8
10117 Berlin

Name

Vorname

dienstlich ☐ privat ☐

Institution / Organisation

Straße

PLZ / Ort

E-Mail

Telefon

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten elektronisch gespeichert werden, um Informationen von der Heinrich-Böll-Stiftung zu erhalten. Ich kann der Nutzung meiner Daten jederzeit widersprechen. Mehr zum Datenschutz finden Sie unter: boell.de/datenschutz

☐ Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum und Unterschrift



Klaus Linsenmeier, Koordinationsgremium des Freundeskreises. Foto: Ludwig Rauch



Marie Luise von Halem, Koordinationsgremium des Freundeskreises. Foto: Robert Recker



Ulrike Cichon, Koordinatorin des Freundeskreises. Foto: Conny Fischer

Werden Sie Mitglied im Freundeskreis!

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund*in tragen Sie dazu bei, die Qualität und Selbstständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit

näher kennenzulernen. Mindestens einmal im Jahr verreisen die Freundinnen und Freunde gemeinsam. Zuletzt führte sie ihre Reise nach Albanien. Zudem waren sie Gast bei der Heinrich-Böll-Landesstiftung in Hessen.

Informieren Sie sich über unser Programm
boell.de/freundeskreis

Ansprechpartnerin für Freundinnen und Freunde, Spender*innen und Sponsor*innen:

Ulrike Cichon

T 030-285 34-112

cichon@boell.de

www.boell.de/freundeskreis

Spenden- / Beitragskonto:

SozialBank AG

BIC BFSWDE33XXX

IBAN DE15 3702 0500 0003 0767 02

Gläubiger-ID im SEPA-Lastschriftverfahren: DE17 ZZZ 00 00 03 60 794

Ihr Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft jederzeit kündbar.



Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- ☐ mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- ☐ mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von _____ €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schüler*innen, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- ☐ mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- ☐ mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von _____ €

Zahlungsweise

☐ SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs), Gläubiger-ID DE17 ZZZ0 0000 3607 94, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der hbs auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber*in (falls abweichend)

Kreditinstitut

IBAN

BIC

Die Mandatsreferenz wird mir durch die hbs separat mitgeteilt.

Datum, Ort und Unterschrift

- ☐ Ich überweise meinen Beitrag selbst auf das Konto der Heinrich-Böll-Stiftung, IBAN DE15 3702 0500 0003 0767 02.

Die TuWas-Stiftung für Gemeinnsinn wurde 2013 von den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung gegründet. Seit 2022 fördert sie ein Programm zur Regeneration von Menschenrechtsverteidiger*innen und schließt damit eine wichtige Förderlücke: Menschen, die sich weltweit für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, erhalten Unterstützung, um sich von extremer psychischer Belastung zu erholen und langfristig handlungsfähig zu bleiben. Das Programm wird von der Global Support Unit der Heinrich-Böll-Stiftung in Brüssel umgesetzt.



"Seid doch laut" - eine von Frauen entwickelte Performance über Frauen in der DDR-Opposition. Foto: Karen Stuke

Ihre Spenden und Zustiftungen ermöglichen uns die Unterstützung von weiteren Projekten in unseren Förderschwerpunkten:

- Krieg und Gewalt in Europa
- Opfer sexualisierter Gewalt
- Demokratie unter Druck
- Populismus
- Rechtsruck und Klimafolgen
- Migration

Dafür herzlichen Dank!
Mehr unter tuwasstiftung.de

Bei TuWas glauben wir, dass Erholung kein Rückzug ist – sondern Widerstand.

Jeden Tag kämpfen Menschenrechtsaktivist*innen unter unerbittlichem Druck für Rechte, Gerechtigkeit und Sicherheit. Ohne Erholung ist ein Burn-out unvermeidlich.

TuWas bietet Zeit, Raum und Unterstützung, um neue Kraft zu tanken. Mit Ihrer Hilfe können wir diese Arbeit fortsetzen.

Schützen wir diejenigen, die andere schützen. Spenden Sie jetzt:

IBAN DE41 4306 0967 1154 4708 00

Verwendungszweck:

„Spende Menschenrechtsverteidigung“

✉ tuwasstiftung.de

Mitgliederversammlung

Ferda Ataman
 Bettina Backes
 Sarah Bast
 Margarete Bause
 Lukas Beckmann
 Yevgenia Belorusets
 Tanja Berger
 René Böll
 Franziska Brantner – MdB
 Wibke Brems – FraVo
 Agnieszka Brugger
 Prof. Dr. Marius Busemeyer
 Fabian Czerwinski
 Pegah Edalatian
 Aladin El-Mafaalani
 Stephan Ertner
 Sven Giegold
 Mirjam Gläser
 Ivan Gregurić
 Rebecca Harms
 Andrea Hoops
 Fabian Jaskolla
 Maria Klein-Schmeink – MdB
 Katrin Langensiepen – MdEP
 Dr. habil. Julia Leininger
 Sylvia Löhrmann
 Dr. Birgit Metzger
 Dr. Matias Mieth
 Nambowa Mugalu
 Melanie Müller
 Hannah-Katharina Nadji
 Omid Nouripour – BuVo
 Monika Oberle
 Janka Oertel
 Dr. Tamara Or
 Elias Perabo
 Anja Piel
 Ramona Pop
 Andreas Rade
 Prof. Dr. Anja Reinalter – MdB
 Hedwig Richter
 Reiner Scholz
 Dr. Julia Schulze Wessel
 Anja Siegesmund
 Esther Straub
 Dr. Gerhard Timm
 Dr. Maya Trapp
 Dr. Kira Vinke
 Antje von Broock
 Mirjam Zadoff

Stipendiatische Vertreter*innen

Karolin Tuncel
 Dilan Yazicioglu

Aufsichtsrat

Agnieszka Brugger
 Prof. Dr. Marius Busemeyer
 Pegah Edalatian
 Barbara Heitkampfer
 Andrea Hoops
 Sylvia Löhrmann
 Lena Luig
 Dr. Julia Schulze Wessel
 Dr. Gerhard Timm

**Gemeinschaftsaufgabe Teilhabe,
Geschlechterdemokratie
und Antidiskriminierung**

Dr. Kristin Bergmann
 Dr. Laura Dornheim
 Laura Gehlhaar
 Dr. Dan Ghattas
 Kübra Gümüşay
 Özcan Karadeniz
 Elisabeth Kaneza
 Katrin Langensiepen
 Prof. Dr. Ilse Lenz
 Stefanie Lohaus
 Andrea Schirmacher
 Dr. Dag Schölper
 Naima Shali
 Malti Taneja
 Dr. Iris Werner

**Koordinationsgremium
des Freundeskreises**

Marie Luise von Halem
 Klaus Linsenmeier

Mitglieder Grüne Akademie

Prof. Dr. Gabriele Abels
 Prof. Dr. Hartmut Aden
 Tarek Al-Wazir – MdB
 Birgitt Bender
 Armin Bernsee
 Felix Beutler
 Prof. Dr. Thomas Biebricher
 Marianne Birthler
 Dr. Franziska Brantner
 Prof. Dr. Christina von Braun
 Dr. Sandra Brunsbach
 Dr. Eva Buddeberg
 Prof. Dr. Heinz Bude
 Emily Büning
 Prof. Dr. Marius Busemeyer
 Reinhard Bütikofer
 Prof. Dr. Thomas Christaller
 Dr. Anna Christmann
 Prof. Dr. Dr. Michael Daxner
 Prof. Dr. Simone Dietz
 Dr. Thea Dücker
 Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani
 Rainer Emschermann
 Jan Engelmann
 Stephan Ertner
 Prof. Dr. Philipp Felsch
 Prof. Dr. Rainer Forst
 Georgia Franzius
 Ralf Fücks
 Anna-Catharina Gebbers
 Silke Gebel
 Prof. Dr. Brigitte Geißel
 Karsten Gerlof
 Prof. Dr. Arnim von Gleich
 Stephanie Gleißner
 Prof. Dr. Stefan Gosepath
 Prof. Dr. Sigrid Graumann
 Rebecca Harms
 Prof. Dr. Eva Hausteiner
 Prof. Dr. Felix Heidenreich
 Dr. Dietrich Herrmann
 Dr. Eva Herzog
 Prof. Dr. Lisa Herzog
 Dr. Paula Marie Hildebrandt
 Dr. Johannes Hillje
 Prof. Dr. Jeanette Hofmann
 Andrea Hoops
 Prof. Dr. Rahel Jaeggi
 Kristina Jeromin
 Dr. Stefanie John
 Pico Jordan
 Arne Jungjohann
 Lamya Kaddor
 Prof. Dr. Otto Kallscheuer
 PD Dr. Karena Kalmbach
 Petra Kirberger
 Sibylle Knapp
 Michael Knoll
 Johannes Kode
 Silke Krebs
 Prof. Dr. Regina Kreide
 Prof. Dr. Georg Krücken
 Prof. Dr. Rainer Kühlen
 Prof. Dr. Bernd Ladwig
 Sergey Lagodinsky
 Prof. Dr. Susanne Lanwerd
 Dr. Justus Lentsch
 Andrea Lindlohr – MdL
 Valentin Lippmann
 Niombo Lomba
 Prof. Dr. Bertram Lomfeld
 Dr. Anna Lührmann

Dr. Willfried Maier
 Nicole Maisch
 Dr. Linartas Martyna Berenika
 Dr. Ole Meinefeld
 Sebastian Metzger
 Prof. Dr. Jan Christoph Minx
 Prof. Dr. Christoph Möllers
 Alexander Müller
 Claudia Müller – MdB
 Dr. Ella Müller
 Prof. Dr. Jochen Müller
 Dr. Melanie Müller
 Dr. Carsten Neßhöver
 Mona Neubaur
 Dr. Gero Neugebauer
 Prof. Dr. Christian Neuhäuser
 Dr. Ralph Obermauer
 Dr. Rainer Olschanski
 Prof. Dr. Konrad Ott
 Michael Pelke
 Prof. Dr. Arnd Pollmann
 Dr. Andreas Poltermann
 Ramona Pop
 Prof. Dr. Lothar Probst
 Volker Ratzmann
 Prof. Dr. Andreas Reckwitz
 Prof. Dr. Hedwig Richter
 Dr. Manuel Rivera
 Prof. Dr. Thomas Rixen
 Krista Sager
 Philipp Sälhoff
 Prof. Dr. Thomas Saretzki
 Stephan Schilling
 Joscha Schmierer
 Dr. Simone Schwanitz
 Dr. Christine Schwarz
 Jan Seifert
 Prof. Dr. Sandra Seubert
 Peter Siller
 Dr. Till Steffen – MdB
 Prof. Dr. Tine Stein
 Prof. Dr. Grit Straßenberger
 Dr. Niko Switek
 Nejma Tamoudi
 Rena Tangens
 Dr. Thorsten Thiel
 Dr. Michael Thöne
 Stefan Tidow
 Dr. Ellen Ueberschär
 Prof. Dr. Berthold Vogel
 Sybille Volkholz
 Prof. Dr. Christiane Voss
 Dr. Kristina Weissenbach
 Prof. Dr. Michael Zürn

Fachbeirat Europa / Transatlantik

Dr. Eltje Aderhold
 Dr. Annegret Bendiek
 Dr. Tobias Bunde
 Reinhard Bütikofer
 Prof. Dr. Burak Çopur
 Juliette de Grandpré
 Dr. Sabine Fischer
 Tobias Flessenkemper
 Dr. Kai-Olaf Lang
 Boris Mijatović
 Tobias Münchmeyer
 Neda Noraie-Kia
 Dr. Henriette Rytz
 Dr. Ronja Scheler
 Prof. Dr. Michael Schreyer
 Prof. Dr. Daniela Schwarzer
 Michał Sutowski
 Viola von Cramon

Fachbeirat Globale Kooperation

Dr. Olumide Abimbola
 Dr. Muriel Asseburg
 Anna Cavazzini
 Dr. Jan-Niclas Gesenhues
 Sven Giegold
 Thilo Hoppe
 Frederike Kalthener
 Lotte Leicht
 Dr. Rirhandu Mageza-Barthel
 Dr. Margitta Minah
 Daniel Mittler
 Prof. Dr. Renata Motta
 Dr. Melanie Müller
 Dr. Barbara Sennholz-Weinhardt
 Prof. Dr. Anja Senz

Fachbeirat Studienwerk

Ayşe Asar – MdB
 Dr. Vanessa Aufenanger
 Dr. Florian Bernstorff
 Prof. Dr. Stefan Bösch
 Dr. Nadin Fromm
 Kai Gehring – MdB
 Ulrike Gote
 Dr. Steffen Hagemann
 Dr. Vera Jost
 Laura Kraft
 Dr. Sebastian Kubon
 Dr. Claudia Maicher – MdL
 Dr. Daniela Marx
 Dr. Ariane Neumann
 Dr. Lars Ostermeier
 Krista Sager
 Dr. Ulrike Zeigermann

Stipendiatische Vertreter*innen

Nihal Akcay
 Celina Cerey

**Auswahlkommission
Studienwerk**

Dr. Alaa Alhamwi
 Dr. Christine Andrä
 Wolfgang Baum
 Dr. Thilo Becker
 Dr. Florian Bernstorff
 Dr. Franziska Blomberg
 Prof. Dr. Andrea Blunck
 Dr. Manuela Böhm
 Anatoli Botea
 Paula Bradish
 Prof. Dr. Holger Buck
 Prof. Dr. Stephan Bundschuh
 PD Dr. Sebastian Büttner
 Dr. Christian Chua
 Dr. Denis Cohen
 Prof. Dr. Simone Dietz
 Prof. Dr. Marco Dräger
 Chinh Duong
 Dr. Sophie Engelhardt
 Prof. Dr. Leonie Esters
 Dr. Matthias Falke
 Dr. Nadia Feddahi
 Prof. Dr. Anke Fesenfeld
 Prof. Dr. Juliane Filser
 Prof. Dr. Angela Francke
 Dr. Nadin Fromm
 Johannes Geibel
 Dr. Mareike Gronich
 Prof. Dr. André Grüning
 Dr. Steffen Hagemann
 Prof. Dr. Jan Christoph Heemann-
 Minx
 Marie Heidenreich
 Dr. Jens Heidingsfelder
 Dr. Gabriele Heinen-Kljajic
 Prof. Dr. Julius Heinicke
 Prof. Dr. Isabell Hensen
 Ina Hieronymus
 Dr. Manja Hußner
 Dr. Caspar Moritz Hütten
 Prof. Dr. Johannes Salim
 Ismaiel-Wendt
 PhD Monika Ursula Junker
 Dr. Gregor Kaiser
 Prof. Dr. Omar Kamil
 Prof. Dr. Nele Kampa
 Prof. Dr. Stefanie Kessler
 Prof. Dr. Katrin Kinzelbach
 Caroline Knorr
 Thomas Korbun
 Prof. Dr. Claudia Kraft
 Dr. Franziska Krumwiede-Steiner
 Dr. Stefanie Kunas
 Klaus Linsenmeier
 Dr. Alexandra Lübcke
 Prof. Dr. Sandra Maß
 Prof. Dr. Birgit Möller-Kallista
 Prof. Dr. Christian Neuhäuser
 Dr. Ariane Neumann
 Prof. Dr. Ursula Neumann
 Dr. Sebastian Neumann-Böhme
 Ann-Kathrin Neureuther
 Dr. Benno Nietzel
 Dr. Ipek Ölcüm
 Dr. Lars Ostermeier
 Prof. Dr. Norbert Paulo
 Prof. Dr. phil. habil. Birger
 Petersen
 Dr. Eva Pfannerstill
 Annika Maria Philipps
 Dr. Jana Piňosová

Tim Rauschan
 Prof. Dr. Thomas Rixen
 Maria Ximena Rodríguez
 Medeyros
 Prof. Dr. Mieke Roscher
 Dr. Renate Ruhne
 Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar
 Cordula Rutz
 Sophie Schäffer
 Dr. Konstanze Schiemann
 Prof. Dr. iur. Christopher Schmidt
 Jörg Schreiber
 Prof. Dr. Ludger Schwarte
 Dr. Rena Schwarting
 Dr. Christine Schwarz
 Dr. Dorte Siegmund
 Dr. Simon Sinsel
 Eva Stadler
 Steffen Stadler
 Prof. Dr. Lieselotte Steinbrügge
 Prof. Dr. Grit Straßenberger
 Prof. Dr. Sabine Toppe
 Dr. Ngoc-Han Tran
 Dr. Andreas Wagner
 Prof. Dr. Christoph Weller
 Prof. Dr. Kirsten Wiese
 Dr. Marianne Zepp

Unser Netzwerk

Das Studienwerk arbeitet mit rund 200 Vertrauensdozent*innen (VDs) aus dem In- und Ausland und 90 Auswahlkommissionsmitgliedern – darunter viele Ehemalige – zusammen, die uns ehrenamtlich bei der Auswahl künftiger Stipendiat*innen und im Rahmen der Erstberatung an Hochschulen unterstützen. Einmal pro Jahr treffen sie sich zur Jahrestagung in der Stiftung und tauschen sich über das Auswahlverfahren, über hochschul- und wissenschaftspolitische Fragestellungen und/oder zu aktuellen Schwerpunkten des Studienwerks respektive der Stiftung aus.

Aachen

Fachhochschule Aachen: Prof. Dr. Duc Hung Tran; Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen: Prof. Dr. Stefan Bösch, Dr. Martina Roß-Nickoll

Augsburg

Universität Augsburg: Prof. Dr. Christoph Weller

Bamberg

Otto-Friedrich-Universität Bamberg: Prof. Dr. Yvonne Albers, Dr. Anne-Kathrin Holfelder, Prof. Dr. Astrid Schütz

Bayreuth

Universität Bayreuth: Prof. Dr. Erdmute Alber, Prof. Dr. Stefan Peiffer, Dr. Mariam Popal

Berlin

Prof. Dr. Werner Konitzer; Dr. Angela Lammert; Dr. Jakob Schweizer; Alice Salomon Hochschule Berlin: Prof. Dr. Sabine Toppe; Freie Universität Berlin: Dr. Yvonne Albers, Dr. Achim Brunnengräber, Prof. Dr. Barbara Fritz, Dr. Michaela Haase, Prof. Dr. Cilja Harders, Prof. Dr. Bernd Ladwig, Prof. Dr. Margreth Lünenborg, Prof. Dr. Thomas Rixen; Hertie School of Governance: Prof. Dr. Jan Christoph Heemann-Minx; HMKW – Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft: Prof. Dr. Markus Ziener; Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin: Prof. Dr. Florian Koch; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin: Prof. Dr. Hartmut Aden, Prof. Dr. Annika Dießner, Prof. Dr. Heike Wiesner; Humboldt-Universität zu Berlin: Prof. Dr. Susanne Baer, Prof. Dr. Claudia Bruns, Prof. Dr. Marcelo Caruso; Technische Universität Berlin: Prof. Dr. Nina Langen, Prof. Dr. Tilman Santarius

Bielefeld

Universität Bielefeld: Dr. Mareike Gronich, Prof. Dr. Kornelia Konczal, Prof. Dr. Paul Mecheril, Dr. Benno Nietzel

Bochum

Ruhr-Universität Bochum: Prof. Dr. Viktoria Däschlein-Geßner, Dr. Matthias Falke

Bonn

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn: Prof. Dr. Leonie Esters

Braunschweig

Hochschule für Bildende Künste Braunschweig: Prof. Dr. Wolfgang Jonas, Prof. Dr. Rolf Nohr; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig: Jun.-Prof. Dr. Henriette Bertram, Prof. Dr. Jörg Grunenberg, Prof. Dr. Bettina Wahrig

Bremen

Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen: Prof. Dr. Kirsten Wiese; Universität Bremen: Dr. Sabine Horn, Prof. Dr. Konstanze Plett, Prof. Dr. Maike Vollstedt

Chemnitz

Technische Universität Chemnitz: Jun.-Prof. Arndt Leininger, Prof. Dr. Cecile Sandten

Detmold

Technische Hochschule Ostwestfalen-Lippe: Prof. Oliver Hall

Dortmund

Technische Universität Dortmund: Prof. Dr. Christian Neuhäuser

Dresden

Technische Universität Dresden: Prof. Dr. Uta Berger, Prof. Dr. Constanze Berndt, Prof. Dr. Markus Scholz

Duisburg

Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung: Prof. Dr. Janet Kursawe

Düsseldorf

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf: Prof. Dr. Simone Dietz; Kunstakademie Düsseldorf: Prof. Dr. Ludger Schwarte

Eichstätt

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt: Prof. Dr. Norbert Paulo

Erfurt

Universität Erfurt: Prof. Dr. Omar Kamil, Prof. Dr. Achim Kemmerling, Prof. Dr. Jamal Malik

Erlangen

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. Kristina Giesel

Essen

Universität Duisburg-Essen: Dr. Nadia Feddahi, Prof. Dr. Franziska Martinsen

Esslingen

Hochschule Esslingen: Prof. Dr. Christopher Schmidt

Flensburg

Europa-Universität Flensburg: Dr. Marc Buggeln, Prof. Dr. Christine Thon

Frankfurt (Oder)

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder): Prof. Dr. Timm Beichelt

Frankfurt am Main

Frankfurt University of Applied Sciences: Prof. Dr. Margitta Kunert

Freiburg

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau: Dr. Sylvia Kruse, Prof. Dr. Anke Weidlich

Fulda

Hochschule Fulda – University of Applied Sciences: Prof. Dr. Susanne Dern

Gießen

Justus-Liebig-Universität Gießen: Prof. Dr. Jörn Ahrens

Göttingen

Georg-August-Universität Göttingen: Prof. Dr. Nicolai Miosge

Greifswald

Universität Greifswald: Prof. Dr. Susanne Stoll-Kleemann

Halle

Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle: Prof. Frithjof Meinel; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Prof. Dr. Thomas Bremer, Dr. Peter Dietrich, Prof. Dr. Isabell Hensen

Hamburg

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg: Prof. Dr. Louis Henri Seukwa; Hochschule für bildende Künste: Prof. Dr. Friedrich von Borries; Universität Hamburg: Prof. Dr. Andrea Blunck, Dr. Nina Feltz, Prof. Dr. Barbara Henning, Prof. Dr. Ursula Neumann, Dr. Sebastian Neumann-Böhme, Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp

Hannover

FOM Hochschule für Oekonomie & Management: Prof. Dr. Manuel Pietzonka; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover: Prof. Dr. Christine Hatzky, Prof. Dr. Peter Nyhuis, Prof. Dr. Brigitte Reinwald; Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover: Prof. Dr. Michael Fuhr

Heidelberg

Pädagogische Hochschule Heidelberg: Prof. Dr. Marco Dräger; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg: Prof. Dr. Christiane Schwier

Hildesheim

Universität Hildesheim: Prof. Dr. Julius Heinicke, Prof. Dr. Johannes Salim Ismaiel-Wendt

Ilmenau

Technische Universität Ilmenau: Prof. Dr. Johann Reger

Ingolstadt

Technische Hochschule Ingolstadt: Prof. Dr. Klaus-Uwe Moll

Iserlohn

University of Applied Sciences Europe – Iserlohn, Berlin, Hamburg: Prof. Dr. Thomas Meuser

Jena

Friedrich-Schiller-Universität Jena: Prof. Stephan Lorenz

Jülich

Forschungszentrum Jülich: Dr. Eva Pfannerstill

Kaiserslautern

Rheinland-Pfälzische Technische Universität: Dr. Florian Bernstorff, Heide Gieseke, Dr. Steffen Hagemann

Karlsruhe

Pädagogische Hochschule Karlsruhe: Dr. Manuela Böhm

Kassel

Universität Kassel: Prof. Dr. Anna Elisabeth Growe, Prof. Dr. Christoph Scherrer

Kiel

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel: Dr. Sandra Brunsbach, Prof. Dr. Wolfgang Jonas, Dr. Insa Kühling

Köln

Universität zu Köln: Prof. Dr. Boris Braun

Konstanz

Universität Konstanz: Prof. Dr. Marius Busemeyer, Dr. Oliver Trevisiol

Landshut

Hochschule Landshut: Prof. Dr. Hannah Jörg, Prof. Dr. Mehmet Mihri Özdoğan

Leipzig

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig: Prof. Dr. Gabriele Hooffacker

Ludwigsburg

Evangelische Hochschule Ludwigsburg: Prof. Bettina Heinrich

Lüneburg

Leuphana Universität Lüneburg: Prof. Dr. Dawid Govinda Friedrich

Magdeburg

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: Prof. Dr. Alexander Pott, Prof. Dr. Thorsten Unger, Prof. Dr. Gerald Warnecke

Mainz

Johannes Gutenberg-Universität Mainz: Prof. Peter Kiefer, Prof. Dr. phil. habil. Birger Petersen, Prof. Dr. Constantin Wagner

Marburg

Philipps-Universität Marburg: Prof. Jan Christoph Goldschmidt, Prof. Dr. Susanne Maurer, Dr. Tareq Sydiq

München

Hochschule für angewandte Wissenschaften München: Prof. Dr. Constance Engelfried; Katholische Stiftungshochschule München: Prof. Dr. Markus Babo; Ludwig-Maximilians-Universität München: Nikolai Brandes, Prof. Dr. Tobias Benedikt Hank; Technische Universität München: Prof. Dr. Oliver Alexy

Münster

Fachhochschule Münster: Prof. Dr. Birgit Möller-Kallista; Westfälische Wilhelms-Universität Münster: Dr. Tobias Albrecht, Dr. Harry Mönig

Neubiberg

Universität der Bundeswehr München: Prof. Dr. Sina Farzin, Prof. Dr. Franz Kohout

Neubrandenburg

Hochschule Neubrandenburg: Prof. Dr. Claudia Steckelberg

Oldenburg

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg: Prof. Dr. Bernd Siebenhüner

Osnabrück

Universität Osnabrück: Prof. Dr. Helen Schwenken

Paderborn

Universität Paderborn: Prof. Dr. Michael Hofmann, Prof. Dr. Dorothee M. Meister

Passau

Universität Passau: Prof. Dr. Martina Aruna Padmanabhan

Potsdam

Fachhochschule Potsdam: Dr. Ellen Euler, Dr. Renate Ruhne; Universität Potsdam: Prof. Dr. Joachim Gessinger, Prof. Dr. Vera Kirchner, Prof. Dr. Gert Zöller

Regensburg

Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg: Maike Berndt-Zürner

Reutlingen

Hochschule Reutlingen: Anna Goeddeke

Rostock

Universität Rostock: Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski

Saarbrücken

Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes: Prof. Dr. Susan Pulham, Prof. Dr. Ulrike Zöller; Universität des Saarlandes: Dr. Daniela Braun

Siegen

Universität Siegen: Dr. Dr. Momme von Sydow

Stralsund

Hochschule Stralsund: Prof. Dr. André Grüning

Stuttgart

Hochschule Macromedia für angewandte Wissenschaften: Prof. Karin Jobst; Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Stuttgart: Prof. Dr. Judith Siegmund; Universität Hohenheim: Dr. Birgit Hoinle; Universität Stuttgart: Dr. Max Hoßfeld, Dr. Ralph O. Schill;

Trier

Hochschule Trier: Prof. Dr. Antje Bruns, Prof. Dr. Stefan Naumann, PD Dr. Rita Voltmer

Tübingen

Eberhard Karls Universität Tübingen: Prof. Dr. Gabriele Abels, Dr. Marco Krüger, Prof. Dr. Martin Seeleib-Kaiser, Dr. Mandy Tröger

Vechta

Universität Vechta: Prof. Dr. Gabriele Dürbeck, Prof. Dr. Marco Rieckmann

Wilhelmshaven

Jade Hochschule Wilhelmshaven/ Oldenburg/Elsfleth: Prof. Dr. Beate Illg

Witten

Private Universität Witten/ Herdecke: Prof. Dr. Martin Schnell

Wuppertal

Bergische Universität Wuppertal: Prof. Dr. Hans J. Lietzmann, Prof. Dr. Gertrud Oelerich; Kirchliche Hochschule Wuppertal/Bethel: Prof. Dr. Michaela Geiger

Würzburg

Julius-Maximilians-Universität Würzburg: Jun.-Prof. Dr. Ulrike Zeigermann

Ausland**Amsterdam**

Vrije Universiteit Amsterdam: Prof. Dr. Menusch Khadjavi

Beirut

Lebanese University: Prof. Dr. Markus Schmitz

Groningen

University of Groningen: Dr. Christine Andrä

Pernambuco

Universidade Federal de Pernambuco: Dr. Peter Schröder

Tel Aviv

Dr. Dani Kranz

Tokyo

University of Tokyo: Dr. Caspar Moritz Hütten

Utrecht

Universiteit Utrecht: Dr. Christoph Baumgartner

Wien

Central European University: Prof. Dr. Karsten Schulz, Dr. Inga Winkler

Yale

Yale School of Forestry and Environmental Science: Dirk Bergemann

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-285 34-0
info@boell.de
boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis
Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-285 34-260
archiv@boell.de

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich Böll Stiftung
Baden-Württemberg
Kernerstraße 43
70182 Stuttgart
T 0711-26 33 94 10
info@boell-bw.de
boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung
Bayerisches Bildungswerk für
Demokratie und Ökologie in der
Heinrich-Böll-Stiftung
Hochbrückenstraße 10
80331 München
T 089-24 22 67 30
info@petra-kelly-stiftung.de
petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der
Heinrich-Böll-Stiftung
Olivaer Platz 16, 10707 Berlin
T 030-308 779 480
info@bildungswerk-boell.de
bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Brandenburg für Ökologie,
Demokratie und Soziales
Jägerstraße 2
14467 Potsdam
T 0331-870 00 801
info@boell-brandenburg.de

Bildungswerk Umwelt und Kultur
in der Heinrich Böll Stiftung
Am Deich 45
28199 Bremen
T 0421-8480 53 55
kontakt@boell-bremen.de
boell-bremen.de

Politisches Bildungswerk
Heinrich-Böll-Stiftung
Hamburg
Kurze Straße 1
20355 Hamburg
T 040-389 52 70
info@boell-hamburg.de
www.boell-hamburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Hessen
Niddastraße 64
60329 Frankfurt am Main
T 069-23 10 90
info@boell-hessen.de
boell-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Mecklenburg-Vorpommern
Friedrichstraße 23
18057 Rostock
T 0381-492 21 84
post@boell-mv.de
boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt
Heinrich-Böll-Stiftung
Niedersachsen
Warmbüchenstraße 17
30159 Hannover
T 0511-301 85 70
info@slu-boell.de
slu-boell.de

Bildungswerk der Heinrich-Böll-
Stiftung Nordrhein-Westfalen
Graf-Adolf-Straße 100
40210 Düsseldorf
T 0211-93 65 08 0
info@boell-nrw.de
boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Rheinland-Pfalz
Walpodenstraße 10
55116 Mainz
T 06131-90 52 60
mainz@boell-rlp.de
boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar
Talstraße 56
66119 Saarbrücken
T 0681-58 35 60
mail@boell-saar.de
boell-saar.de

Weiterdenken – Heinrich-
Böll-Stiftung Sachsen
Antonstraße 31
01097 Dresden
T 0351-85 075 100
info@weiterdenken.de
weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Sachsen-Anhalt
Hansering 20 (Eingang D)
06108 Halle (Saale)
T 0345-202 39 27
info@boell-sachsen-anhalt.de
boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Schleswig-Holstein
Weimarer Straße 6
24106 Kiel
T 0431-906 61 30
info@boell-sh.de
boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Thüringen
Trommsdorffstraße 5
99084 Erfurt
T 0361-555 32 57
info@boell-thueringen.de
boell-thueringen.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung

Europa und Nordamerika

Büro Belgrad – Serbien,
Montenegro, Kosovo
info@rs.boell.org, rs.boell.org

Büro Brüssel – Europäische Union
info@eu.boell.org, eu.boell.org

Büro Istanbul – Türkei
info@tr.boell.org, tr.boell.org

Büro Kyjiw – Ukraine
ua.ua-info@ua.boell.org,
ua.boell.org

Büro Paris – Frankreich
info@fr.boell.org, fr.boell.org

Büro Prag – Tschechische
Republik, Slowakei, Ungarn
info@cz.boell.org, cz.boell.org

Büro Sarajevo – Bosnien und
Herzegowina, Nord-Mazedonien
info@ba.boell.org, ba.boell.org

Büro Tbilissi –
Region Südkaukasus
info@ge.boell.org, ge.boell.org

Büro Thessaloniki – Griechenland
info@gr.boell.org, gr.boell.org

Büro Tirana – Albanien
info@al.boell.org, al.boell.org

Büro Warschau – Polen
pl-info@pl.boell.org, pl.boell.org

Büro Washington, DC – USA,
Kanada, Globaler Dialog
info@us.boell.org, us.boell.org

Büro Wien
info@at.boell.org

Asien

Büro Bangkok – Südostasien
info@th.boell.org, th.boell.org

Büro Neu-Delhi – Indien
in-info@in.boell.org, in.boell.org

Büro Peking – China
info@cn.boell.org, cn.boell.org

Büro Phnom Penh – Kambodscha
info@kh.boell.org, kh.boell.org

Büro Seoul – Ostasien,
Globaler Dialog
info@kr.boell.org, kr.boell.org

Afrika

Büro Abuja – Nigeria
info@ng.boell.org, ng.boell.org

Büro Dakar – Senegal
info@sn.boell.org, sn.boell.org

Büro Horn von Afrika – Äthiopien,
Sudan, Somalia/Somaliland
hoa-info@hoa.boell.org,
hoa.boell.org

Büro Kapstadt – Südafrika,
Namibia, Simbabwe
info@za.boell.org, za.boell.org

Büro Nairobi – Kenia, Uganda,
Tansania, ke-info@ke.boell.org,
ke.boell.org

Nahost und Nordafrika

Büro Beirut – Mittlerer Osten
info@lb.boell.org,
lb.boell.org

Büro Rabat – Marokko
ma-info@ma.boell.org,
ma.boell.org

Büro Ramallah – Palästina und
Jordanien
info@ps.boell.org, ps.boell.org

Büro Tel Aviv – Israel
info@il.boell.org, il.boell.org

Büro Tunis – Tunesien
info@tn.boell.org, tn.boell.org

Lateinamerika

Büro Bogota – Kolumbien
co-info@co.boell.org, co.boell.org

Büro Buenos Aires – Argentinien,
Uruguay, Paraguay
info@ar.boell.org, ar.boell.org

Büro Mexiko-Stadt – Mexiko,
Karibik, mx-info@mx.boell.org,
mx.boell.org

Büro Rio de Janeiro – Brasilien
info@br.boell.org, br.boell.org

Büro Santiago de Chile – Chile,
Peru, Bolivien
info@cl.boell.org, cl.boell.org

Büro Zentralamerika
info@cam.boell.org,
centroamerica.boell.org

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigranten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- ▶ Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- ▶ Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- ▶ Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- ▶ Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- ▶ Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- ▶ Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- ▶ Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

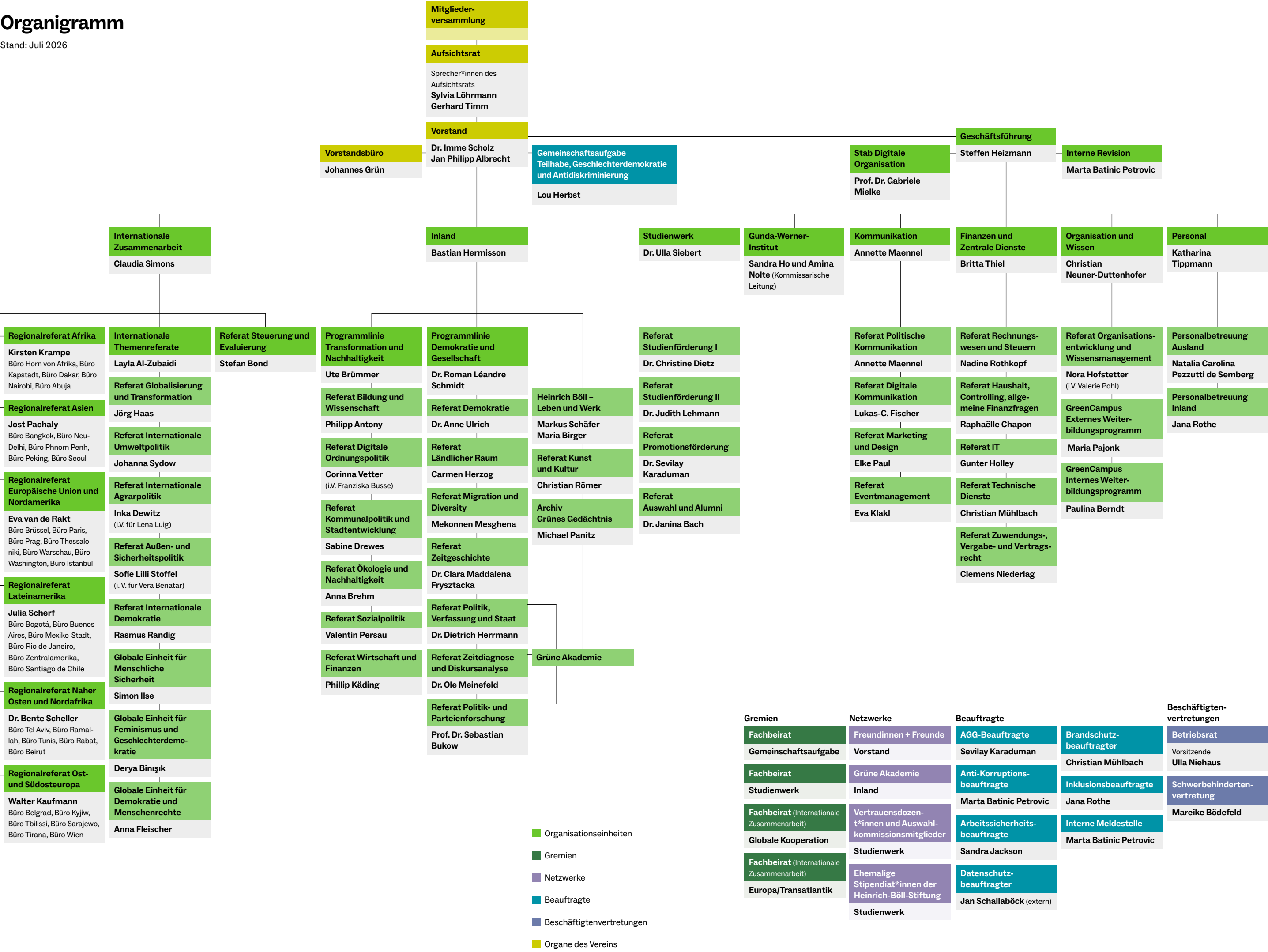
- ▶ Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- ▶ Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.
- ▶ Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.
- ▶ Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- ▶ Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- ▶ Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation. Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- ▶ Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- ▶ Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- ▶ Wir vermitteln Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteurinnen und Akteure.

Organigramm

Stand: Juli 2026



Die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin ist eine politische Stiftung, die der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahesteht. Sie versteht sich als Denkfabrik für grüne Ideen, als Zukunftswerkstatt und als internationales Netzwerk mit Partnern in rund 60 Ländern sowie mit Landesstiftungen in allen Bundesländern. Vorbild ist Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik. Ihre zentrale Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland. Ziel ist es, Demokratie, gesellschaftliches Engagement und Völkerverständigung zu fördern – getragen von den Werten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. 2025 vergab das Studienwerk 264 neue Stipendien.

Die Stiftung unterhält Auslandsbüros in Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika, dem Nahen Osten und den USA und erhielt im Jahr 2025 rund 98,8 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln.